

AIB

D 7426 E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 12/Dezember 1985

16. Jahrgang

2,50 DM



Weltliga der Contras

USA • Nicaragua • Afghanistan

El Salvador • Südafrika
Tansania • Türkei
Chile

Inhalt

Kommentar	
Ist das Amman-Abkommen passé?	3
USA	
Weltliga der „Contras“	4
Söldnertreff in Nevada	5
Afghanistan	
US-Kongreß eskaliert den „guten Krieg“	7
Interview mit A. Ratebzad	10
Nikaragua	
Interview mit Thomas Borge	13
El Salvador	
Die Zeit ist unser Verbündeter	16
Entführung der Duarte-Tochter	19
Stellungnahme bundesdeutscher Internationalisten	20
Chile	
Demokratisierung mit Pinochet?	23
Südafrika	
Buthelzis Kollaboration in Natal	29
Tansania	
Nach Nyerere: Abschied von Ujamaa?	31
Tansania – Daten	32
Vietnam	
Narben des Krieges	34
Türkei	
Hungern für Sultan Özals Größe	39
Weltraumrüstung	
Der ASAT-Test und die Osterinsel	42
Sowjetunion und Dritte Welt	
Diskussionsforum	44
Kultur	
Gespräch mit Ernesto Cardenal	46
Rezensionen	
Bücher über Spiele in aller Welt	47
Lesermeinung	48
BRD-Infodienst	48
Kurzinformationen	
Philippinen, Abrüstung, Iran, Libanon, Palästina, Liberia, Zimbabwe, Argentinien, Kolumbien, Guatemala	50



Achtung Abonnenten!

Liebe Leser/innen!
Liebe Abonnenten/innen!

Seit nunmehr 5 Jahren haben wir die Preise des AIB konstant gehalten. Mit einem Abonnementpreis von 25 DM sind wir in der Dritte-Welt-Szene konkurrenzlos. Andere Dritte-Welt-Zeitschriften verlangen im Durchschnitt (umgerechnet auf die produzierten jährlichen Seitenzahlen) mehr als das Doppelte.

Durch die Kostensteigerungen in allen Bereichen (Druck, Satz, Porto, Verwaltung) übersteigen die Ausgaben nunmehr unsere Einnahmen. Allein die Druck- und Versandkosten erhöhten sich von 1980-85 um 50,2% (bei angenommener konstanter Seitenzahl und Auflagenhöhe). Zusätzlich haben wir aber die Seitenzahl des AIB um 25% erhöht (von 480 S. im Jahr 1980 auf 600 S. im Jahr 1984). Zum Jahresbeginn 1986 sind überdies neue Preiserhöhungen für Porto (Postzeitungsgebühr) und Druck angesagt.

Wir sehen uns deshalb gezwungen, ab dem 1.1.1986 den Abonnementpreis für das Inland auf 29 DM (zzgl. 4 DM Porto) zu erhöhen. Der Preis für das Ausland steigt auf 29 DM (zzgl. 10 DM Porto) und für Luftpost auf 29 DM (zzgl. 25 DM Porto). Den Preis des Einzelheftes heben wir von 2,50 auf 3 DM an. Allerdings kosten Doppelhefte weiterhin 5 DM und Sonderhefte 2 DM.

Beste Voraussetzung dafür, daß wir die neuen Preise auf längere Sicht halten können, ist natürlich eine weiterhin stetige Erhöhung der Abonnentenzahl, wozu Sie durch Werbung neuer Abonnenten beitragen können. Was uns außerdem sehr helfen würde, wäre die Überweisung von Spenden und die Übernahme von Förderabos durch einkommensstärkere Leser (50 DM und mehr).

Wir appellieren daher an alle Freunde des AIB:
Werben Sie neue Abonnenten und Förderabos!

Spenden Sie für das AIB!

Besten Dank

Ihre AIB-Redaktion

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner, (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: G. Brönnner, A. Ebtehaj, A. Geiges, W. Hühn, V. Klose, M. Passolt, I. Rein, M. Saki, J. Scheffran

Redaktionsschluß: 7. 11. 1985

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** in der Regel einmal im Vierteljahr beigefügt.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093 607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Weltkreis-Verlag, Jugendpolitische Blätter, Ila-info, pro familia magazin, Team-Reisen, Marxistische Blätter, DVZ/tat Forum, päd.extra, isp-Verlag

Titel: „Contra“-Führer A. Calero (l. Nikaragua) und H. Mayar (Afghanistan) auf dem Kongreß der Antikommunistischen Weltliga

Fotografische: M. Meyborg, W. Brönnner, A. Geiges, FMLN, W. Hühn, HVA, APN, USN & WR, Bakhtar-Agentur, AIB-Archiv

Kommentar: Ist das Amman-Abkommen passé?



Es geschah in der zweiten Hälfte des Monats Oktober 1985, da der israelische Ministerpräsident Peres in Washington weilte. Dort offerierte er der Weltöffentlichkeit einen als „Friedenslösung“ titulierten Plan zur Beseitigung des Palästinenserproblems, an dem mancherlei Illusionen zerbrachen.

Der Plan, den Peres dem US-Außenminister Shultz vorlegte, beinhaltete im Kern den schon recht alten Vorschlag einer palästinensischen „Selbstverwaltung“ in den besetzten Gebieten unter israelischer Oberhoheit. Wie Peres es formulierte, soll diese Initiative zu direkten Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien führen – ohne eine Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Daß der Plan ebenso ungerecht wie unreal ist, weil er die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes ignoriert, bedarf kaum einer Erwähnung. Erwähnt werden aber muß die offensichtliche Abstimmung des Planes mit der Reagan-Administration, die denn auch sogleich applaudierte. Und festgehalten werden muß der Zeitpunkt, zu dem er vorgetragen wurde.

Wenige Tage zuvor hatten vier Palästinenser das italienische Passagierschiff „Achille Lauro“ entführt. Aus diesem Anlaß war eine maßlose emotionale Kampagne in den westlichen Medien gegen die PLO, die man als die Verantwortliche dieser unverantwortlichen Aktion zieht, in Szene gesetzt worden.

Ogleich diese jede Planung, Beteiligung oder Unterstützung dieses Terroraktes klar zurückgewiesen hatte, nahm man die Entführung zum Vorwand, die PLO gänzlich aus dem Nahostverhandlungsgeschehen herauszukataputlieren.

Vereitelt wurde ein Treffen der PLO-Führung mit Mitgliedern der britischen Regierung und des Europaparlaments. Nicht eingeladen wurde zum 40. Jahrestag der UNO auf amerikanischen Druck hin der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat. Ja mehr noch, die Wogen des Hasses schlugen so hoch, daß der PLO-Vertreter in Bonn Morddrohungen erhielt, der Sprecher des „Antidiskriminierungskomitees der Arabisch-Amerikaner“, Alex Odeh, in Kalifornien einem Bom-

benattentat zum Opfer fiel.

Nicht zu vergessen ist auch die Rolle des Weltpolizisten, die die USA anschließend, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Interessen ihrer Verbündeten, mit einem staatsterroristischen Akt von Luftpiraterie spielten. US-Kampfflugzeuge hatten die ägyptische Linienmaschine gekapert, in der die vier Entführer nach Tunis ausgeflogen werden sollten.

Es war dies die Zeit, da Peres ganz offen erklären konnte, daß er „die günstige Stunde“ nutzen wollte, „die PLO zu diskreditieren“ und „aus dem Friedensprozeß herauszuwerfen“. Es war die Zeit der Präsentation seines „Friedensplans“.

Da taucht dann natürlich die Frage auf, ob die „spontane“ Entführung der „Achille Lauro“ so spontan denn gewesen ist.

Der Frankfurter Allgemeinen vom 15.10.1985 jedenfalls fiel auf: „Die dramatischen Ereignisse auf und über dem Mittelmeer haben da ein Durcheinander zurückgelassen, das eigentlich nur noch für Israel vorteilhaft aussieht. Es scheint derart vorteilhaft, daß auch der Harmloseste fragt, welchen Anteil wohl Israel selbst an dem neuen Muster gehabt habe.“

Das aktuelle Vorgehen der Reagan-Administration jedenfalls verweist auf die ungebrochene Bereitschaft Washingtons zum Einsatz gewaltsamer Mittel gerade in der Ölregion, um dann gleichsam in einem „friedlichen“ Teil – wie dem Peres-Plan – die PLO vollends liquidieren zu können.

Auch die Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis durch israelische Jagdbomber, unter maßgeblicher Beteiligung und Billigung der Reagan-Administration, steht für diese Politik. Die Botschaft, die diese koordinierte israelisch-amerikanische Gewaltpolitik vermittelt, bestätigt erneut, daß beide Länder einen gerechten Nahost-Frieden nicht wollen.

Diejenigen proamerikanischen Kräfte in der arabischen Region, die ihre Hoffnung auf Washington gesetzt haben, werden dies zur Kenntnis nehmen müssen. Die USA und Israel werden nichts weniger akzeptieren denn die völlige Liquidierung der PLO als der einzigen legitimen Repräsentantin des palästinensischen Volkes.

Damit dürfte sich auch das Scheitern einer Initiative ankündigen, die am 11. Februar 1985 ihren Anfang mit dem Amman-Abkommen zwischen dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat und Jordaniens König Hussein nahm (siehe AIB 7/1985, S. 9ff.).

Hoffnungen keimten damals, Hoffnun-

gen darauf, daß nun endlich Frieden werde, versprach man sich doch von dieser Übereinkunft „die Beendigung der israelischen Besetzung in allen arabischen Gebieten“ und die Realisierung der Rechte des palästinensischen Volkes. Zahlreiche Verhandlungsinitiativen von ägyptischer und jordanischer Seite suchten zwischenzeitlich das Abkommen voranzubringen.

Nun ist es durch die US-israelische Gewaltpolitik systematisch destruiert, ja zerbombt worden.

Überraschen konnte dies nur den Ahnungslosen. Denn immer wieder hatte US-Außenminister Shultz betont, daß eine Friedenslösung nur auf den Vereinbarungen von Camp David (1978) basieren könne, also auf der unheilvollen Separatfriedenspolitik der USA.

Die Kritik der nationalpatriotischen arabischen Kräfte und vor allem der Linkskräfte in der PLO an dem Abkommen von Amman will heute mehr denn je beachtet sein. Denn sie hat zusätzlich an Gewicht gewonnen durch die Entlarvung des wahren Anliegens der USA, die PLO so stark wie möglich zu schwächen und einzuschüchtern, die Ansprüche der Palästinenser auf Null zu reduzieren. Daran knüpft man die Hoffnung, König Hussein könne sich schließlich doch auf ein Separatabkommen mit Israel unter US-amerikanischer Ägide einlassen.

Die Anzeichen dafür, daß nun auch die Politik der USA in der PLO-Führung etwas illusionsloser eingeschätzt wird, häufen sich. Gleichwohl hat sie das Abkommen von Amman noch nicht aufgekündigt. Und es wird eines noch stärkeren Drucks aller antiimperialistischen Kräfte der Region bedürfen, es zu Fall zu bringen.

Einen konkreten Hinweis darauf, daß es vielleicht Jordanien selbst sein könnte, daß das Abkommen für ungültig erklärt, lieferten die seit Mitte September 1985 stattfindenden syrisch-jordanischen Gesprächsrunden, bei denen nach syrischer Meinung ein hohes Maß an Übereinstimmung erzielt wurde.

Wie dem auch sei: Perspektivisch jedenfalls hat das Amman-Abkommen keine Chance mehr.

Die Fakten lehren, daß nicht Hoffnungen auf die USA oder auch Westeuropa, sondern nur die Einheit der palästinensischen Befreiungsbewegung, die gemeinsame Front der arabischen Länder gegen die amerikanisch-israelische strategische Kooperation und die Realisierung einer internationalen Nahostkonferenz unter der Schirmherrschaft der UNO, gestützt auf den Friedensplan von Fes, einen Ausweg aus dem jetzigen Dilemma weisen.

K. Ulrich Schnell



Tagung der Antikommunistischen Weltliga: „Gegenoffensive für die Freiheit der Welt“

Adrian Geiges

Weltliga der „Contras“

Zwei Konferenzen, die im September d.J. in den USA stattfanden, machten deutlich, daß eine internationale Vereinigung aller konterrevolutionären Organisationen im Entstehen ist. Sie zeigen auch an, daß sie auf die Unterstützung privater Kreise und die Rückendeckung offizieller US-Stellen zählen kann. In Dallas fand vom 10.-13. September 1985 die Konferenz der Antikommunistischen Weltliga (WACL), danach in Las Vegas vom 20.-22. September 1985 das Jahrestreffen der Söldnerzeitschrift *Soldier of Fortune* (siehe Kasten) statt.

Einen Augenzeugenbericht für das AIB, in den Interviews und „persönliche Unterhaltungen“ mit „Contra“-Führern Eingang fanden, hat Adrian Geiges, Redakteur des Jugendmagazins *elan*, für das AIB verfaßt. Er hatte, in Wallraff-Manier, als „konservativer Journalist“ getarnt, an den Treffen der „Kommunisten“-Killer teilgenommen.

„Wir müssen mit einer neuen Stufe des Antikommunismus beginnen“, erklärte in Dallas Ku Cheng-kang aus Taiwan, ehemaliger Berater Tschiangkaischeks, des inzwischen verstorbenen Ehrenvorsitzenden der Antikommunistischen Weltliga (WACL).

Tatsächlich machte die Zusammensetzung der WACL-Konferenz eine neue Stufe des Zusammenschlusses antikommunistischer und konterrevolutionärer Bewegungen sichtbar. Teilnehmer waren u.a.:

Adolfo Calero, seit 1961 als CIA-Agent in Nicaragua tätig, ehemaliger Coca-Cola-Manager, seit 1983 Chef der Nationalen Demokratischen Kraft (FDN), der größten und am offensten reaktionären „Contra“-Gruppierung;

Holden Roberto, Chef der konterrevolutionären Nationalen Front zur Befreiung Angolas (FNLA) in Angola;

Figuerido Paulo, offizieller Vertreter der Nationalen Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) in den USA;

Habibullah Mayar, Präsident der „Afghanischen Gemeinschaft in den USA“ und

offizieller Vertreter des „afghanischen Widerstands“ in Washington;

Artur Dafonseca, Sekretär für äußere Angelegenheiten der Konterrevolutionäre des Nationalen Moçambikanischen Widerstands (RNM) und

F.G. Maluza, deren Sekretär für Finanzen und Verwaltung;

Sichan Siv, Botschafter der von Pol Pot

Holden Roberto, Chef der angolanischen FNLA-Banden



mitgetragenen Regierung des sog. „Demokratischen Kampuchea“ bei der UNO;

Bee Mova, früherer Präsident von Laos, heute konterrevolutionärer Führer;

Lee Phovc Sang und Lee Quoc Tuy, „Widerstandsführer“ aus Vietnam;

Yonus Deressa von der „Äthiopischen Flüchtlings-Stiftung“;

Mario Sandoval Alarcon, früherer Präsident der Nationalversammlung von Guatemala, Führer der Todesschwadronen; sowie Vertreter von Exilorganisationen ehemaliger Bürger der Sowjetunion, Polens und anderer sozialistischer Länder. Die Antikommunistische Weltliga, die früher vor allem ein Instrument des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder Osteuropas war, formulierte jetzt in Dallas als Schwerpunkt die Unterstützung der genannten konterrevolutionären Bewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Diese Schwerpunktsetzung kam auch in den Redebeiträgen zum Ausdruck: Während sich die antikommunistischen Exilanten aus Osteuropa auf Wehklagen über „Menschenrechtsverletzungen“ beschränkten, berichteten die Vertreter der konterrevolutionären Banden über „den Stand des Freiheitskampfes“. Sie nutzten die Konferenz, um in geschlossenen Sitzungen „Erfahrungen auszutauschen“.

Die Antikommunistische Weltliga, so das Abschlußkommuniqué, will den Konterrevolutionären „durch engere Zusammenarbeit mit der Presse, akademischen und parlamentarischen Institutionen und Regierungseinrichtungen“ helfen. Für welche Art von „Freiheit“ diese „Freiheitskämpfer“ eintreten, machte eine Formulierung im Abschlußkommuniqué deutlich, das einstimmig verabschiedet wurde: „Unterstützt diese freien Nationen in ihrer Verteidigung gegen Moskauer-Pekinger Aufrührer – El Salvador, die Philippinen, Malaysia, Südafrika und andere.“

Eine ausgelegte Zeitung prangerte mit Namen und Fotos US-Senatoren an, „die die sowjetische Kampagne zur Unterminierung und zum Sturz der südafrikanischen Regierung unterstützen“. Holden Roberto von der angolanischen FNLA scheute sich nicht, in seiner Rede fast die gleiche Formulierung zu verwenden: „Der südliche Teil des afrikanischen Kontinents wird gefährlich unterminiert vom internationalen Kommunismus unter dem Vorwand der Bekämpfung der Apartheid.“ Eine „Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses in Afrika“ würde „eine friedliche Abschaffung der Apartheid“ möglich machen.

Robertos „Kollege“ von der UNITA, Figuerido Paulo, meinte: „Die Gefahr im Südlichen Afrika ist nicht Südafrika. Denn Apartheid ist nicht das System, das

in Afrika verbreitet wird, wohl aber das kommunistische."

Der Repräsentant der afghanischen Konterrevolution, Habibullah Mayar, nannte in einem Gespräch ausdrücklich „freies Unternehmertum“ und „Rückgabe des Landes an die Besitzer“ als Ziele.

Reagans Kurs umsetzen

Kern der Antikommunistischen Weltliga ist deren USA-Sektion, der US-Rat für die Freiheit der Welt.

Weltliga und US-Rat werden in Personalunion geleitet von General John Singlaub, dem ehemaligen Oberbefehlshaber der US-Truppen in Südkorea. Singlaub machte gleich zu Beginn seines Rechenschaftsberichtes „den großen Anteil von WACL an der Unterstützung der Freiheitskämpfer“ deutlich und nannte zwei Bereiche: „Finanzielle Hilfe“ und „Beratung“.

Die Funktion dieser „privaten Hilfe“ be-

schrrieb Alexander McColl, der unter Singlaub in Vietnam gekämpft hat und dessen heutige Einsätze gegen Nicaragua in der Söldnerzeitschrift „Soldier of Fortune“ (Juni 1985) so beschrieben werden: „Wir versuchen, sowohl in Salvador als auch in Nicaragua die Ziele voranzubringen, die der Präsident und Oberbefehlshaber erklärt hat und die die Demokraten im Repräsentantenhaus sabotieren, so gut sie können. Der Präsident macht Außenpolitik und wir versuchen einfach, so viel von der Außenpolitik des Präsidenten fortzusetzen, wie unsere bescheidenen Möglichkeiten erlauben.“

So bescheiden sind die Möglichkeiten gar nicht. General Singlaub gab an, er und andere private „Hilfsorganisationen“ hätten in den USA 25 Mio Dollar für die nikaraguanischen „Contras“ gesammelt. Das entspricht beinahe den 27 Mio, die der US-Kongreß in diesem Jahr bewilligt hat. Singlaub betonte, daß die „private Hilfe“ in Ergänzung zu diesen staatlichen Geldern weiterhin „notwendig“



H. Mayar, Vertreter der afghanischen Contra beim Söldnertreffen in Las Vegas

sei. Sie fülle Lücken in Bereichen, in denen dem Staat die Hände gebunden seien.

Zwar stritt Singlaub ab, daß von seinen Geldern Waffen gekauft werden. Doch WACL-Konferenz-Teilnehmer versicherten mir mit einem Augenzwinkern, etwas

„Kommunisten“-Killer fast unter sich

Eine Woche nach der Konferenz der Antikommunistischen Weltliga (WACL) fand vom 20.-22. September 1985 im Sahara-Hotel in Las Vegas das Jahrestreffen der US-Söldnerzeitschrift „Soldier of Fortune“ (SOF) statt. Die 800 Teilnehmer waren überwiegend US-Bürger und trugen allesamt Uniform (Tarnanzug).

Einen Schwerpunkt der Veranstaltung bildeten Seminare zu Themen wie „Afghanische Guerilla-Taktiken“, „Zentralamerika: Der Krieg vor Amerikas Haustür“ usw. Offenherzig erzählten die Söldner vom Einsatz der SOF-„Trainingsteams“ in Honduras (für die nikaraguanischen „Contras“) in El Salvador (für die Armee) und in Afghanistan (für die „Rebellen“).

Praktisch wurde der „Befreiungskampf gegen den Kommunismus“ in der Wüste Nevada sowie an verschiedenen Stellen der Stadt geübt. Hier wurden Schießübungen, Kämpfe mit dem Messer, Fallschirmspringen und ähnliches mehr praktiziert. Waffen- und Sprengstoffproduzenten, darunter die bundesdeutsche Heckler & Koch, führten ihre neuesten Errungenschaften vor.

Gewehre, Pistolen und Folterinstrumente konnten auch auf einer Ausstellung begutachtet werden. Bücher mit Anleitungen zum Waffengebrauch und zur Folter sowie T-Shirts, Aufkleber und Buttons mit Losungen wie „Rettet Südafrika – macht Tutu ein Ende“ oder „Ich möchte jetzt lieber Kommunisten in Mittelamerika umbringen“ – konnten hier erstanden werden.

Um ein Treffen von nicht ernstzunehmenden Waffenfanatikern, Verrückten und Ewiggestrigen handelte es sich hierbei keineswegs. Vielmehr wurde praktische Arbeit für die weltweite Unterstützung der „Contras“ geleistet. Dies machte die Präsenz von fast allen konterrevolutionären Führern deutlich, die auch am WACL-Treffen teilgenommen hatten.

Sie informierten sich über die neuesten Waffenentwicklungen und hielten auf Banketten



Makabrer „Flohmarkt“ in Las Vegas: Waffen und Hakenkreuz-T-Shirts im Angebot

schwulstige Reden, in denen sie den Söldner-Teams von SOF für deren Unterstützung dankten. Alle erhielten Geld aus Erlösen einer Versteigerung von „Beutestücken“ (z.B. Mützen der Sandinistischen Volksarmee) der „Contra“-Banden.

Die Verbindungen zur WACL wurden überdeutlich durch die Tatsache, daß diese als einzige politische Organisation einen Stand auf dem Söldnertreffen hatte und deren Führer Singlaub im Jahr zuvor der Hauptredner war. SOF-Herausgeber Brown bestätigte einen regelmäßigen Informationsaus-

tausch mit der WACL und sprach von „gleichen Zielen“.

Daß das Söldnertreffen problemlos in den USA über die Bühne gehen konnte, ist ein Beleg mehr dafür, daß die Reagan-Administration trotz gesetzlichen Verbots den Einsatz von Söldnern auf seiten konterrevolutionärer Bewegungen unterstützt. Damit erspart sie sich lange Auseinandersetzungen im Kongreß über die Entsendung offizieller Militärberater und international kann sie den Schein wahren, sie sei nicht direkt an den Konflikten beteiligt.

... die mit der Rasierklinge

Wer sich für Jugend und Politik interessiert ...

Jugend Blätter



... kommt an uns nicht vorbei: Jugendpolitische Blätter

Unsere Themen: Lage der Jugend, Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit, neue Technik und Berufsausbildung, SDI und Militarisierung, staatliche Jugendpolitik, Jugendbewußtsein, Jugendbewegung national und international und vieles mehr.

Jeden Monat bringen wir: Reportagen + Interviews + Enthüllungen + Hintergrundberichte + Analysen + Fakten + Dokumente + Kongreßberichte + Rezensionen + Infos + Service.

Die Jugendpolitischen Blätter: angriffslos, streitbar, links.

Einzelheft 4,- DM
Jahresabo 48,- DM

Bitte schickt mir ein Probeexemplar.

Name _____

Adresse _____

Schicken an: Jugendpolitische Blätter
Asselner Hellweg 106a 4600 Dortmund 13

anderes könne er ja gar nicht sagen, weil die US-Gesetze Geldsammlungen für Waffen in anderen Ländern verbieten. Singlaub sagte auch, wie für „Contra“-Waffen offen gespendet werden kann: „Es gibt Konten dafür auf Überseebanken. Geld kommt vor allem von westeuropäischen Unternehmen, deren Eigentum in Nicaragua enteignet oder nationalisiert worden ist. Selbstverständlich kann auch ein US-Bürger einen Scheck schreiben und ihn zu einer der Überseebanken schicken.“

Offen gesammelt wurde in Dallas für Uniformen, Kampfstiefel und Hubschrauber. An einem „International Freedom Fighters Dinner“ nahmen die Dallas-Millionäre Bunker Hunt und Burt Hurlbut teil – und die reiche Texanerin Ellen Garwood. Sie ließ vor der Konferenz bekanntgeben, daß sie den „Contras“ 65.000 Dollars für einen Hubschrauber gespendet hat.

14 Mio Dollar für die „Contras“ will die Zeitung Washington Times sammeln, deren Chefredakteur in Dallas sprach. Mitherausgeberin ist Reagans ehemalige UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, Eigentümerin der Zeitung die Moon-Sekte. Die war in Dallas auch vertreten durch Takeshi Furuta, den Direktor für asiatische Angelegenheiten ihrer politischen Organisation Causa International. Moons Causa International sammelt nach eigenen Angaben „Kleider und Versorgungsgüter“ für die „Contras“ in Nicaragua.

Sicherheitschef der Konferenz in Dallas war Tom Posey, Leiter der Civilian Military Assistance (CMA), einer Organisation von Vietnam-Veteranen, die die nikaraguanischen „Contras“ berät. Zwei seiner Leute kamen im September 1984 bei einem Einsatz in Nicaragua ums Leben.

Dana Drenkowski, der selbst als Söldner bei den „Contras“ war, erzählte mir: „Die Mehrzahl der Ausländer ist als Ausbilder oder im technischen Bereich tätig. Wir leisten mehr Gutes, wenn wir die Leute ausbilden, die kämpfen, als wenn wir selbst mit ihnen rausgehen.“

Ausbildungs-Teams des US-Söldnermagazins Soldier of Fortune sind nach Auskunft von Herausgeber Robert K. Brown auch in Afghanistan unterwegs. Alles private Initiativen, unabhängig von der US-Regierung? Singlaub plauderte: „Nun, gelegentlich rufe ich Freunde in der Administration an und sage: 'Schau, alter Junge, das haben wir vor, falls du irgendwelche Einwendungen hast, sende mir ein Signal.' Nun, bisher ist keines gekommen.“

Gekommen ist ein Telegramm von Präsident Reagan an die WACL-Konferenz in Dallas – das allerdings keine Einwendungen signalisiert: „Ich applaudiere Ihrem Einsatz für das ehrenvolle Anliegen. Un-

sere gemeinsamen Bemühungen bewegen den Lauf der Geschichte auf das Ziel einer Welt in Freiheit zu.“

Mehr als nur von Wohlwollen geprägt ist das Verhältnis der Antikommunistischen Weltliga auch zu einigen anderen Regierungen. Paraguays Diktator Alfredo Stroessner sandte ein Grußschreiben an die Konferenz in Dallas. Am 11. September klatschten die Delegierten minutenlang aus Anlaß des „Jahrestages des Sturzes der marxistischen Regierung durch unsere Freunde in Chile“ (Singlaub).

Und „in Taiwan ist die Antikommunistische Liga praktisch ein Regierungsorgan“. Der mir das sagte, ist selbst Mitglied einer Regierungspartei: Wolfgang Schall, der bundesdeutsche Delegierte auf der WACL-Konferenz, saß bis vor einem Jahr für die CDU im Europaparlament. Der Bundeswehr-General a.D. war 1968-71 Leiter der Stabsabteilung Führung beim Heer im Verteidigungsministerium in Bonn.

Über die nikaraguanischen „Contras“ meinte der CDU-Mann in Dallas: „Ich hoffe, daß die USA die bald stärker unterstützen, damit die die in Nicaragua regierenden Sandinisten verjagen. Ich hoffe, daß Reagan sich durchsetzen kann und den Sandinisten ein Ende bereitet.“ Schall leitet die bundesdeutsche Sektion der Antikommunistischen Weltliga. Über deren Arbeit führte er aus: „In der Bundesrepublik treten wir nicht so stark unter dem Namen Antikommunistische Weltliga auf, denn es gibt bei uns ja genügend andere antikommunistische Organisationen. Unsere Aufgabe ist es, deren Arbeit mit der Spitze der Antikommunistischen Weltliga zu koordinieren. Wir stehen in Verbindung mit sämtlichen Vertriebenenverbänden. Der maßgebende Mann ist für uns dabei deren Präsident, der Bundestagsabgeordnete Dr. Czaja. Wir arbeiten mit der Gesellschaft für Menschenrechte und mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Todenhöfer zusammen. Wir sind eigentlich ein Verbindungsbüro.“

Unser Autor A. Geiges (l.) mit dem bundesdeutschen WACL-Vertreter W. Schall (CDU)



Wolfram Brönner

US-Kongress eskaliert den „guten Krieg“



Mehr Raketen und andere moderne Waffen für die „Freiheitskämpfer“ (Reagan) versprechen eine Eskalation des „guten Krieges“ gegen Afghanistan

Die Hilfsgelder, die die Reagan-Administration in den vergangenen Jahren für den „verdeckten“ Krieg gegen Nicaragua beantragte, stießen im US-Kongress stets auf breiten Widerspruch. Für das Finanzjahr 1984/85 lehnte er eine Mittelbewilligung ab und 1985/86 mußten sich die Contras mit 27 Mio Dollar für „nicht-militärische Zwecke“ bescheiden.

Ganz anders verhielten sich die Washingtoner Parlamentarier im Fall Afghanistan. Hier hatte man auf Betreiben des Senats die jährliche Hilfe für die sog. Rebellen im Haushaltsjahr 1985 auf 250-280 Mio Dollar hochgetrieben, d.h. auf den etwa sechsfachen Umfang des Jahres 1980.

Eine breite Mehrheit von Kongreßabgeordneten erwärmte sich derart für den Afghanistankrieg, daß sie – wohl erstmalig in der Geschichte des Geheimdienstes CIA – die Antragssumme der Regierung nicht herab-, sondern heraufsetzte. In Ergänzung zu den bereits bewilligten Geheimfonds für 1986 und 1987, die mindestens auf dem Niveau von 1985

liegen dürften, beschlossen die Geheimdienstausschüsse beider Häuser Anfang Oktober d.J. im Geheimen die Vergabe von zusätzlichen 300 Mio Dollar für die nächsten 2 Jahre.¹

Durch die CIA-Pipeline über Pakistan sollen größtenteils Waffen und Munition fließen, darunter weit mehr und modernere Raketen bzw. Geschütze (Sam-7, Redeye, Stinger, Blowpipe, Oerlikon usw.).

Größte CIA-Operation seit 1975

Mit ihnen sollen insbesondere die Kampfhubschrauber MI-24 vom Himmel geholt, d.h. die Luftunterstützung für die afghanisch-sowjetischen Bodentruppen ausgeschaltet, soll die Feuerkraft der Artillerie der afghanischen Rebellen vervielfacht werden.

Während die oppositionellen Demokraten mehrheitlich die CIA-Operationen gegen Nicaragua als „schmutzigen Krieg“ titulierten, sind sie sich beim

Afghanistankonflikt mit den konservativen Republikanern vorwiegend darin einig, daß dort ein „guter Krieg“ am Kochen zu halten und dem „sowjetischen Expansionismus“ so ein exemplarischer Schlag zu versetzen sei.

Als Vorreiter des CIA-Hilfsprogramms für die afghanische Contra erwies sich denn auch ein texanischer Demokrat, Charles Wilson. Auf seine Eingaben hin wurden in den Jahren 1983 und 1984 Sondervergaben an die Rebellen in Höhe von 40 bzw. 50 Mio Dollar bewilligt.

Gegenwärtig gehört zu den Lobbyisten, die im Kongress wie der US-Öffentlichkeit für den großflächigen Einsatz hochentwickelter westlicher Waffensysteme, B-1-Kampfbomber und neueste Luftabwehrraketen inbegriffen, die Werbetrommel rühren – als Rache für die sowjetische Unterstützung des siegreichen „Feindes“ im US-Vietnamkrieg: „Wir hatten 58.000 Tote in Vietnam, und wir schulden den Russen noch einiges... Die Sowjets müssen einen verpaßt bekommen.“²

Zias Interventionsdienste

So nimmt es nicht Wunder, daß unter Ronald Reagan der „gute Krieg“ am Hindukusch zur größten Operation des CIA seit dem Indochinakrieg (1964-75) ausgedehnt wurde. Im Jahr 1985 verschlang er alleine rund 80% des CIA-Gesamtetats für geheime Auslandsoperationen.

Hinzu kommen Zuwendungen für die Rebellen seitens Saudi Arabiens, der anderen arabischen Golfmonarchien, der BRD, Großbritanniens, Japans, des Iran und Israels, die auf jährlich 200-350 Mio Dollar veranschlagt werden. Die seit 1981 von der VR China beigesteuerten Waffen und Gelder schätzt man auf 100 Mio Dollar.³

Der Frontstaat Pakistan ist längst in die verwaiste Rolle des kaiserlichen Iran als Operationszentrum des CIA in der mittelöstlichen Region geschlüpft.

Von hier aus organisieren, unter Beihilfe von pakistanischen Militärs und Behörden, Hunderte von CIA-Akteuren den Weitertransport von Waffen, Munition, Nahrungsmitteln usw. nach Afghanistan hinein. Hier trainierten und instruierten US-Militärberater und Söldner in rund 120 Militärlagern Zehntausende afghanische Rebellen für Einsätze im westlichen Nachbarland. In Peschawar befindet sich das Hauptquartier der afghanischen Contra.

Entlang der Grenze zu Afghanistan und der an den Persischen Golf anschließenden Küstenregion betrieb Pakistan eine rasante Erweiterung der militärischen Infrastruktur, vom Aus- und Neubau zahlreicher Luftwaffen-, Marinebasen und Depots bis hin zur elektronischen



Afghanistan-Interventen Reagan und Zia ul-Haq im Weißen Haus.

Überwachungsstation von Gwadar.

Die Einrichtungen werden genutzt sowohl für die Infiltration und die Versorgungs-Pipeline der afghanischen Contra als auch für das US-Zentralkommando der Schnellen Eingreiftruppe, das rund um die Golfregion postiert ist. Und sie ermöglichen eine noch wirksamere logistische Unterstützung für die auf afghanischem Territorium operierenden Rebellen, die heute mit Hilfe von US-Satellitenaufklärung und per Funk u.a. über afghanisch-sowjetische Truppenbewegungen frühgewarnt werden.

Washington belohnte die Interventionsdienste des Zia-ul-Haq-Regimes mit einem selten großen Paket an Militär- und Wirtschaftshilfe von 3,2 Mrd Dollar im Zeitraum 1981-85. Für 1986-88 hat Reagan Anfang d.J. Islamabad gar 4 Mrd Dollar angeboten, die wiederum zur Hälfte für den Kauf von hypermodernen Waffensystemen (F-16-Jagdflugzeuge, Cobra-Hubschrauber, M-60-Panzer usw. verwendet werden sollen. Im Juli d.J. ordnete Reagan überdies die beschleunigte Lieferung von 100 Sidewinder- und Stinger-Raketen an Pakistan an.

In Washington verbindet man die Eskalierung des „verdeckten“ Afghanistankrieges allerdings kaum noch mit der einstigen Siegeszuversicht.

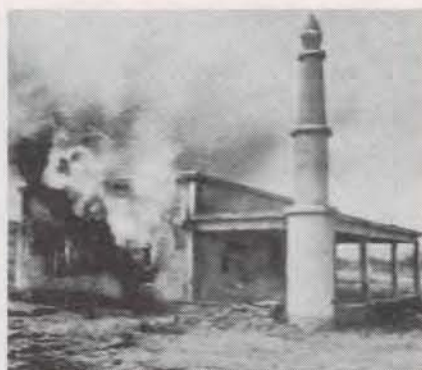
Die anfänglichen Prophezeiungen eines Sturzes der Regierung der Demokratischen Volkspartei (PDPA) und der Ausreibung der sowjetischen Truppen durch die Rebellen sind einer allgemeinen Ernüchterung gewichen. Malcom Wallop, Senator und Vorsitzender eines Geheimdienstausschusses des Kongresses, attestiert daher dem US-Interventionismus Erfolglosigkeit.

Rückschläge für die „Rebellen“

„Ich kenne wirklich niemanden“, so klagt er, „der glaubt, wir könnten das von der Sowjetunion unterstützte Regime in Afghanistan stürzen... Was definiert man in diesem Zusammenhang eigentlich als Erfolg? Man muß doch im Kopf haben, was man eigentlich will, und das wissen wir in diesem Fall gar nicht.“⁵

Ronald Reagan und seine hartgesottensten Gefolgsleute indessen wollen vom Perspektivverlust nichts wissen. Sie klammern sich weiter an ihr Traumziel, Afghanistan zum „Vietnam“ der Sowjetunion zu machen, koste es was es wolle. „Mein Verständnis der gegenwärtigen Politik ist, daß alles was die Sowjets in ihrem eigenen Vietnam beschäftigt, unsere nationale Sicherheit gut voranbringen kann.“ So brachte es einer der Reagan-Leute, der Republikaner und Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats, David Durenberger, auf den Punkt.⁶

Der Senator bestätigte zugleich die dahinter stehende Absicht der Reagan-Administration, auf Dauer eine hinreichende Außenhilfe für die Rebellen zu gewährleisten, um sie kampffähig zu halten. Auf diese Weise will sie die Sowjetunion zwingen, ihre Truppen (laut westlichen Schätzungen derzeit 115.000) in Afghanistan zu belassen, was sich zugunsten der US-Aufmarschpläne in Südwestasien⁷ und weltpolitisch weiterhin entspannungshemmend ausschlagen läßt.



Von Rebellen niedergebrannte Moschee in Logar. Den Mullah ermordeten sie, weil er sich ihnen nicht anschloß

Von daher auch erklärt sich das geringe Interesse der Regierung Reagan, eine politische Verhandlungslösung im Afghanistankonflikt mit voranzubringen.

Afghanistankenner verschiedenster Couleur porträtieren nach ihren Aufenthalten 1984/85 ein weitgehend übereinstimmendes Gesamtbild der Konsolidierung unter Karmal.⁸

Der nächtliche Raketenbeschuß Kabuls und der fortdauernde Kleinkrieg der Rebellen vor allem in den Grenzprovinzen zu Pakistan dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die bereits 1983 sichtbaren Anzeichen zugunsten des Regimes unter Babrak Karmal (siehe AIB 4 und 7-8/1983) zur Wende verdichtet haben. Kabul wie das Gros der städtischen Zentren und ein wachsender Teil ländlicher Gebiete (Ende 1984 ca. 1/3), darunter die entwickelten Agrarzone, befinden sich unter ihrer festen Kontrolle. Im überwiegend von neutralen bzw. schwankenden ethnischen und Stammesführern beherrschten Restterritorium neigt sich das Stimmungsbarometer mehr und

mehr zugunsten der Zentralregierung. Nachdrücklich bestärkt wurde dieser Trend durch die gravierenden militärischen Positionseinbußen der Contra seit 1984, ihren Verlust der Initiative an die afghanisch-sowjetischen Streitkräfte. Im Vorjahr konnten diese beispielsweise das strategisch brisante Panjir-Tal (nördliche Provinz Parwan) nach mehreren Anläufen endlich einnehmen, die Terraingewinne mit Garnisonen befestigen. Im Juni-August d.J. gelangen ihnen die Eroberung des ähnlich bedeutsamen Kunar-Tals (östliche Grenzprovinzen Kunar, Nangarhar). Damit erreichte man eine weitgehende Absicherung der wichtigsten Transportrouten zwischen Kabul und dem Norden und Osten des Landes. Und so schuf man die Voraussetzung, um die Versorgungslage in den Zentren weiter zu verbessern.

Daß sie schon zuvor recht solide schien, dafür legten etwa die vollen Basare oder die funktionierende Nahrungsmittel- und Energieversorgung in Kabul Zeugnis ab.

Die jüngsten afghanisch-sowjetischen Offensiven in Kunar, Nangarhar und Paktia (August/September d.J.) waren zugleich der vielversprechende Auftakt eines neuen strategischen Vorhabens der PDPA-Regierung, nämlich mit der Abriegelung bzw. Versiegelung der gebirgigen Grenzabschnitte zu Pakistan (2.100 km) und dem Iran (700 km) die afghanischen Rebellen von ihren auswärtigen Camps und Nachschubbasen weitgehend abzuschneiden.

Versiegelung der Grenze

Die in den Ostgebieten ansässigen paschtunischen und belutschischen Stämme sollen für einen ersten Versiegelungsgürtel gewonnen werden, auf der Basis der Respektierung ihrer Eigenständigkeit und der freiwilligen Kooperation. Dahinter sollen Milizionäre der Selbstverteidigungsgruppen und Einheiten der wiedererstarkten afghanischen Armee eine zweite Barriere bilden.⁹

Auf lange Sicht eher noch schwerer wegen dürfte – so Selig Harrison – „die fortgesetzte Immobilität (der zersplitterten Widerstandsgruppen) im entscheidenden politischen Wettstreit mit dem Kabuler Regime“.¹⁰ Obgleich sie hinsichtlich der Feuerkraft und militärischen Koordination vielerorts zulegten, büßten sie an Wirkungskraft und Einfluß ein.

Die Ursachen sind vornehmlich in der Vernachlässigung einer politischen Infrastruktur sowie im Fehlen einer realen programmatischen und Aktionseinheit der Rebellengruppen zu suchen. Versuche ihrer Großfinanziers aus den USA und Saudi Arabien, eine Exilregierung

der afghanischen Contra zu formieren, scheiterten an den mit dem Geldzustrom eher größer gewordenen Rivalitäten zwischen radikalen und gemäßigeren Fundamentalisten. Und dies obgleich sie alle fanatisch antisowjetisch und auf eine „theokratische Diktatur“ (Washington Post), d.h. eine iranisch-pakistanische Islamisierungsmixtur unter prowestlichen Vorzeichen, aus sind.

Weit davon entfernt, eine echte Alternative zum Karmal-Regime zu verkörpern, dürften sie in den kommenden Jahren kaum darüber hinauskommen, weiterhin Teile der Bevölkerung zu verunsichern sowie die wirtschaftlichen Entwicklungs- und Reformvorhaben der PDPA zu schädigen (der mit Überfällen auf Krankenhäuser, Schulen, Transportmittel, Telefonleitungen usw. angerichtete Sachschaden übersteigt inzwischen 800 Mio Dollar).¹¹

Daß die Rebellen 1984/85 mit serienweisen Raketen- und Bombenanschlägen auf Moscheen, Linienbusse, Kinos, Wohn- oder Basarviertel andersdenkende Geistliche bzw. unbeteiligte Zivilisten ermordeten, hat ihnen nichts als Sympathieverluste eingebracht.

Demgegenüber vermochte die regierende Demokratische Volkspartei weiter politische Pluspunkte zu sammeln. Beflügelt

durch die Überwindung des lähmenden innerparteilichen Fraktionismus gelang es ihr, Mitgliederzahlen und Einfluß der von ihr angeführten Massenorganisationen deutlich auszubauen.

Die Nationale Vaterländische Front (NFFA) ist auf 700.000, die Gewerkschaften und die Demokratische Jugendorganisation sind auf 200.000 bzw. 152.000 Mitglieder, d.h. seit 1983 um 50%, angewachsen (vgl. AIB 7-8/1983, S. 45-47). Die in der NFFA vereinten nationalprogressiven Kräfte prägten auch das Bild der im April d.J. erstmals seit 20 Jahren wieder einberufenen Loya Jirga (Große Versammlung), an der 1769 gewählte Abgeordnete aus allen Landesteilen und Bevölkerungskreisen (darunter 3% Bourgeoisie, 11% Geistliche, 25% ethnische und Stammesführer) teilnahmen.¹²

Verankerung über die NFFA

Sie bekannten sich in der Kabuler Abschlußresolution zum vereinten „Aufbau einer neuen afghanischen Gesellschaft“, zum Demokratisierungs-, Reform-(Landreform!) und Verhandlungskurs der Regierung für eine politische Lösung des Afghanistankonflikts. Vereinte Anstrengungen zur Abwehr der Intervention und zur Grenzabriegelung wurden als dringlichste Aufgabe des afghanischen Volkes bezeichnet.¹³

Zu dieser Aufgabenstellung bekannte sich sodann am 14./15. September d.J. die Hohe Jirgah der Grenzstämme. Ihr Treffen wurde am Schlußtag mit einem Marsch von 500.000 in Kabul, der größten Demonstration seit der Machtübernahme Babrak Karmals überhaupt, aufgewertet.

Im August/September d.J. begannen ferner die ersten Wahlen zu den örtlichen Organen der Staatsmacht (Jirgahs), die zunächst einmal in den relativ gesicherten Provinzen Kabul, Badakhshan, Balkh, Nangarhar und Neemroze abgewickelt werden sollen. Daß sich in Kabul und Faizabad über 90% der Wahlberech-

tigten für die Kandidaten der Nationalen Front entschieden, zeugt ebenso von deren zwischenzeitlich solider Massenverankerung in Schlüsselgebieten wie von der Wirksamkeit der breitgefächerten Bündnispolitik der PDPA.

Durchbruch in Genf?

Das Revolutionsregime hat von daher im Kampf gegen die Contra und ihre Interventionshelfer alles in allem reichlich Boden gutgemacht.

Es geht somit auch gestärkt in die sechste Verhandlungsrunde zum Afghanistankonflikt, die vom 16.-20. Dezember 1985 in Genf zusammentreten soll. Nach Aussagen des UN-Verhandlungsleiters Diego Cordovez sollen sich die Gesprächspartner Afghanistan und Pakistan im Juni bzw. August d.J. darin einig geworden sein, die UdSSR und USA als Garantmächte zur Überwachung eines Friedensabkommens heranzuziehen.

Nahezu abgeklärt seien – so Cordovez – ferner die Fragen einer Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge, der Abzugsmodalitäten der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und der Abgabe einer Nichtinterventionsverpflichtung Pakistans. Strittig sei insbesondere die Abfolge, in der diese Garantieerklärungen abzuschließen seien. (Der Iran hatte die Teilnahme an den bislang indirekt geführten Genfer Gesprächen verweigert, die afghanischen Rebellen vergeblich ihre Einbeziehung gefordert.)¹⁴

Doch angesichts der jüngsten Washingtoner Eskalierung des „guten Kriegs“ am Hindukusch glaubt kaum jemand an eine schnelle politische Lösung des Afghanistankonflikts.

Anmerkungen:

- 1) Daten nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 11.10.1985; The National Reporter (TNR), Washington, Nr. 2, Sommer 1985, S. 4-5; tageszeitung (taz), Berlin-West, 15.1.1985
- 2) Ebenda
- 3) Daten nach: The Middle East (ME), London, April 1985; Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 18.4.1985
- 4) Laut: IHT, 12.7.1985; ME, Februar 1985
- 5) Zit. nach: taz, a.a.O.
- 6) TNR, a.a.O.
- 7) Siehe Einschätzung M. Wengers zum US-Zentralkommando in Südwestasien in: AIB 3/1985, S. 7-13
- 8) Siehe beispielsweise M. Danesch/N.N. in: Der Spiegel, 4.11.1985 und taz, 3.1.1985; S. Harrison in: South, London, März 1985; O. Ihlau in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 12./13.1.1985
- 9) Vgl. ebenda und Babrak Karmals Speeches at the 15th Plenum of the PDPA-CC, Kabul, März 1985, S. 29ff.
- 10) South, a.a.O.
- 11) Laut: Kabul New Times (KNT), Kabul, 8.10.1985
- 12) Monitor-Dienst, 25.4.1985
- 13) Wortlaut in: KNT, 27.4.1985
- 14) Vgl. Dawn, Karatschi, 31.8., 5.9. und 10.7.1985; SZ, 2.9.1985; Frankfurter Rundschau, 9.10.1985



Diese Besitzurkunde für eigenes Land (oben) erhielten bisher 320000 arme Bauernfamilien von der Regierung; bäuerliche Selbstverteidigungsgruppen (unten) schützen ihre Dörfer vor Rebellenüberfällen





Gespräch mit Anahita Ratebzad Wir kommen langsam aber sicher voran

Dr. Anahita Ratebzad zählt zweifelsohne zu den schillerndsten Persönlichkeiten der afghanischen Revolutionsführung. Sie ist Mitglied des Politbüros der regierenden Demokratischen Volkspartei Afghanistans (PDPA) sowie Präsidentin der Demokratischen Frauenorganisation und der Friedens-, Solidaritäts- und Freundschaftsorganisation ihres Landes. Sie gehörte der ersten PDPA-Regierung unmittelbar nach der Aprilrevolution 1978 an, wurde im Juni 1978 als Botschafterin nach Belgrad abgeschoben und fungierte in der Regierung Karmal zu Anfang als Erziehungsministerin. Die Medizinerin, die ihre Ausbildung übrigens in den USA erhielt, war bereits 1965-69 Parlamentsmitglied (Kabul) und Gründerin der Demokratischen Frauenorganisation. Für das AIB sprach Wolfram Brönnner in Kabul mit Anahita Ratebzad über Veränderungsprozesse seit der Amtsübernahme der Regierung Karmal (Dezember 1979).

AIB: Vor bald 6 Jahren wurde die Regierung unter Babrak Karmal gebildet. Sie hat von Anfang an versucht, eine breitere Basis für den 1978 eröffneten revolutionären Veränderungsprozeß zu schaffen. Unter den vordringlichsten Aufgaben, welche damals von der regierenden PDPA formuliert wurden, fanden sich die, die Massenorganisationen zu reorganisieren und eine nationale Front aufzubauen. Welcher Gedanke stand dahinter? Wie sind Sie damit vorangekommen?

A. RATEBZAD: Das Volk von Afghanistan ist nicht nur dadurch geprägt, daß es in keinem Industrieland lebt, sondern auch dadurch, daß es in den Dörfern, in den Städten und Häusern immer eine kollektive Art des Lebens gab.

Also suchen wir die Menschen zu erreichen über Massenorganisationen in ihrem Lebens- und Arbeitsbereich.

Breite durch die Vaterländische Front

Da gibt es die Demokratische Jugendorganisation, die der PDPA sehr nahesteht, und die ihr sehr viel neue Mitglieder zuführt.

Da gibt es die Gewerkschaft der Arbeiter und Angestellten, die Union der Bauerngenossenschaften, die Demokratische Frauenorganisation, die Journalistenunion, die Vereinigungen der Schriftsteller, der Künstler, der Handwerker und Händler bzw. der nationalen Bourgeoisie (letztere zusammengefaßt in der Industrie- und Handelskammer; d. Red.), Vertreter der Stämme, des Rats der Geistlichkeit und von Freundschaftsgesellschaften.

Mit der im Juni 1981 gegründeten Nationa-

len Vaterländischen Front Afghanistans (NFFA) befinden sich einerseits alle 13 Massenorganisationen im Rahmen der Front unter der Anleitung der Partei. Ferner gibt es neben den Gruppen auch einzelne Personen, die Mitglied der NFFA sind.

D.h. wir haben innerhalb der Front einen breiten Massenzusammenschluß des Volkes zuwege gebracht, es kann sich selbst in einer kollektiven Lebensweise wiederfinden.

Bauerngenossenschaften nur...

Sie fühlen nicht nur, sondern spüren es auch in der praktischen Arbeit, daß sie nützliche Mitglieder der Gesellschaft sind. Und sie nehmen andererseits über die NFFA direkten Einfluß auf die Regierung des Landes.

AIB: In welchem Verhältnis zueinander stehen die Vaterländische Front und die neuerdings im Aufbau befindlichen örtlichen Organe der Staatsmacht?

A. RATEBZAD: In dem neuen Gesetz aus dem Jahre 1984 über die örtlichen Regierungen ist die Vaterländische Front als deren Bestandteil festgeschrieben worden.

Es ist das erste Mal in der Geschichte unseres Landes, daß wir ein solches Gesetz haben. Und es wurde von unten her, angefangen beim kleinsten Dorf, in die Praxis umgesetzt. So haben wir das Gesetz den Menschen im Dorf vorgestellt. Die Menschen haben das verstanden, und sie haben ihre eigene örtliche Regierung gewählt.

Wahrscheinlich können einige dieser örtlichen Regierungen nicht lesen und schreiben. Es sind beispielsweise alte Männer, die in ihrem Dorf einigen Einfluß besitzen. Es

sind religiöse Menschen, gute Menschen, die jedem im Dorf helfen. In dieser Weise wurden sie als Dorfvorsteher gewählt.

Die Regierung hat sie anerkannt und sie sind damit die offiziellen Vorsteher ihrer Dörfer. Innerhalb dieses Gesetzes ist die Nationale Vaterländische Front ein sehr guter Teil. Sie arbeitet mitten im Volk und hilft den Menschen zu begreifen. Und diese Front wird von Tag zu Tag breiter, in allen Teilen des Landes, in allen Provinzen, in allen Dörfern hat sie aktive Mitglieder.

Die NFFA hat keine besondere Ideologie...

AIB: Sind im Programm der Nationalen Vaterländischen Front die von der PDPA formulierten sozialrevolutionären Veränderungen nicht als Ziele enthalten?

A. RATEBZAD: Doch, natürlich. Alle sozialen Veränderungen, die im Programm der Partei stehen, finden sich auch im Programm der Vaterländischen Front wieder.

Die Front arbeitet unter den verschiedenen Schichten der afghanischen Bevölkerung, um diese Ziele, um alle diese Programmpunkte Schritt für Schritt umzusetzen. Dies geschieht nicht mit „roter Gewalt“, nicht übereilt. Es wächst langsam und beständig innerhalb des Volkes, damit es auch verstanden wird.

AIB: Welche Tätigkeitsfelder sind das in erster Linie? Und was wird zur Zeit als wichtigstes Vorhaben angesehen?

A. RATEBZAD: Die Mitglieder der Front haben Lese- und Schreibkurse eingerichtet, überall.

Sie helfen den Genossenschaften. Sie helfen zur Erntezeit Ende September.

...auf freiwilliger Basis

Die Mitglieder der NFFA helfen den Menschen, wenn sie etwas verloren haben. Wenn ihre Häuser von den Banditen in Brandgesteckt wurden, helfen sie beim Wiederaufbau.

Sie bauen Schulen, Straßen. Sie unterstützen die Bauern mit Traktoren, Saatgut, Düngemitteln und auch mit Wasser.

Die wichtigste Sache, die die Nationale Vaterländische Front jetzt durchführt, ist die Hilfe bei der demokratischen Landreform.

Sie hilft den Bauern zu verstehen, was demokratische Landreform heißt, daß sie ohne die Bauern überhaupt nichts bedeutet. Die Landreform muß mit den Menschen gemacht werden.

AIB: Auf welche Weise erfolgt in der Regel der Zusammenschluß der Bauern? Drängen Sie darauf, daß sich alle Bauern in Genossenschaften einreihen?

A. RATEBZAD: Nein. Auch jetzt noch gibt es Genossenschaften hier und Einzelbauern da.

Aber wir arbeiten sehr weitgefächert unter den Menschen, wiederum mit Hilfe der Nationalen Vaterländischen Front und anderen Organisationen, um die Aufmerksamkeit der Bauern darauf zu richten, daß ihnen dieses Zusammengehen nutzt.

Es ist also beides: Mit der Genossenschaft hat es begonnen, sie ist da, und jetzt schließen wir die Bauern zusammen. Diejenigen, die kein Land besitzen, bekommen Land. Dann können sie es in die Genossenschaft einbringen.

AIB: Geschieht das auf freiwilliger Grundlage, daß sie zu den Genossenschaften kommen?

A. RATEBZAD: Ja, es ist freiwillig. Auch wenn jemand nicht zu dieser Bauernorganisation gehen oder nicht mit ihr zusammenarbeiten will, kann er sein Land haben. Die

Genossenschaft ist nur etwas, das ihm sehr viel besser und schneller helfen kann. Wenn nicht, dann lebt er allein mit sich selbst, mit seiner Familie, und die Regierung unterstützt ihn mit Saatgut, Traktoren, Düngemitteln und solchen Dingen. Natürlich auch mit der Zuteilung von Wasser.

Wir üben niemals Druck aus. Unsere Politik ist niemals die der Anwendung von Gewalt oder Druck. Es geht langsam und beständig voran, mit dem Einverständnis der Menschen.

AIB: Ist es im Zusammenhang mit der Bauernorganisation oder der Vaterländischen Front zu sehen, daß unter den Bauern Selbstverteidigungsgruppen entstehen?

A. RATEBZAD: Oh ja, ich habe ganz vergessen Ihnen zu erzählen, daß die Vaterländische Front und alle Massenorganisationen, sogar die Demokratische Frauenorganisation, diese Selbstverteidigungsgruppen aufgebaut haben.

Die Frauen werden bewußter, aktiver

Eine beträchtliche Anzahl von Frauen und Mädchen ist den Banditen schon zum Opfer gefallen, sogar in den Lese- und Schreibkursen, die sie leiteten, oder an denen sie als Schülerinnen teilnahmen. So haben sich aus dem Kreis derjenigen, die im Bildungsbe- reich aktiv sind, viele in die Front zur Verteidigung der Revolution, in die Selbstverteidigungsgruppen eingereiht.

In jeder Fabrik, in jeder Genossenschaft, in jedem Dorf gibt es Selbstverteidigungsverantwortliche der NFFA und aller anderen Organisationen. Sie haben den Menschen gelehrt zu verstehen, wie man sich selbst verteidigt.

Heute verteidigen die Dörfer ihre Moscheen, ihre Straßen, ihre Häuser. So ist es gekommen, daß es im ganzen Land solche Verteidigungsgruppen gibt.

AIB: Hier wurde in einem Videofilm gezeigt, daß es auch große Demonstrationen von Frauen gab. War das die Ausnahme?

A. RATEBZAD: Die erwähnte Frauen- demonstration ereignete sich im Oktober 1984. Sie galt dem Weltfrieden.

Diese Frauen waren Frauen von Märtyrern, jedenfalls die meisten von ihnen. Sie führten eine Kundgebung durch, und danach marschierten sie zum Eingang der Botschaft der USA und protestierten, wegen ihrer Kinder, die getötet wurden.

Wir haben jedes Jahr solche großen Friedens- demonstrationen.

Nun, das Bewußtsein ist gewachsen. Es geht langsam, aber wir arbeiten sehr eingehend mit ihnen.

AIB: Ist es nicht immer noch sehr schwierig, die Frauen auf dem Land überhaupt anzusprechen, geschweige denn sie zu organisieren?

A. RATEBZAD: Ich muß Ihnen sagen: nein. In den Universitäten ist es viel schwieriger. Denn diese Universitätsmenschen wurden mit ihrem Denken schon in ein Schema gezwängt.

Aber die Leute im Dorf, das sind einfache Menschen. Wenn sie ihnen sagen: „Das ist gut“, und sie sehen es mit ihren eigenen Augen, dann fühlen sie es: Das ist gut, das ist für sie von Nutzen. Dann nehmen sie es an, und sie gehen mit Ihnen. Aber wenn sie glauben, daß Sie sie täuschen, dann werden sie Ihr Feind.

Wir sind deshalb sehr vorsichtig, um nicht ein Wort zu sagen, das wir nicht halten können.

AIB: Sie haben gesagt, auf dem Land sei es gar nicht so schwer, die Frauen zu organisieren. Hat das auch etwas mit der Landreform zu tun? Hat es etwas damit zu tun, daß in den Regionen, in denen die Landreform vorwärtsschreitet, es für die Frauen leichter macht, an diesem Prozeß teilzunehmen?

A. RATEBZAD: Das ist eines unserer Ziele. Die Frauen müssen es verstehen.

Und das andere Ziel ist es, daß die Frauenorganisation in den Provinzen, auf dem Land mit den Frauen arbeitet. Nicht, um sie vorrangig, im ersten Monate, im ersten Jahr politisch heranzuziehen, sondern um sie in der Arbeit heranzuziehen.

Sie kommen z.B. in einem Frauenclub zusammen und stellen Handarbeiten her. Wir sammeln diese Sachen dann ein und haben einige Bazare gefunden, wo sie verkauft werden. Und wir geben den Frauen das Geld.

Von der neuen Phase der Revolution wurden die Lese- und Schreibkurse mit Zwang durchgesetzt, und die Leute liefen davon. Jetzt machen wir das nicht mehr so. Wir sagen, daß es freiwillig ist: „Wenn Du willst, dann bringen wir Dir etwas bei.“

Aber wir lassen niemals Männer Frauen lehren. Wir stellen immer Frauen als Lehrer zur Verfügung. Also, kein Mann lehrt Frauen, schon gar nicht auf dem Land. In einigen Provinzen sind die Leute sehr traditionell.

In Kabul gibt es natürlich jetzt Schulen für Analphabeten. Viele Frauen lehren dort, und es gibt nicht nur Lese- und Schreibkurse, sondern man kann gleichzeitig einen Beruf erlernen.

Innerhalb dieser Arten des Herangehens er-



Einrichtung von Frauenclubs - Anliegen der Demokratischen Frauenorganisation

werben die Frauen das Bewußtsein, daß sie nicht mehr die Frauen von gestern sind.

AIB: Ich möchte noch auf einen anderen Punkt zurückkommen, auf die Geistlichkeit. Sie spielt in Afghanistan besonders in den Dörfern, wohl eine sehr wichtige Rolle. Wie ist die PDPA mit der Einbeziehung der Geistlichkeit in die Vaterländische Front vorangekommen?

A. RATEBZAD: In der Tat, dieser Prozeß begann vor 3 Jahren. Jetzt weitet er sich aus. Heute haben wir alle diejenigen Mullahs und Geistlichen, die den Standpunkt vertreten,

daß sie zu diesem Land gehören, Schiiten und Sunniten, gemeinsam im Nationalrat der Geistlichkeit.

Wir sind froh darüber, denn eine solche Art der Arbeit mit den Geistlichen ist von großem Nutzen für die Revolution und für das Programm der Partei, weil die Geistlichen auf dem Land und in den Dörfern sehr eingehend mit den Dorfbewohnern, unter dem Volk arbeiten. Sie machen ihnen begreiflich, was für sie von Vorteil ist, wer ihr Feind ist, wer ihr Freund ist. Recht bald verstehen sie, von den Geistlichen zu lernen, die sehr einflußreich sind, auch im Hinblick auf die Lese- und Schreibkurse.

AIB: Fällt es hierbei ins Gewicht, daß die „Rebellen“ auch Mullahs getötet haben?

A. RATEBZAD: Oh ja, in den vergangenen 3 Jahren haben sie viele Mullahs ermordet. Es waren Mullahs, die mit der Vaterländischen Front und mit dem Nationalrat der Geistlichkeit zusammengearbeitet haben.

Sie haben vor dem Volk Reden gehalten, sie haben die Moschee besucht, und sie haben den Menschen die Wahrheit über ihre Rechte, über ihr Land, über ihre Feinde, über diese Banditen gesagt. Und deshalb haben sie sie erschossen.

AIB: Und Sie würden sagen, daß diese Geistlichen, die den Revolutionsprozeß unterstützen, heute die Mehrheit bilden?

A. RATEBZAD: Ja. Diejenigen, die in diesem Land leben und sich als Söhne dieses Landes fühlen, gehören dem Nationalrat der Geistlichkeit und der Vaterländischen Front an, und sie arbeiten dafür. Sie arbeiten sehr ordentlich und ehrlich.

AIB: Und was ist mit den Geistlichen, die vor der Revolution auch Großgrundbesitz hatten?

Moscheen-Bombenleger isolieren sich

A. RATEBZAD: Nun, einigen von ihnen wurden vor der neuen Phase der Revolution alle diese Dinge weggenommen.

Aber im neuen Abschnitt der Landreform gab es Änderungen. Geistliche, die in Moscheen arbeiten, erhalten ein Stück Land für sich selbst. Es ist vererbbar und wird ihnen nie mehr abgenommen.

AIB: Aber was wurde aus den Großgrundbesitzern, die Teil der Geistlichkeit waren?

A. RATEBZAD: Einige von ihnen haben das Land verlassen, einige von ihnen kamen in der Amin-Zeit ums Leben. Wenn sie Widerstand leisteten, ließ er sie töten.

Aber sie lebten in der Stadt und besaßen wunderschöne Häuser und große Autos, wie z.B. Burhanuddin Rabbani. Einige von ihnen, einige wenige, sind in Peshawar (Pakistan), wie Subgatullah Mujaddedi, der ein bedeutender Großgrundbesitzer ist. In Kabul, Nangarhar, Jalalabad und anderen Orten hatten sie Hunderte und Aberhundert Hektar Land.

AIB: Bedeutet das, daß ihr Einfluß unter Mullahs im heutigen Afghanistan schwindet?

A. RATEBZAD: Oh, sie haben keinerlei Einfluß. Denn auf der einen Seite ist eine neue Generation von Mullahs herangewachsen. Und auf der anderen Seite ist ihre Orientierung unterschiedlich.

Deshalb haben sie keinen Einfluß hier in Afghanistan, unter unseren Mullahs. Besonders deswegen, weil sie diese Mullahs und religiösen Leute getötet haben. Es besteht eine Tendenz, sie zu hassen.

AIB: Kann man daraus schließen, daß das Standardargument der „Rebellen“: „Du mußt für den Islam kämpfen, gegen die gottlose Regierung“ geschwächt ist?

Die 1981 gegründete Nationale Front zählt jetzt 700.000 Mitglieder



A. RATEBZAD: Richtig. Denn von ihnen wurde der Koran verbrannt. Wenn sie eine Moschee niederbrennen, gibt es dort einen Koran. Wenn sie eine Bücherei niederbrennen, dann gibt es dort Koranausgaben. Sehen Sie, die Konterrevolutionäre haben Mullahs getötet, sie haben den Koran verbrannt, und jetzt glauben ihnen die Menschen nicht mehr. Das hat ihren Einfluß sehr geschwächt.

Umgekehrt tun wir eine Menge von Dingen für unseren Islam, für Moscheen, und für heilige Stätten von Sunniten, Schiiten und für die Hindu-Brüder, die in Afghanistan leben.

Jeder von ihnen hat seine eigenen Möglichkeiten der Ausübung des Gottesdienstes. Solange das nicht die Gesetze und Vorschriften des Landes berührt, und solange es nicht gegen die Revolution gerichtet ist, hat alles seinen Platz.

Und diese Leute, wenn sie sehen, daß wir uns so konstruktiv verhalten, dann verbreiten sie das unter den Menschen in den Städten und in den Dörfern.

AIB: Vor etwa 3 Jahren hatten Sie in Kabul erstmals eine Großdemonstration gegen Reagan. Das war wohl mit ca. 250.000 Teilnehmern, die größte Massenkundgebung seit der Bildung der Regierung Karmal, und für die PDPA wohl ein sehr ermutigendes Zeichen...

A. RATEBZAD: In der Tat, das war die größte. Sie fand im März 1983 statt.

Die Konterrevolution zog im übrigen alle Register, um die Menschen von jeglichen Unterstützungsmanifestationen für die PDPA durch Anschläge abzuschrecken. Um die Leute einzuschüchtern, führte man Bombenattentate auf Massenversammlungen durch. Beispielsweise töteten sie auf diese Weise vier Geistliche (drei wurden verletzt), die im Jahr 1983 eine Konferenz in Kabul mit Teilnehmern aus den Provinzen besuchten. Sie tagten in der Moschee und in der polytechnischen Hochschule.

Jemand hat in der Moschee eine Bombe gelegt. Am nächsten Morgen fand eine sehr große Demonstration von mehr als 150.000 vor der US-Botschaft in Kabul statt.

AIB: Werten Sie dies alles als Zeichen dafür, daß Sie einen wirklichen Fortschritt in der Wiedererlangung des politischen Vertrauens und Einflusses seit dem Sturz Amins (Ende 1979) gemacht haben?

A. RATEBZAD: Oh ja, gewiß. Die Regierung ist jetzt stabil. Jeder weiß das. Die Armee ist gefestigt, und innerhalb des Landes sehr stark.

Nun, wir hören es hier und da krachen und knallen. Und damit werden wir noch eine Zeitlang leben müssen.

Die Banditen machen das mit voller Absicht in Kabul, weil das diplomatische Korps hier

ist, die ausländischen Journalisten hierher kommen, und wir Gäste hier haben. Sie tun das mit der Absicht, daß diese Leute, wenn sie nach Hause kommen, sagen „Sogar in Kabul gab es Bombardierungen, Raketen, dieses und jenes“.

Nun — sie sind mit Raketen gut versorgt!

AIB: Aber das geschieht doch nicht ziellos, was sie tun? Oder schießen die blind mit Raketen?

A. RATEBZAD: Ja, die schießen meist blind.

Es gab in den vergangenen 2 Jahren auch katastrophale Einschläge, z.B. in Wohnvierteln in einigen Teilen der Kabuler Altstadt. Und sie inszenierten 1984 ein Bombenattentat am Flughafenterminal. Sie haben dabei eine Menge Leute getötet, darunter Kinder...

AIB: Lassen Sie uns bitte nochmals auf die Massenorganisationen zurückkommen. Sind sie in den letzten Jahren eigentlich hinreichend gewachsen und stärker geworden?

A. RATEBZAD: Ja, das sind sie.

Ich kann Ihnen sagen, daß der Arbeiterverband sich bis zur Jahreswende 1984/85 verdreifacht hat. Die Jugendorganisation machte eine ähnliche Entwicklung durch.

Gleiches gilt für die Frauenorganisation, wobei sich der Verankerungsgrad gar nicht in erster Linie in der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder; sondern mehr noch in der Verbreitung der Frauenclubs niederschlägt.

Wir verstecken nichts

Die Frauenclubs, in denen es keinen Mitgliedsstatus gibt, aber die mit uns gehen, nehmen in starkem Maße an den Feierlichkeiten und allen wichtigen Manifestationen teil, wie zum Beispiel jenen zum 8. März (Internationaler Frauentag), zum 1. Mai (Arbeiterkampftag), zum Jahrestag der Aprilrevolution (27.4.1978) und zum Jahrestag der Partei (1. Januar; Gründung der PDPA am 1.1.1965; d. Red.).

Zum Frauenfestival, das wir im Jahr 1983 in Kabul hatten, kamen beispielsweise 70.000 Mädchen zusammen. Es war von unserer Demokratischen Frauenorganisation organisiert worden, aber von den Teilnehmerinnen waren nur wenige Mitglieder. Die überwältigende Mehrheit waren Sympathisantinnen. Zu unserem Friedensmarsch im Oktober 1984 hatten wir 50.000.

AIB: Gibt es eine ähnliche Vorwärtswentwicklung auch in den Reihen der Partei? Haben Sie echte Fortschritte in der Reorganisation und Wiederverankerung der Partei gemacht?

A. RATEBZAD: Ja. Bekanntlich war in der Amin-Zeit (1979; d. Red.) die Partei in verschiedene Teile gespalten, nicht nur in zwei.

Aber dank der Persönlichkeit von Babrak Karmal und der kollektiven Führung schreit die Einheit jetzt voran. Und sie reicht bis an die Basis.

Als ein Ganzes hat sich die Partei gefestigt, ist sie gewachsen. Der Einfluß der Partei unter dem Volk wird stetig größer, besonders unter den Arbeitern, und natürlich langsamer unter den Bauern.

Die Führung, das ist das wichtigste in unserer Partei, ist geeint. Die Kader, die das wichtigste Glied im Körper der Partei sind, sie sind geeint.

AIB: Lassen Sie uns die gegenwärtige Lage der PDPA mit der unter Amin Ende 1979 vergleichen. Stimmt es, daß die Zahl der Mitglieder sehr ansehnlich gewachsen ist?

A. RATEBZAD: Zur Jahreswende 1984/85 waren es mehr als 120.000. Am Anfang der Regierung Karmal waren es nicht einmal mehr 10.000.

AIB: Dennoch hat Babrak Karmal in letzter Zeit wiederholt kritische Anmerkungen zum PDPA-Zustand gemacht. Heißt das nicht, daß Sie noch einen sehr langen Weg vor sich haben, bevor die Spaltung und die inneren Schwierigkeiten echt überwunden sind?

A. RATEBZAD: Einerseits ja. Aber andererseits zeigt diese Kritik, daß die Parteeinheit an Festigkeit gewinnt, denn jetzt können Sie kritisieren.

Gestern war die Partei nicht sehr fest zusammengeschlossen, und man konnte keine Kritik üben ohne zu fürchten, die Partei könne daran zerbrechen. Aber jetzt kritisiert man, denn man weiß, die prinzipielle Einheit ist da.

Wenn man Kritik übt, wird jedermann verstehen, daß das nicht persönlich gemeint ist, daß es nichts mit Personen zu tun hat. Es muß getan werden, weil es der Wille der Partei, der Revolution ist.

Kritik ist ein Prinzip. Man muß Kritik üben und sich selbst kritisieren.

AIB: Die PDPA hat demnach überhaupt keine Scheu, ihre Selbstkritik in die Öffentlichkeit zu tragen? Haben Sie keine Angst, daß Ihre Gegner, die „Contras“ und die Westmächte, sie gegen die PDPA und Ihre Regierung ausnutzen?

A. RATEBZAD: Oh nein, die haben wir nicht. Wir verstecken nichts, nicht unsere Fehler und nicht unsere guten Seiten.

Wir verbergen nichts. Wir müssen unsere Probleme vor der Öffentlichkeit darlegen, weil das ein Merkmal der Führung von Babrak Karmal ist. Er mag sich nicht vor den Menschen verstecken. Er sagt den Menschen immer alles offen ins Gesicht, weil er weiß, wenn sie es wissen, dann können sie es verstehen. Und dann kann es die Partei verstehen und sich dementsprechend richtig und volksnah verhalten.

Sexualpädagogik Familienplanung 2,84 DM 6,20

pro familia magazin



Schwerpunkthema: Sexualität und Arbeitsleben

Sexualpädagogik Familienplanung 2,84 DM 6,20

pro familia magazin

Erscheint alle 2 Monate

An: Gerd. J. Holtzmeier Verlag
Weizenbleek 77, 3300 Braunschweig

Bitte, schicken Sie mir das „Kennenlernpäckchen“ des **pro familia magazin** (4 Hefte ab 1981 je nach Lagerbestand) zum Kennenlernpreis von DM 10,- (Schein/Scheck beigefügt)

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Sexualpädagogik Familienplanung 2,84 DM 6,20

pro familia magazin



Schwerpunkthema: Familienplanung international

Gespräch mit Tomas Borge

Der „Contra“-Krieg wird scheitern



Am 15. Oktober d.J. hat die sandinistische Regierung den Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. In der Version, wie er am 31.10.1985 im nikaraguanischen Parlament gebilligt wurde, sieht er vor allem die Aufhebung des Streikrechts, der Pressefreiheit und der Demonstrationsfreiheit vor. Bei Verdacht auf Verbrechen gegen die Staatssicherheit und die öffentliche Ordnung können Festnahmen ohne richterlichen Befehl vorgenommen werden. In einer ähnlichen Form hatte der Notstand bereits bis kurz vor den Wahlen im November 1984 bestanden. Auch diesmal wird das tägliche Leben in keiner Weise davon beeinflusst werden. Nur in Einzelfällen, wo wirklich Verdacht auf konterrevolutionäre Tätigkeit besteht, soll von seinen Bestimmungen Gebrauch gemacht werden.

Die Maßnahme stieß vor allem in Washington („ein Schritt der Sandinisten in Richtung Totalitarismus“) und Bonn („das Regime in Nicaragua hat die Maske fallen lassen“, so CDU-Generalsekretär Geißler) auf Widerspruch. Sie kam für viele überraschend, da es der Sandinistischen Volksarmee und den Milizen in den letzten Monaten gelungen war, den „Contras“ schwere Schläge zu versetzen. Dies war vor allem auf die verbesserte Ausbildung und Bewaffnung zurückzuführen. Dies ist aber auch der Grund dafür, daß die „Contras“ verstärkt versuchen, eine innere Front aufzubauen, und daß die Aktivitäten der zivilen Konterrevolution sich verstärkt haben.

Hier ist vor allem die katholische Kirchenführung zu nennen, mit an ihrer Spitze der inzwischen zum Kardinal gekürte Obando y Bravo. So unantastbarer gemacht, entpuppt er sich immer mehr als Agitator für einen Dialog mit den „Contras“ und gegen die Wehrpflicht. Dies sollte auch mit einer neuen Zeitschrift der Kirche geschehen, die allerdings bereits vor der Verkündung des Ausnahmezustandes von der Regierung beschlagnahmt wurde. Gefahr kommt auch von einigen kleinen Gewerkschaften vom rechten und ultralinken Flügel, die sich anschickten, Streiks für Lohnerhöhungen durchzuführen und somit die Wirtschaft noch weiter zu destabilisieren. Die Versuche der „Contras“, eine innere Front aufzubauen, wurden kurz nach Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Verhaftung von 129 Angehörigen eines Versorgungsnetzes der „Contra“ in Matagalpa und von 5 Bombenlegern in Managua deutlich.

Innenminister Tomas Borge (54), einziges überlebendes Gründungsmitglied der Sandinistischen Front, beschrieb den Ausnahmezustand als eine profilaktische Maßnahme, um ein Wiederaufflammen der konterrevolutionären Aktivitäten zu verhindern. Er sei zwar international schädlich, würde aber vom Großteil der Nicaraguaner unterstützt. In einem Interview, das T. Borge kurz vor Verhängung des Notstandes gab, beschreibt er einige Probleme der Revolution, die zum Verständnis der jetzigen Maßnahme beitragen.

Die Sandinistische Volksarmee und die Milizen haben den „Contras“ in den letzten Monaten schwere Niederlagen beigebracht



FRAGE: Es ist verschiedentlich gesagt worden, die Grundprinzipien der sandinistischen Revolution — die gemischte Wirtschaft, der politische Pluralismus — seien taktische Prinzipien. Stimmt das? Wie wirkt sich diese Frage auf die Entwicklung der Mitbestimmung des Volkes aus?

T. BORGE: Die sandinistische Revolution ist in einem geopolitischen Raum auf diesem Kontinent, dem „Hinterhof“ Nordamerikas entstanden. Wir sind keine Insel wie Kuba, und unsere Entwicklung wird sehr viel stärker von der Lage in der Region beeinflusst.

Dieser geopolitische Faktor hat uns unabhängig von unserem Willen zur Entwicklung des politischen Pluralismus und der gemischten Wirtschaft gezwungen. Die Entwicklung dieser Taktik hat sich allmählich zu einer Strategie gewandelt. Heute ist z.B. die gemischte Wirtschaft keine operative Größe mehr und auch keine Tarnung. Sie stellt eine Strategie dar.

Pluralismus — eine Strategie

Die revolutionäre Führung der Massen gestaltet sich dadurch sehr viel schwieriger. Der politische Pluralismus, die gemischte Wirtschaft und der allgemeine Charakter der Revolution verwirren die Massen eher.

Es gibt keine so festgeschriebene Ideologie wie in Kuba und es kann sie auch nicht geben. Unsere Entwicklung ist verwickelter und komplexer. Und komplexe Entwicklungen verwirren die Massen.

Bis jetzt haben wir es nicht geschafft, und vielleicht werden wir es auch nicht ganz schaffen, dem Volk diese Komplexität zu vermitteln. Bisweilen waren wir nicht einmal empfindsam genug, die Unruhe unter dem Volk zu spüren.

Gelegentlich besitzen nicht einmal wir genügend Durchblick, um die äußerst komplexe Natur dieses Prozesses zu verstehen. (...)

FRAGE: Wie weit läßt sich das Fehlen von Kritik und Selbstkritik im revolutionären Prozeß damit rechtfertigen, daß

dies seiner Verteidigung dient? Welche Position ist optimal? Welche Wirkung hat andererseits die reaktionäre Propaganda auf die Massen?

T. BORGE: Wir müßten zunächst einmal sehen, von welcher Kritik wir sprechen. Sollten wir etwa sagen, die Zeitung „La Prensa“ übe die Funktion der Kritik aus? Das heißt doch nicht kritisch sein. Man darf Freiheit der Kritik nicht mit der Freiheit der Zeitung „La Prensa“ oder von „Radio Católica“ verwechseln, konterrevolutionäre Grundsätze zu veröffentlichen.

Kritik soll konstruktiv sein

Wenn wir uns dieses Thema stellen, müssen wir uns fragen: Welche Art von Kritik üben die Zeitungen „Barricada“ oder „Nuevo Diario“ oder das „Sistema Sandinista de Televisión“, „Radio Sandino“ oder „Voz de Nicaragua“ (revolutionäre Massenmedien; d. Red.)? Und dann müssen wir die Fehler benennen, die wir begangen haben, weil wir sie begangen haben.

Die Kritik soll konstruktiv sein, während die Kritik von „La Prensa“ und von „Radio Católica“, wie die ganze Kritik, die vom Ausland aus über uns herfällt, uns nur zerstören will. Im Rahmen eines Revolutionären Prozesses ist konstruktive Kritik die einzige, die man akzeptieren kann.

Indessen gelingt es der Kritik der Oppositionsparteien in unserem Land zwar nicht, die Massen organisch an sich zu binden, wohl jedoch, das Bewußtsein der Massen zu beeinflussen. (...) Mit der Propaganda der Reaktion über die Versorgungslage, den Krieg oder den SMP (patriotischen Militärdienst) zum Beispiel werden sich die Massen nicht zur Ideologie der Christlich-Sozialen bekehren, aber sie werden verwirrt sein. (...)

FRAGE: Würden Sie sagen, daß die Sandinistische Front sich des Problems allmählich bewußt geworden ist und Anstrengungen unternimmt, die Front des ideologischen Kampfes zu stärken, beispielsweise mit der Kampagne „von Haus zu Haus“, die während des Wahlkampfes im ganzen Land durchgeführt wurde, oder mit der Bildung der Sonderbrigaden wie der Brigade „5. Jahrestag“, die in die rückständigsten Gebiete gehen, um dort politische Arbeit zu leisten?

T. BORGE: Gewiß, aber unsere Probleme liegen tiefer. Tatsächlich ist uns die ideologische Organisation des Feindes von der Struktur her wie technisch überlegen.

Wir müssen alles tun: Krieg führen, die Probleme der Wirtschaft lösen, auf internationaler Ebene kämpfen. Unsere Kader befinden sich im Bereich der Infrastruktur, in Verwaltungsbereichen, bei der Armee oder beim Innenministerium oder sie haben organisatorische Aufgaben in der Partei...

Sie dagegen kümmern sich ausschließlich um die ideologische Konfrontation. Dort haben sie ihre besten Kader. Die Kirche ist eine starke Organisation: Sie hat ihre Generäle, ihre Einsatzchefs, ihre besten Kader — Theologieprofessoren, Experten im Umgang mit der Sprache —, die sich dem ideologischen Kampf widmen.

Unsere Kader für den ideologischen Kampf sind wenige, und es sind nicht die besten. Die Kampagne „von Haus zu Haus“ und ähnliche mußten wir mit Genossen durchführen, die kaum ausgebildet sind.

Man stelle sich vor, die Kommandanten Joaquín Cuadra, Omar Cabezas, Hugo Torres, William Ramírez, Mónica Baldano, Lenin Cerna oder Pater Miguel d'Escoto würden von Haus zu Haus ziehen... Bei der Kirche ist das so.

Was glauben Sie, warum die kirchliche

Hierarchie so sehr darauf besteht, daß die 10 Priester, ihre 10 ideologischen Einsatzleiter, die wir ausgewiesen haben, zurückkehren können (im Juni 1984 hatte die Regierung 10 ausländische Priester des Landes verwiesen, nachdem sie für die Freilassung eines Priesters demonstriert hatten, der mit der „Contra“ zusammenarbeitete; d. Red.)? Stellen Sie sich vor, 10 von unseren Kommandanten würden über Nacht plötzlich sterben. So einen Schlag hat das für sie bedeutet. (...) Unser großer Vorteil besteht darin, daß wir auf dem Pferd der Geschichte sitzen. Das ist der große Vorteil.

Und das Pferd der Geschichte hat nur ein Auge, mit dem es nach vorn schaut, während es in vollem Galopp daherläuft. Manchmal wird es müde, manchmal verläuft es sich, aber es läuft nie zurück. Dagegen besteht der große Nachteil des Feindes darin, daß er sich gegen die Geschichte stellt. Außerdem haben wir die Macht, und das gibt uns auch mehr Mittel, um dem Einfluß des Feindes auf die Massen zu begegnen.

Wenn wir ein ideologisches Heer hätten, wäre es nicht leicht, den Feind auf diesem Feld zu schlagen. Da wir über keine starken Kader in diesem Bereich verfügen, müssen wir die Zwangsmittel des Staates einsetzen, um unsere Schwäche an dieser Front auszugleichen.

Die Generäle der Kirche

Wir haben noch nicht alles verloren. Im Gegenteil. Die Hauptaufgabe besteht gegenwärtig darin, den Krieg militärisch zu gewinnen, eine direkte Invasion der USA zu verhindern. Danach können wir unsere Anstrengungen auf den ideologischen Krieg konzentrieren, der strategisch größere Bedeutung hat.

FRAGE: Kann man nicht den Krieg militärisch verlieren, weil man den ideologischen Krieg nicht gewinnt?

T. BORGE: Wenn man den ideologischen Krieg aufgibt, ja. Nur, wir geben dem militärischen Krieg gegenwärtig Priorität, ohne den ideologischen Krieg aufzugeben.

Wir verfügen über Kräfte, deren Aufgabe es ist, die ideologische Offensive des Feindes aufzuhalten, aber unsere Hauptmacht soll den Feind militärisch schlagen. Wenn wir an der ideologischen Front bessere Kräfte einsetzen können, wird sich die Situation hier auch qualitativ verändern.

Im Moment versetzen wir dem logistischen System des Feindes, seinen Nachschubzentren Schläge. Dies kann in qualitativer Hinsicht und in kurzer Zeit den Charakter des Krieges verändern. Historisch gesehen ist der konterrevolutionäre Krieg zum Scheitern verurteilt, und zwar in einem historisch kurzen Zeitraum. Ich

Kardinal Obando y Bravo (r., hier bei seinem letzten Treffen mit Präsident D. Ortega) ist die Leitfigur der inneren „Contra“





Die FSLN kann sich nach wie vor auf die aktive Mehrheit der Bevölkerung stützen.

spreche von 1 oder 2 Jahren.

FRAGE: Welche Perspektiven hat in diesem Zeitraum der Abnutzungskrieg? Welche Chancen haben die konterrevolutionären Kräfte, die innere Instabilität zu vergrößern und eine Front im Innern zu schaffen?

T. BORGE: Der Imperialismus wollte uns erledigen. Er glaubt, daß wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen und der konterrevolutionäre Krieg die innere Situation verschlechtern würden.

Doch damit verkennt er die wirkliche Lage. Es ist ein strategischer, ein historischer Irrtum der US-Regierung. Denn sie müßte wissen, daß die wirklichen Revolutionen, die es geschafft haben, das Wesen der Macht zu verändern, weil eine andere Klasse die Führung des Staates übernommen hat, unumkehrbar sind.

Auch die Irrtümer der Revolutionäre führen nicht dazu, daß der Prozeß rückgängig gemacht wird, außer wenn die Revolutionäre anfangen, untereinander um die Macht zu kämpfen. Dann führen die Auseinandersetzungen im Inneren zum Verfall der Macht, so wie es in Grenada geschehen ist.

Die grenadische Revolution haben die Revolutionäre auf dem Gewissen. Nicht der Imperialismus hat sie zerstört. Was in Grenada geschah, könnte hier nur vorkommen, wenn die Revolutionäre anfangen, sich zu zerstreuen, um Machtanteile zu ringen oder persönliche Machtgelüste zu entwickeln.

Dies wäre der Wunschtraum der Feinde der Revolution. (...)

FRAGE: Wie, meinen Sie, wird sich angesichts der Perspektive der Verlängerung des Krieges und der Wirtschaftskrise, die politische Haltung des Volkes, der Leute entwickeln?

T. BORGE: Nun, zunächst einmal, wie ich bereits gesagt habe, glaube ich nicht, daß der Krieg noch länger dauern oder gar sich endlos hinziehen wird.

Aber im Fall, daß es zu keiner nordamerikanischen Invasion kommt, werden der ideologische Krieg und konspirative Aktionen im Vordergrund stehen. Wir werden dann unsere ganze Kraft darauf verwenden müssen, unsere Gegen-spionageorgane zu entwickeln und uns

noch mehr auf die Massen zu stützen, um die Lage zu beherrschen.

Wie dem auch sei, ich gehe davon aus, daß sich unter den Massen drei politische Hauptströmungen entwickeln. Es gibt zwei aktive Sektoren, den der Konterrevolution und den der Revolution. Der letzte ist der stärkere, während die Kräfte, die die innere Reaktion und die Konterrevolution unterstützen, immer in der Minderzahl waren.

Dann gibt es, wie ich bereits sagte, zwischen beiden noch einen dritten Bereich, der ebensogut desorientiert sein wie sich zur Revolution hingezogen fühlen kann. Das hängt manchmal von ganz einfachen praktischen Dingen ab wie von einem kleinen Sozialprogramm, einem Kinderspielplatz oder ähnlichen Dingen, durch die man die Unterstützung der rückständigeren Gruppen zurückgewinnen kann.

FRAGE: Glauben Sie, daß die Wirtschaftsblockade bedeutsame Veränderungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen Nikaraguas nach sich ziehen wird? Eine stärkere Bindung an die sozialistischen Länder oder an Lateinamerika?

Wie das Blühen der Bäume

T. BORGE: Ich glaube, daß wir von vielen Ländern der Welt umfangreiche Hilfe erhalten werden, vor allem von den sozialistischen Ländern. Ich meine aber, daß diese Hilfe unsere wirtschaftlichen Probleme nicht lösen kann. Dies wird aber vorläufig auf das nikaraguanische Modell keinen Einfluß haben.

Mit der Zeit wird sich hier vielleicht ein natürlicher Wandel vollziehen, nicht erzwungen, sondern im Lauf der Entwicklung, wenn wir politisch ein neues Stadium erreichen, das wir nicht per Dekret herbeiführen werden. Es muß sich auf natürliche Weise ergeben, so wie nach dem Regen die Bäume blühen.

Unserem politischen Willen entsprechen engere Bindungen zu Lateinamerika. Doch das wird von den Veränderungen abhängen, die sich in diesen Ländern er-

geben haben und noch ergeben werden. Sie werden durch die nikaraguanische Revolution beeinflußt.

Die lateinamerikanischen Eliten fürchten sich vor revolutionären Veränderungen und ziehen deshalb einen demokratischen Wandel vor. Diese Länder haben ein Interesse daran, daß die nikaraguanische Revolution nicht zerschlagen wird, so wie unsere Revolution für sie auch gewisse Grenzen nicht überschreiten darf.

Was würde geschehen, wenn die Revolution zerstört würde? Die Herrschaft der „Gorillas“ würde in Lateinamerika wiedererstehen und die Militärs nach Uruguay und Brasilien zurückkehren. Wenn dies geschähe, könnte die nächste Etappe von Veränderungen nur durch revolutionäre Kämpfe erfolgen.

Darum sind alle diese Länder daran interessiert, daß die Contadora (mittelamerikanischer Verhandlungsprozeß, der von Mexiko, Kolumbien, Panama und Venezuela eingeleitet wurde; d. Red.) weiterbesteht, denn die Contadora stellt ein Bollwerk gegen die direkte Intervention dar und ist darüber hinaus ein Mittel, um auf Nicaragua politisch Einfluß auszuüben.

Contadora bleibt bestehen

Als wir die Contadora-Akte unterschrieben haben, bedeutete dies für uns gewisse Konzessionen, notwendige zwar unter dem Gesichtspunkt des Friedens, aber eben doch Konzessionen. Die Contadora ist also eine Waffe, um politischen Einfluß zugunsten eines demokratischen Modells zu nehmen, wie es die Regierenden der Contadora-Staaten und die Mehrzahl der Regierenden Lateinamerikas verstehen.

Wenn die Contadora gelegentlich gegenüber den USA eine militantere Haltung einnimmt, muß man sich jedoch klar machen, daß die Contadora zu den USA in einem nichtantagonistischen Widerspruch steht. Die Entwicklung revolutionärer Prozesse in Lateinamerika dagegen stellt einen antagonistischen Widerspruch zum Imperialismus dar.

Obwohl nicht antagonistisch, bleiben Widersprüche zwischen der Contadora und den USA bestehen, weil es dafür objektive Gründe gibt. Die Contadora versucht, für die Krise in Mittelamerika eine gewaltlose Lösung zu finden, aber ebenso auch für jedes einzelne lateinamerikanische Land, obwohl darüber weder in ihren Erklärungen etwas vorkommt noch in ihren Satzungen.

Die Contadora wird sich nicht auflösen. Sie ist eine objektive Notwendigkeit, und darum wird sie sich nicht auflösen. (Quelle: pensamiento propio, Managua, Nr. 24/Juni-Juli 1985, S. 7-15)

Ricardo Ribera

Die Zeit ist unser Verbündeter



Kämpfer der FMLN: Wenig Grund zum Pessimismus

Die Hoffnungen vieler Mitglieder der Solidaritätsbewegung auf einen schnellen Sieg der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Revolutionäre Demokratische Front (FMLN/FDR) in El Salvador haben sich 5 Jahre nach Gründung der FMLN (noch) nicht erfüllt. Daraus ziehen einige den Schluß, die Ursachen dafür seien allein im Versagen der Befreiungsbewegung zu suchen. Lageeinschätzung und Strategie der FMLN werden in Frage gestellt, Fortschritte des Befreiungskampfes negiert.

Diese Tendenz drückt sich vor allem in zwei kürzlich veröffentlichten Analysen aus. Bei der einen handelt es sich um einen Beitrag von Heidi Feldt/Roger Peltzer in der Broschüre „El Salvador 1985 – Krieg und Dialog“, die von der Informationsstelle El Salvador und der Christlichen Initiative herausgegeben wurde. Der Beitrag erschien ebenfalls in den Blättern des iz3w, Nr. 126/Juni 1985. Der andere Artikel von Paul Haru, Mitarbeiter des Mittelamerika-Informationendienstes (MID), erschien in ila-info, Nr. 87/Juli 1985.

Die wichtigsten Aussagen von H. Feldt/R. Peltzer, die – neben durchaus unstrittigen und lesenswerten Erkenntnissen – Anlaß zu Kontroversen bieten, sind folgende: „Die Strategie der Revolution über den bewaffneten Kampf scheint am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen zu sein.“ Die Christdemokratie strebt ein „Modell des Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ an, hat durch die Unterstützung breiter Teile des Volkes eine gewisse Autonomie gegenüber den USA und will durch den Dialog die FMLN/FDR in dieses Modell einbeziehen. Die FMLN/FDR will durch Verhandlungen aus der militärischen Sackgasse herauskommen.

Anders als H. Feldt/R. Peltzer vermutet P. Haru zwar keine große Eigenständigkeit der Christdemokratie, geht aber ansonsten in seiner Kritik wesentlich weiter. Er sieht die FMLN/FDR in der Defensive und ohne Konzept. Die Forderung nach einem Dialog demoralisiere die FMLN-Kämpfer und eine Reaktivierung der Massenarbeit sei nicht gelungen.

In einem Leserbrief an das AIB, in dem er auf unsere Kritik an der Broschüre antwortete (siehe AIB 8-9/1985, S. 69 und 10/1985, S. 56), gestand R. Peltzer bereits zu, daß seine salvadorianischen Gesprächspartner um die Jahreswende 1984/85 noch Illusionen über die eigenständige Rolle der Christdemokratie gehabt und der Gewerkschaftsbewegung nur geringe Möglichkeiten zugetraut hätten. Diese Annahmen wurden von den Ereignissen des Jahres 1985, das bewiesen gewerkschaftliche Massenaktionen und die Wahlabstänze der Mehrheit der Salvadorianer, widerlegt. Hierauf sowie auf Einzelfragen der Strategie der FMLN/FDR sind wir bereits im AIB-Sonderheft 3/1985 „Krise in Mittelamerika“ (S. XXI ff.) ausführlich eingegangen. Mit dem Beitrag von Ricardo Ribera, bundesdeutscher Vertreter der FMLN/FDR-Nachrichtenagentur Notisal, sollen der aktuelle Standort des salvadorianischen Befreiungskampfes und die Beweggründe für die Korrekturen in der FMLN-Strategie klargestellt werden. Der begleitend dokumentierte Auszug aus einer Stellungnahme von sechs bundesdeutschen Internationalisten aus Mittelamerika zu H. Feldt/R. Peltzer setzt sich kritisch mit der umstrittenen Frage des Dialogs auseinander (siehe Kasten).

Ein Krieg, dessen Ende nach über 5 Jahren noch immer nicht abzusehen ist, gerät aus den Schlagzeilen.

Hinzu kommt, daß die grundlegende propagandistische Linie, die der Imperialismus in Bezug auf El Salvador eingeschlagen hat, das Stillschweigen ist.

Dennoch weiß ein gut informierter Sektor sehr wohl, daß etwas völlig Neues geschieht, daß man in El Salvador in eine neue Phase des Krieges eingetreten ist. Diese kann als Abnutzungskrieg charakterisiert werden.

Aber gerade auch bei diesem Teil der öffentlichen Meinung zeigt die US-Propaganda mehr Wirkung als zuvor. Die Auffassung, daß das salvadorianische Regime mit der massiven Unterstützung der USA und daher auch mit unbegrenzten Reserven in der Lage wäre, einem Abnutzungskrieg unendlich lange Widerstand zu leisten, gewinnt immer mehr an Boden. Hier spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß die FMLN mit ihrer neuen Taktik abgeht von größeren spektakulären Schlägen. Manche neigen deshalb zur Meinung, daß die FMLN begänne einem Verschleiß zu unterliegen.

„Logische Ermüdung“?

Die offizielle Propaganda hat einiges an Boden gewonnen, obwohl die Grundlagen, auf die sie sich stützt, wenig haltbar sind. Sie spekuliert über eine angebliche Schwächung der FMLN und behauptet, daß diese sich nun „in der Defensive“ befände. Sie stellt Spekulationen auf über die Anzahl der Kämpfer und kommt zu der Behauptung, daß ihre Zahl mächtig gesunken sei.

Weitere Spekulationen betreffen die „logische Ermüdung“, die der Krieg innerhalb der salvadorianischen Bevölkerung hervorgerufen haben soll. Es wird spekuliert über den Einfluß der Christdemokratie auf die Arbeitermassen.

Durch diese Spekulationen werden Zweifel innerhalb der Solidaritätsbewegung hervorgerufen, und zwar sogar bei Mitgliedern, die den Befreiungsprozeß El Salvadors gut kennen und ihn intensiv verfolgt haben. Andere bringen Enttäuschung oder Bestürzung zum Ausdruck und stellen Theorien auf über die „Perspektivlosigkeit“. Sie sagen, die Revolution könne zwar nicht mehr vernichtet werden, aber sie habe auch keine Möglichkeit zu siegen.

Dennoch, diejenigen, die unsere jüngste Geschichte kennen, müßten sich daran erinnern, daß die Revolution ihre schwierigsten Momente bereits hinter sich und überwunden hat. Die FMLN begann den Volkskrieg in einer Situation rückläufiger Massenbewegungen.

Die Weiterentwicklung des Kampfes war praktisch reduziert auf die Aktivitäten

der revolutionären Avantgarde. Die FMLN konnte zwar mit einer breiten Unterstützung des Volkes rechnen, allerdings zu einer Zeit, in der die geringsten politischen Aktivitäten der Massen während der ganzen letzten 15 Jahre zu verzeichnen waren. Während der Jahre 1981 und 1982 bestand für die Konterrevolution die günstigste historische Möglichkeit, die Kräfte der Revolution zu vernichten.

Mit der Überwindung extrem schwieriger Bedingungen gelang es der FMLN, aus der defensiven Position herauszukommen. Es gelang ihr, die Kämpfer zu bewaffnen, die Guerilla zu verstärken und Einheiten der Volksarmee zu bilden. Weiterhin erreichte sie die Ausweitung ihres politischen Einflusses.

Das Jahr 1983 begann für die FMLN nicht nur damit, daß sie bis dahin keine erste Niederlage hatte hinnehmen müssen, sondern sie hatte zudem überraschend die strategische Initiative wiedererlangt. Es folgte eine Reihe von äußerst vernichtenden Schlägen gegen die Streitkräfte des Regimes. Seine Strategie zur Vernichtung der FMLN war damit endgültig gescheitert.

Bei einer Einschätzung gerade des qualitativen Sprungs, den der Befreiungsprozeß 1983 vollzogen hat, muß man zwangsläufig zu der Schlußfolgerung kommen, daß die aktuellen Probleme in keiner Weise vergleichbar sind mit der Größenordnung der Schwierigkeiten, die

bereits angegangen und überstanden wurden während der kritischen Periode von 1981-82.

Der Verschleißkrieg stellt eine qualitativ neue Phase dar.

Er ist das Ergebnis des Fehlschlages der vorherigen Strategie der Aufstandsbe-kämpfung. Vor die Möglichkeit eines völligen politisch-militärischen Kollapses des salvadorianischen Regimes gestellt, setzten die USA Ende 1983 ein neues Konzept und einen neuen Kriegsplan durch.

Auf Verschleißkrieg umgeschaltet

Die US-Sprecher reden seither nicht mehr von einem militärischen Sieg innerhalb eines Zeitraums von 6 Monaten, 1 oder 2 Jahren. Ihr Konzept ist weniger von Zweckoptimismus gekennzeichnet. Hinsichtlich ihrer Propaganda ist die Analyse differenzierter geworden. Sie versuchen im wesentlichen, die FMLN in den von ihr derzeit kontrollierten Gebieten zurückzudrängen und gleichzeitig politisch und wirtschaftlich das Regime im Rest des Landes zu festigen.

In dem Maße wie dieser politisch-militärische Plan in den kommenden Jahren zu Ergebnissen führt, werden sie dazu übergehen, eine offensive Phase der Vernichtung der FMLN einzuleiten, und zwar dort, wo sie sich dann verschanzt haben und „eingeschlossen“ geblieben sein soll.

Der Plan setzt eine Verflechtung der USA in den Konflikt voraus. Er stellt eine neue Stufe der Eskalation der Intervention dar. Vom qualitativen Gesichtspunkt aus betrachtet, findet die interventionistische Eskalation ihren Ausdruck in der Auferlegung dieses strategischen Plans für die Gesamtheit aller Kräfte des Regimes. Dabei müssen sich diesem die Oligarchie, die Parteien der extremen Rechten sowie das Oberkommando der Streitkräfte gleichermaßen unterordnen.

Die Ausarbeitung des Plans, seine Anwendung und Kontrolle auf allen Gebieten ist in nordamerikanischen Händen. Vom quantitativen Gesichtspunkt her betrachtet, verlangt dieser Plan eine wesentliche Erhöhung der US-Hilfe. Diese erreicht derzeit eine Summe von 2 Mio Dollar täglich!

Die aktuelle Durchsetzung des US-Plans erfordert folgende Kombination bei der Vorgehensweise: Gegen die von den aufständischen Kräften kontrollierten Gebiete greift man zu Bombardierungen, ständigen Feuerüberfällen und einer Politik der „verbrannten Erde“. In den von der Regierung kontrollierten Zonen sind dies christdemokratischer Populismus, wirtschaftlich-soziale Programme und die Entwicklung der „zivilen Verteidigung“ oder paramilitärischer Gruppen.

Angesichts der neuen Form der Kriegführung und des neuen Plans des Feindes mußte die FMLN zwangsläufig ihre ei-

Entführung der Duarte-Tochter

Am 24. Oktober d.J. entließ die salvadorianische Regierung 22 Mitglieder der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) aus ihren Kerkern und gestattete weiteren 96 verwundeten Guerilleros das Verlassen des Landes zu einer medizinischen Behandlung. Dies war jedoch weniger ein Zeichen dafür, daß das Regime in Zukunft die Menschenrechte achtet. Vielmehr war dies der Preis für die Freilassung von Ines Guadeloupe Duarte, der Tochter des Präsidenten Napoleon Duarte, sowie von 23 Bürgermeistern und 10 Gemeinderäten durch die FMLN.

Ines Guadeloupe Duarte war am 10.9.1985 von einem FMLN-Kommando gefangenegenommen worden. Die Bürgermeister, die u.a. die zivilen Programme zur Aufstandsbe-kämpfung leiteten, hatte die Befreiungsbewegung in den Monaten nach den Kommu-

nalwahlen vom 31.3.1985 in den von ihr kontrollierten Gebieten als Kriegsgefangene festgenommen.

Die Entführung der Tochter Duartes nutzten die Freunde des Regimes, um die FMLN des Terrorismus und der Menschenrechtsverletzung zu bezichtigen. Durch herzerweichende Berichte in den Medien über den leidenden aber unbeugsamen Vater und die unschuldige Tochter hatte man den Eindruck, es mit einer Kindesentführung zu tun zu haben. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, sprach von einer „terroristischen Erpressung“, Duarte selbst machte eine „totale Verachtung der Menschenrechte“ aus.

Dabei ist die 35jährige Ines Guadeloupe Duarte selbst an der zivilen Aufstandsbe-kämpfung beteiligt. Sie leitete nicht nur Duartes Wahlkampagne, sondern ist Ge-

schäftsführerin des christdemokratischen Senders „Libertad“ (Freiheit).

Am 24. Oktober d.J. konnte der Präsident nach Vermittlungen vor allem des Erzbischofs Rivera y Damas und von Hans-Jürgen Wischniewski (SPD), seine Tochter wieder wohlbehalten in die Arme schließen. Ihr wurde ein Redeverbot auferlegt, da sie nicht in der Lage sei „objektive Erklärungen abzugeben“ (N. Duarte). Sie leidet nämlich angeblich unter dem sog. „Stockholm-Syndrom“, welches darin besteht, daß die Entführten Sympathie für ihre Entführer empfinden.

Daß sich Dank der Behandlung durch das Duarte-Regime ähnliche Gefühle bei den eingekerkerten FMLN-Guerilleros wohl kaum einstellen, war bereits vor der Freilassung von Ines Duarte der Weltöffentlichkeit deutlich geworden. Statt geforderter 34 konnte die Regierung nur 25 FMLN-Mitglieder freilassen. Die neun anderen, darunter die Befreiungskämpferinnen Maximina Reyes und Janet Samour, waren „verschwunden“, d.h. von Militär und Polizei ermordet oder zu Tode gefoltert worden. Den anderen wurde durch die Aktion der FMLN dieses Schicksal erspart.

Weniger berichtenswert fanden es die hiesigen Medien jedoch, daß allein in den ersten 8 Monaten d.J. 1.104 Zivilisten von Militär und Todesschwadronen ermordet wurden. Wie im Fall der in den 5 Jahren zuvor getöteten 55.000 ist es dem Duarte-Regime bisher nicht gelungen, auch nur einen einzigen der Verantwortlichen abzuurteilen. Pures Unvermögen?

Die Mitglieder der FMLN, die aus den Kerkern des Duarte-Regimes freigekämpft wurden.



Stellungnahme bundesdeutscher Internationalisten

Der Dialog - Beleg für die „Sackgasse“ der FMLN



FMLN/FDR-Vertreter vor der ersten Verhandlungsrunde mit dem Duarte-Regime in La Palma (Oktober 1984)

Mit der Streitfrage, ob eine Dialogpolitik zulässig ist oder nicht, befaßte sich u.a. eine Stellungnahme von sechs bundesdeutschen Internationalisten zum Artikel von H. Feldt/R. Peltzer in der Broschüre „El Salvador 1985 - Krieg und Dialog“.

(...) In der Einschätzung der Verfasser der Broschüre erscheint der Dialog zwischen der FMLN/FDR (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionäre Front; d. Red.) einerseits und dem Regime andererseits, der 1984 stattgefunden hat (ob er auch 1985 stattfinden wird, wie der Titel der Broschüre suggeriert, ist im Juli 1985 durchaus noch fraglich), unter zwei Gesichtspunkten:

1. Für die FMLN/FDR ist er der Ausweg aus der „militärischen Sackgasse“ (S.43).
2. Er ist ein geschickter Schachzug Duartes, mit dem er gegen den Willen der USA und rechtsextremer Kreise in El Salvador die FMLN/FDR einbinden will zum Zwecke der Durchführung eines „Modell(s) des Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Lateinamerika“ (S.39).

José Napoleon Duarte die „Vision“ eines „Dritten Weges“ zu unterstellen, erscheint uns als eine ungeheure Verniedlichung jener Henkerfigur, die sich in der ersten Präsidentschaft in den Jahren 1980 bis 1982 nicht nur deutlich in die Tradition der blutigsten Militärdiktatoren vor ihm gestellt, sondern deren Mordbilanz noch übertroffen hat.

Das ist Duarte. Wenigstens in der Solidaritätsbewegung sollte das noch deutlich ausgesprochen werden. Es ist übrigens auch nicht verwunderlich, daß sich in der Broschüre kein inhaltlicher Anhaltspunkt für jenen behaupteten Dritten Weg findet.

Auch scheint uns nicht überzeugend erklärt, daß die Einbindung der FMLN/FDR „in ein politisches Modell“ bzw. ihre Integration „ins politische Leben“ (was immer das sei), im Widerspruch zu den Interessen der USA liegen. Eindeutig ist, daß die USA einen militärischen Sieg wollen. Aber selbstverständlich wollen auch sie ihn mit den geringstmöglichen Kosten - dies im finanziellen, militärischen und politischen Sinne. Der Dialog sollte diese Kosten verringern, z.B. dadurch,

daß er dazu beitragen soll, die FMLN/FDR zu spalten.

Der zu führende Dialog mit der FMLN/FDR war ein wichtiger Bestandteil von Duartes „Wahlkampf“. Zumindest für die FMLN war von da an klar, daß es in irgendeiner Weise zu einer Annahme ihres Dialogangebotes kommen mußte - und zwar als Teil der US-Politik, die ja damit z.B. das stärkste Argument dafür verbreitete, daß auch westeuropäische Länder das Regime unterstützen.

Das anscheinend stärkste Argument für die widersprüchlichen Interessen zwischen Duarte und den USA ist nun dies, daß ja Duarte von den USA nur deshalb gebraucht werde, weil es die FMLN und den Befreiungskampf gebe. Sonst brauchten sie ja schließlich ihr ganzes Aufstandsbekämpfungsprogramm nicht, wovon Duarte ein Bestandteil ist. Duartes persönliches Interesse muß also sein, die FMLN militärisch nicht zu besiegen, weil er ja, wenn dies geschähe, von den USA nicht mehr gebraucht würde.

Diese zunächst bestechend erscheinende Logik, aus der ja dann auch folgt, daß „die Linke - in gewissen Grenzen natürlich - ein Interesse daran haben (muß), daß sich die Position der Christdemokratie gegenüber den Rechten und dem Militär stärkt“ (S.47), zeigt wohl am deutlichsten, wie weit die Autoren in die von der US-Aufstandspolitik aufgestellten Fallen hineingetappt sind.

Die Vorstellung, die hier präsentiert wird, sieht schlicht darüber hinweg, wofür denn Duarte von den USA gebraucht wird. Er hat eine Rolle bei der Bekämpfung der FMLN/FDR zu spielen. Angewiesen sind die USA dabei auf ihn genauso wie der Herr auf den Knecht angewiesen ist. Wie Herr Duarte dabei mit seinen persönlichen Machtwünschen zurechtkommt, kann ja nun wirklich nicht Gegenstand der Überlegungen der FMLN/FDR sein. Warum, liebe Freunde, schlägt ihr ihm denn nicht gleich vor, Mitglied der FMLN zu werden, weil das sicherlich der langfristigen Erhaltung seiner persönlichen Unversehrtheit noch viel mehr dienen würde?

Die USA und Duarte haben ein Interesse an den Dialoggründen in La Palma und Ayagualo gehabt. Die Niederwerfung der Befreiungsbewegung scheint ihnen zwar militärisch

möglich, aber aufgrund der Stärke der FMLN schwierig. Der Dialog soll ihnen das erleichtern. Das ist durchaus ein „ernsthaftes“ Interesse.

Hieraus wird nun klar, daß selbstverständlich niemand mit einer FMLN verhandeln wird, die sich in einer „militärischen Sackgasse“ befindet. Wir kennen kein Beispiel dafür - und es ist uns auch nicht vorstellbar -, daß eine Befreiungsbewegung sich in Situationen militärischer Ausweglosigkeit durch Verhandlungen aus der Sackgasse herausmanöviert hätte. Zudem unterstellt diese Vorstellung der Befreiungsbewegung die Alternative „rein militärische Strategie“ oder „Dialog mit der Regierung“.

Eine „rein militärische Strategie“ aber hat die FMLN/FDR bislang nicht vertreten. Das Verhältnis von Militärischem und Politischem ist in jedem Befreiungskampf ein wechselndes und kompliziertes. Auch in der FMLN wurden hier die Gewichte zu verschiedenen Zeiten und in den verschiedenen Organisationen der Front unterschiedlich verteilt. Die Entscheidung darüber, ob eine Politik des Dialogs gemacht wird, hat mit diesem Verhältnis zunächst einmal nichts zu tun.

Selbstverständlich wird ein Dialog von der Befreiungsbewegung besser oder schlechter geführt werden können, je nachdem wie ihre militärische Stärke eine Funktion ihrer politischen Klarheit ist. Diese Frage diskutieren die Autoren nicht, sondern sie stellen den Dialog einfach einer „rein militärischen Strategie“ gegenüber. (...)

Die Kriegskosten verringern

Die Befreiungsbewegung hat Interesse an einem Dialog mit dem Regime. Sie hat dieses Interesse, weil auch sie die „Kosten“ des Kampfes möglichst gering halten muß, und das heißt für sie - im Gegensatz zum Imperialismus - in erster Linie, daß sie überlegen muß, welche Schritte jeweils dazu dienen, die Anzahl der Opfer dieses Krieges möglichst gering zu halten.

Dies ist auch eine langfristige Überlegung. Und wir sollten dabei im Gedächtnis behalten, daß Bedrohung, Angst und Mord in El Salvador nicht etwas sind, was mit dem Befreiungskampf in's Land kam, sondern was generationenlange Erfahrung der Bevölkerung vor Beginn dieses Kampfes war. FMLN und FDR wissen, daß bei Verhandlungen nur das herauskommen kann, was ihrer tatsächlichen Stärke im Land entspricht.

Ein entscheidender Punkt ist für FMLN/FDR die Haltung gegenüber einer möglichen intensiveren militärischen Intervention der USA in El Salvador bzw. in Mittelamerika insgesamt. Diplomatische Aktivitäten und die Politik des Dialogs mit dem Regime haben u.a. zum Ziel, eine solche Intervention zu verhindern. Aber auch das macht nur Sinn, wenn gleichzeitig sowohl in der militärischen wie in der politischen Mobilisierung die Vorbereitungen darauf getroffen werden, eine solche Intervention zu bekämpfen. Auch hier ist also der Dialog nicht Ausweg, nicht Ausgleich einer Schwäche in allen anderen Bereichen, sondern Bestandteil einer sehr viel breiteren Politik. (...)

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort*
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____**
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____**

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname	
Straße	Beruf
Postleitzahl, Ort	Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift _____ Datum _____

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Ein Jahr lang Weihnachten

Verschenken Sie ein AIB-Abo

Wir sind sicher, daß nur wenige Ihrer Freunde und Verwandten das AIB so verbissen sehen wie dieser Herr. Und da wohl auch Sie Interesse daran haben, daß die Kriegspläne des Schauspielers etwas bekannter werden,



liegt eines nahe: Verschenken Sie ein Jahresabonnement zu Weihnachten (oder zum Geburtstag). Bei den Beschenkten werden Sie somit ein Jahr lang in guter Erinnerung bleiben.

Was Sie dafür tun müssen? Einfach diese Postkarte ausfüllen. Die von Ihnen genannte Person erhält dann von uns rechtzeitig zu den Festtagen eine Nachricht, daß sie das nächste Jahr auf Ihre Kosten in den Genuß unserer Zeitschrift kommt. Für 25 DM.

Schicken Sie bitte auf meine Rechnung
(25,- DM) ein Geschenkabo '84 an:

(Name)

(Straße und Hausnummer)

(PLZ, Wohnort)

(Mein Name)

(Meine Adresse)

(Datum, Unterschrift)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

gene Strategie überprüfen und verändern.

Dies geschah vor allem, weil sich die Art der Verteidigung und des Kampfes um Territorium geändert hatte, eines der entscheidendsten Elemente eines jeden Krieges. Das Regime stütze sich nicht mehr wie bisher auf das unbewegliche System eines Netzes von Garnisonen.

Es gab auch die großen Operationen mit Beteiligung einiger tausend Mann auf, da diese sich als zu langsam und unbeweglich erwiesen hatten. Außerdem wurde die Luftwaffe vergrößert und verbessert. Der Krieg ist daher hauptsächlich zu einem Bewegungskrieg geworden, auch was die Erkämpfung und Verteidigung von Territorium angeht.

Ein zweiter Grund ist der, daß die Umwandlung der Struktur der feindlichen Armee mit berücksichtigt werden mußte, die sich in Richtung einer zunehmend irregulären Armee entwickelte.

FMLN-Kriegführung geändert

Die FMLN war indessen von einer klassischen Guerillabewegung zu einer Volksarmee mit wachsendem regulären Charakter geworden: eine revolutionäre Armee mit großen Einheiten; mit sich immer weiter entwickelnden Strukturen der Unterstützung; mit komplexeren logistischen und operativen Anforderungen von größerem Umfang. Die neue Etappe des Krieges verlangte eine flexiblere militärische Struktur.

Der dritte Grund ergibt sich aus folgender entscheidender Erwägung: Strategisch kann die Niederlage des Feindes nicht in abstrakter Weise vor sich gehen, sondern sie muß die Zerstörung der konkreten Strategie des Feindes in jeder einzelnen Phase bedeuten.

Die FMLN hat die Eigenheiten der zeitlichen Ausdehnung des Krieges in unserem Land ebenso analysiert wie die Möglichkeiten des Widerstandes und des Sieges in einem Abnutzungskrieg: Wie muß der eigene Plan durchgeführt werden, damit der Feind dem Verschleiß ausgesetzt wird? Wie kann man das aktuelle Niveau der Eskalation der imperialistischen Intervention zerrütten? Wie sind Bedingungen zu schaffen, damit Widerstand geleistet werden kann in dem Fall, daß der Imperialismus zur nächsten Stufe der Intervention übergeht, indem er eigene Truppen zum Eingreifen in den Konflikt verpflichtet?

Daher rührt die Taktik, vorwiegend mit kleinen oder mittleren Einheiten zu operieren. Diese dient einer offensiven Strategie: Den Krieg auf das ganze Land ausdehnen und den Verschleiß des Feindes in allen Gebieten anstreben. D.h. im Einzelnen:

- Die kontrollierten Gebiete erweitern

und das gesamte Territorium in Kampfgebiete verwandeln.

- Eine mobile und flexible Verteidigung schaffen für die kontrollierten Gebiete, so daß es dem Gegner zwar möglich ist einzudringen, aber nicht zu bleiben.

- Den kontinuierlichen Verschleiß der gegnerischen Einheiten herbeiführen: menschlich, materiell und moralisch.

- Die Sabotage der Kriegswirtschaft des Regimes verstärken.

- Seine Strukturen lokaler Macht zerstören, die Entwicklung der „zivilen Verteidigung“ und der damit verbundenen wirtschaftlich-sozialen Programme nicht zulassen.

- Die politischen und militärischen Kader des Feindes angreifen, einschließlich der Berater und des übrigen militärischen und technischen Personals des Imperialismus.

Die Entwicklung des Krieges im Verlauf dieses Jahres beweist, daß der strategische Plan und die Ziele der FMLN Fortschritte gebracht haben.

Den Streitkräften des Regimes ist ein bedeutender menschlicher Verschleiß zugefügt worden: durchschnittlich 22 Verluste täglich. Das Verhältnis zwischen der Zahl der Gefallenen auf seiten der Streitkräfte und denen der FMLN ist weiterhin vorteilhaft für die FMLN, nämlich 25:1.

Die Strukturen lokaler Macht der Regierung wurden schwerwiegend geschädigt. Die Gefangennahme von Bürgermeistern hat den Zersetzungsprozeß beschleunigt. 23 von 262 Bürgermeistern befinden sich in den Händen der FMLN, weitere 54 traten von ihren Ämtern zurück.

Das Regime versucht, „formal“ das Funktionieren vieler Bürgermeisterämter ländlicher Orte von der Stadt aus aufrechtzuerhalten. Dies hat aber nicht verhindern können, daß diese Struktu-

ren unbrauchbar geworden sind für die Antiaufstandspläne, die die Verwirklichung von Programmen in diesem Gebiet vorsehen.

Die Verluste durch Sabotage der Wirtschaft sind in diesem Jahr wesentlich empfindlicher. Die zahlreichen aufeinanderfolgenden Aktionen zur Kontrolle von Landstraßen und zum Boykott des Transportes wurden von der FMLN mit großem Erfolg durchgeführt.

Im Oktober d.J. fand die 11. dieser Aktionen statt, die 95% des Überlandverkehrs lahmlegte.

Aktionen in den Städten

Anstatt „eingeschlossen zu werden“, ist es der FMLN gelungen, den Krieg in den Westen des Landes zu tragen und den Grad seiner Aktivitäten im Zentrum des Landes erheblich zu intensivieren.

Die Aktionen in den Städten und innerhalb der Hauptstadt mehren sich. Neben anderen Schlägen geringeren Ausmaßes ist der Angriff gegen US-Militärberater im Juni d.J. besonders hervorzuheben (siehe AIB 8-9/1985, S. 53ff.); außerdem der Schlag gegen eine Radio-Relaisstation und der Angriff auf das Gefängnis von „Mariona“ und die anschließende Befreiung der Gefangenen, beides im Juli d.J.; die Entführung der Tochter von Duarte im September d.J.; der große Anschlag auf die Kaserne La Union im Oktober d.J. (80 Tote, 155 Verletzte). Für den streng militärischen Bereich gilt die Schlußfolgerung, daß der Krieg sich weiterhin zum Vorteil der Befreiungsbewegung entwickelt. Die offensive Linie der FMLN ist, wenn auch weniger spektakulär, heutzutage tiefgreifender und ausgereifter als früher. Die zeitliche Herausögerung des Krieges, durch die

Die Gewerkschaftsbewegung hat einen neuen Aufschwung genommen



Jetzt abonnieren!



Sie sparen 8 DM, wenn Sie bis zum 31.12.1985 das AIB abonnieren. Sie erhalten das AIB noch 12 Monate lang zum alten Preis von 25 DM. Ab dem 1.1.1986 gilt für Neuabonnenten bereits der erhöhte Abonnementpreis von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).

Wer einen Neuabonnenten wirbt, erhält weiterhin unsere Buchprämie. Benutzen Sie bitte die Bestellkarte in der Heftmitte!

Sie sparen 8 DM

**team
reisen**

Wir bieten gemeinsam mit der FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA:

o DAS CUBANISCHE BEISPIEL
Modell für die III. Welt?

22.12.85 - 07.01.86 DM 2955,-

Eine Info-Rundreise mit Programm, ab/bis Luxemb., DoZi, Halbpension

o CUBA FÜR ANFÄNGER

25.12.85 - 11.01.86 DM 2955,-

Eine Inforeise mit Programm für alle, die sich erstmals vor Ort informieren wollen, ab/bis Luxemb., DoZi, Halbpension.

... und für alle, die einfach abschlafen wollen: VARADERO

20.12.85 - 02.01.86 DM 2650,-

ab/bis Pfm, DoZi, Vollpens.

oder eines der zahlreichen Ziele aus unserm neuen Katalog

Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20
Tel. 040 / 491 60 66

US-Intervention bedingt, richtet sich mit seinen Effekten nun gegen den Imperialismus selbst.

Einerseits ist das salvadorianische Regime in eine Dynamik geraten, in der die Abnutzung sich zu summieren beginnt. Andererseits sind die politischen und wirtschaftlichen Kosten zur Fortsetzung der interventionistischen Eskalation für die USA mittlerweile viel höher.

Die Massenbewegung hatte mit der Demonstration der 300.000 (16% der Bevölkerung) am 22.1.1980, die einem Aufruf der kurz zuvor gegründeten Koordination der Linken gefolgt waren, ihren Höhepunkt erreicht.

Ihr Rückgang, der in der zweiten Hälfte von 1980 begann, war durch den Massenmord an 30.000 Salvadorianern innerhalb von weniger als 12 Monaten bedingt. Diesem Blutbad fielen Erzbischof Romero, das Exekutivkomitee der FDR und die Mehrheit der Gewerkschafts- und Studentenführer zum Opfer.

Das selektive Morden ging einher mit einem wahllos um sich schlagenden Terror. Abgehackte Köpfe wurden von Massenmördern mitten auf den Straßen, in der Mitte von Brücken aufgehängt. Durch Säure, Schweißbrenner und Messerstiche entstellte Körper lagen am Eingang von Märkten, von Kinos und Schulen...

Vom Präsidium der zivil-militärischen Regierungsjunta aus wiederholte der christdemokratische Führer José Napoleon Duarte heuchlerisch, daß er nicht in der Lage sei, „die Todesschwadronen zu kontrollieren“ und daß „die Linke von der Gewalt ablassen muß, um das Land gemeinsam zu befrieden“.

Die Hände voller Blut reden Duarte, der General Blandon oder Oberst Ochoa nun davon, daß sie „das Herz des Volkes gewinnen“ müssen ... Die Repression allein hilft da nicht mehr weiter.

Sie nutzt umso weniger, da sich die wirtschaftliche und soziale Krise in den Jahren des Krieges immer weiter verschärft hat. Inzwischen ist das Bruttoinlandsprodukt auf das Niveau von 1969 zurückgegangen. Es ist schwierig, die hoffnungslose Situation der meisten salvadorianischen Familien, bei denen es ums reine Überleben geht, in Zahlen auszudrücken. 48% sind arbeitslos. Die Löhne sind eingefroren, und das bei einer Inflation von real 400%.

Ein Bild, das sich zusätzlich verschlimmert durch die halbe Million von Flüchtlingen, die der Krieg verursacht hat.

Die Massen haben ihre legalen Organisationen, ihre Gewerkschaften und Gremien von neuem aufgebaut. Ihre Forderungen, Streiks und Demonstrationen sind in diesem Jahr spontan zum Ausbruch gekommen. 40.000 Arbeiter kamen trotz Verboten und Bedrohungen

zur Demonstration, am 1. Mai. Mehr als 250.000 beteiligten sich an den Streiks der letzten 6 Monate.

Die Verknüpfung von wirtschaftlicher Krise und Krieg ist so offensichtlich, daß die neu entstandene Bewegung fast von ihrem Beginn an die Forderung nach einem Dialog, nach der Beendigung der US-Intervention, nach einer politischen Lösung des Konfliktes mit aufgenommen hat. Der kleine verbleibende Teil an Legalität wird genutzt, erweitert und umgestaltet in Straßenaktionen.

Die anwachsende Tendenz der Massenbewegung ist bereits eine Tatsache geworden. Das Regime kann sie weder aufhalten noch ihrer Herr werden. Die Regierung will sich das Herz des Volkes erobern, greift aber Krankenhäuser an, militarisiert Betriebe, entführt und ermordet Gewerkschafter, besetzt gewaltsam Gewerkschaftsbüros und humanitäre Einrichtungen.

Duarte ist auf eine soziale Basis angewiesen, wenn er den Krieg gewinnen will. Aber er kann den Forderungen des Volkes nicht nachgeben, und zwar gerade deshalb nicht, da alle der Regierung zur Verfügung stehenden Mittel für den Krieg eingesetzt werden müssen.

Alles in allem weist vieles daraufhin, daß die Massenbewegung dabei ist, ihre frühere Lebenskraft, Organisiertheit und Kampfkraft wiederzuerlangen, und das in einer wesentlich günstigeren Ausgangslage als 1980.

Situation der Doppelherrschaft

Heute ist durch den Krieg eine Situation der Doppelherrschaft entstanden. Die FMLN ist politisch und militärisch gefestigt und handelt nach einem einheitlichen Konzept (siehe FMLN-Einheitsklärung in: AIB 10/1985, S. 46ff.). Die Möglichkeiten, den Krieg zu verkürzen und den Ausgang des Krieges zu beschleunigen, hängen zu einem wesentlichen Teil von der Entwicklung und dem Tempo dieser Tendenz ab.

Die Zielsetzung der FMLN, den Krieg über das ganze Land auszuweiten, geht genau in Richtung dieser neuen Möglichkeiten. Es sind dies die Möglichkeiten, die politischen Bewegungen der Massen und den bewaffneten Kampf der revolutionären Armee in einem einzigen Strom zusammenfließen zu lassen; den Höhepunkt der Massenaktivitäten zu kombinieren mit einer gleichzeitigen Offensive der FMLN; der Sprung vom revolutionären Krieg zum Krieg des ganzen Volkes. Dies bleiben für den Moment Möglichkeiten und Perspektiven. Sie sind noch keine Realität, aber ebensowenig sind es Illusionen. Das größte Potential der salvadorianischen Revolution ist bisher noch nicht zur Entfaltung gekommen.



Im September und November d.J. fanden in Chile die bisher stärksten Proteste statt

Katja Maurer

Demokratisierung mit Pinochet?

Fast schon könnte man es als Tradition bezeichnen: Die Zuspitzung der innenpolitischen Entwicklung in Chile vor und nach dem 11. September, die sich dann meist das ganze Frühjahr bis Weihnachten hinzieht. Dieses Frühjahr (Herbst auf der nördlichen Erdhalbkugel) weist allerdings einige Besonderheiten auf, die weitreichende Bedeutung für die künftige Entwicklung Chiles haben dürften.

Die Chronologie der Ereignisse: Anfang August d.J. erläßt der mit dem Fall der drei im März d.J. ermordeten chilenischen Kommunisten (siehe AIB 5/1985, S. 12ff.) beauftragte Untersuchungsrichter Cánovas Haftbefehle gegen 12 Angehörige der Carabineros (Polizei), darunter auch ranghohe Offiziere. Und er macht sie für das Verbrechen, das in Chile und weltweit großes Aufsehen erregte, verantwortlich. Zum ersten Mal in der 12jährigen Geschichte der Diktatur werden die Verantwortlichen für politische Morde beim Namen genannt.

Dem folgt die Anklage weiterer Carabineros in anderen Städten für begangene Morde an Oppositionellen; die Auflösung des Geheimdienstes der chilenischen Polizei und schließlich der erzwungene Rücktritt des Carabinero-Chefs und Juntamitglieds General Mendoza. Dieser einmalige Vorgang, daß ein von der Diktatur begangenes politisches Verbrechen noch unter der Diktatur aufgeklärt wird, spiegelt den Zustand innerer Zerrissenheit, wachsender Schwäche und Isolation des Pinochet-Regimes wider.

Die Diktatur reagiert nicht nur mit der Absetzung Mendozas. Sie führt wenige

Tage nach Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse von Cánovas eine Großrazzia gegen die Kommunistische Partei durch, um zu zeigen, daß sie ihren „Kampf gegen den Marxismus“ keineswegs aufgegeben hat.

Unter der chilenischen Bevölkerung rufen die Ereignisse ein starkes Echo hervor. Carabineros werden auf der Straße lauthals als „Mörder“ beschimpft. Vor allem Jugendliche und Studenten führen Protestaktionen durch. Beim „Tag für das Leben“, zu dem die Opposition für den 20. August d.J. aufruft, setzt die Pinochet-Diktatur Militär ein, weil sie fürchten muß, daß ein Einsatz der Carabineros auf erbitterten Widerstand in der Bevölkerung stoßen würde.

Bisher größter Protesttag

Am 26. August d.J. beschließen 11 größtenteils bürgerliche Parteien, unter Einschluß der äußersten Rechten (wie beispielsweise der National-Partei), die noch bis vor kurzem zu den Unterstützern der Diktatur gehörten, unter Schirmherrschaft von Kardinal Fresno die „Nationale Übereinkunft für den Übergang zur vollen Demokratie“. Die Linke, vereint in der Demokratischen Volksbewegung (MDP), wird explizit von dem „Acuerdo Nacional“ ausgeschlossen.

Das Dokument fordert u.a. die Durchführung einer Volksabstimmung über die weitere Entwicklung Chiles, die Wiederherstellung der demokratischen Grund-

rechte, die Abschaffung des Paragraphen 24 (er gibt der Diktatur weitreichende Vollmachten wie die Verhaftung, Ausweisung und Verbannung von Oppositionellen ohne Gerichtsurteil), Legalisierung der Parteien usw. Kardinal Fresno preist dem Regime das Übereinkommen als gute Verhandlungsgrundlage an. Und die Süddeutsche Zeitung erfaßt ungewollt die Widersprüchlichkeit des Abkommens mit den Worten, es solle zur „vorzeitigen Abdankung des Staatschefs Augusto Pinochet oder zur Demokratisierung unter ihm dienen“.¹

Für den 4. September d.J. ruft das Nationale Kommando der Werktätigen (CNT) zu einem landesweiten Protesttag auf. Im Vorfeld versucht die Führung der Christdemokratischen Partei, das CNT zu bewegen, den Protesttag abzublasen. Das CNT bleibt bei seinem Aufruf. Seitens der politischen Opposition wird er nur vom MDP unterstützt.

Am 3. September ruft Kardinal Fresno die Chilenen auf, sich nicht an dem Protesttag zu beteiligen. Er sagt eine Messe, die er am 4. September für den vor einem Jahr von Carabineros ermordeten französischen Priester André Jarlan lesen wollte, ab.

Das bürgerliche Oppositionsbündnis Demokratische Allianz ruft auf, Unterschriften unter den „Acuerdo Nacional“ zu sammeln, und nach 14 Uhr in die Häuser zurückzukehren.

Der 4. September wird nichtsdestotrotz zum bisher größten Protesttag. Er findet nicht nur im ganzen Land statt, sondern trägt fast schon aufstandsähnliche Züge.

Ab Mittag ist Santiago faktisch lahmgelegt. Der öffentliche Transport funktioniert fast nicht mehr, die Geschäfte schließen.

Allein in Santiago werden an diesem Tag 60 große Supermärkte und Brennstoffläden „enteignet“. Die, die im Zentrum nur „friedlich“ Unterschriften sammeln wollten, finden sich plötzlich vor brennenden Barrikaden auf der Alameda, der Hauptstraße Santiagos, wieder.

Diesem Protesttag, bei dem 10 Menschen von den Repressionskräften ermordet wurden, kommt in mehrfacher Hinsicht Bedeutung zu. Er machte nicht nur die wachsende Isolation des Pinochet-Regimes deutlich, sondern geriet auch zu einem Kräfteessen unter der Opposition selbst. Den Teilen der Opposition mit Kardinal Fresno an der Spitze, die hoffen, per Verhandlung mit der Diktatur perspektivisch einen langsamen Übergang zu demokratischeren Verhältnissen gewährleisten zu können, ohne daß dabei die gegenwärtigen Machtstrukturen wesentlich angetastet werden, dürfte der 4. September ein Warnzeichen gewesen sein.

Daß in der sozialen und politischen Situation Chiles offenbar soviel Sprengkraft liegt, daß sie von den Ereignissen schnell überrollt werden könnte machten auch die beiden Aktionstage am 5./6. November 1985 deutlich, zu denen das CNT und die MDP aufgerufen hatte. Drei der Protestierenden wurden erschossen und 750 verhaftet.

Mit Streiks, Straßenbarrikaden und Demonstrationen, die in stundenlange Schlachten mit der Polizei mündeten, sollte u.a. die Freilassung von sechs Gewerkschaftsführern erreicht werden, die nach dem Protesttag vom September d.J. eingekerkert worden waren.

Innerhalb des „Acuerdo Nacional“ hat diese Entwicklung bereits die ersten Brüche hervorgerufen.

In ihm vertreten sind einerseits solche Kräfte wie der ehemalige Pinochet-Berater und Botschafter, Francisco Bulnes, der als Sprecher der Großbourgeoisie gilt. Für ihn gibt es einen einzigen ent-

scheidenden Grund im „Acuerdo“ mitzuarbeiten: „Es ist schon sehr spät, und es könnte finster werden. Aber noch sind wir in der Lage, einen vernünftigen Ausweg zu finden.“² Der besteht darin, mit der Diktatur zu verhandeln, die faschistische Verfassung von 1980 anzuerkennen, Pinochet mindestens bis 1989 als „Regierungschef“ zu akzeptieren, um anschließend demokratischere Verhältnisse einzuführen.

Diese Kreise genießen die Unterstützung des US-Außenministeriums, und ihr Arm reicht bis in höchste Ränge der Militärdiktatur. Nichts fürchten sie so sehr wie eine Massenbewegung, die in der Lage wäre, Pinochet „vorfristig“ und mit Gewalt zu stürzen. Eine auch nur irgendwie geartete Zusammenarbeit mit der MDP kommt für sie nicht in Frage. Und sie unterliegen noch dem Irrglauben, daß in künftigen „demokratischeren“ Verhältnissen eine Legalisierung der MDP-Parteien zu verhindern wäre. Es gelang ihnen allerdings schon nicht, diese Forderung in den „Acuerdo Nacional“ aufzunehmen.

Verhandlungen oder Sturz

Demgegenüber stehen Teile der Christdemokratie und der linken, teilweise sozialdemokratisch beeinflussten Parteien. Sie hoffen zwar, mit dem „Acuerdo“ den Einfluß der MDP in der Opposition schmälern zu können, wollen aber einen schnellen Sturz der Diktatur herbeiführen, ohne sich auf solche Forderungen wie die Akzeptierung der Pinochet-Verfassung einzulassen.

Je nach aktuellem Kräfteverhältnis sind die Grenzen auch hin zur MDP fließend. So waren nach dem Protesttag im September d.J. vom Parteivorsitzenden der Christdemokraten, Gabriel Valdes, solche Worte zu hören: Jeder Übergang zur Demokratie stelle ein Novum dar. Wichtig sei aber, daß durch eine „breite Mobilisierung der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte“ eine „Volksabstimmung“ (wie sie der „Acuerdo Nacional“ fordert) erzwungen oder eine Lage des „ab-

soluten zivilen Ungehorsams“ erreicht werde.³

Luis Maira, Vorsitzender der Christlichen Linken, die ebenfalls den „Acuerdo Nacional“ unterschrieben hat, ohne dabei allerdings ihre Kontakte zur MDP aufzugeben, forderte gar, „eine Einheit ohne Ausschluß, um das Regime zu stürzen“.⁴

Die MDP, die sich dem „Acuerdo“ nicht angeschlossen hat, kritisiert neben der Tatsache, daß sie von vornherein von der Ausarbeitung des Dokuments ausgeschlossen wurde, vor allem den Fakt, daß es „nicht den sofortigen Rücktritt Pinochets und seines Regimes fordert“.

Sie erklärt allerdings ihre Bereitschaft, bei der Durchsetzung der in dem Dokument enthaltenen konkreten Forderungen mit allen Parteien zusammenzuarbeiten und wertet den „Acuerdo“ insofern als positiv, da er „weitere Sektoren in den Kampf gegen die Diktatur miteinbezieht“.⁵

Jaime Insunza, führender Vertreter der Kommunistischen Partei und einer der meistgesuchten Oppositionellen Chiles, bezeichnet den „Acuerdo“ als „bedeutend“. „Er beinhaltet die demokratischen Forderungen der bürgerlichen Gesellschaft, aber nicht der gesamten Gesellschaft.“ Jetzt, so Insunza, müsse auch innerhalb des „Acuerdo Nacional“ die Frage entschieden werden, „ob man ein Ende der Pinochet-Diktatur oder mit ihr verhandeln wolle. Im ersten Fall wäre das Dokument positiv“.⁶

Diese Frage ist jedoch bisher noch nicht entschieden. Vorerst so scheint es, hat die chilenische Rechte und die Bourgeoisie, mit der Erfahrung der Allende-Regierung im Rücken, größere Angst vor einer starken marxistischen Linken nach einem Ende der Diktatur, als vor der Diktatur selbst. Zweifellos aber hat der „Acuerdo Nacional“ zur Isolation der Diktatur beigetragen und bis in ihre höchsten Ränge Zwietracht gesät.

Die Furcht des ehemaligen Luftwaffenchefs Leigh, der zu den grausamsten Putschisten gehörte und sich jetzt dem „Acuerdo“ angeschlossen hat, zieht auch innerhalb der Militärs ihre Kreise. Wenn sich, so Leigh, Pinochet nach Ablauf seiner laut „Verfassung“ vorgeschriebenen ersten Amtszeit 1989 zum zweiten Mal zum Regierungschef machen lassen werde, dann kann die Folge „eine Revolution wie die von 1891 sein, als das Land eine entsetzliche Spaltung erlebte und zwei Teile der Streitkräfte gegeneinander kämpften.“⁷

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung (SZ), 21./22.9.1985
- 2) Le Monde (LM), Paris, 15.10.1985
- 3) IPS, Bonn, 26.9.1985
- 4) LM, 15.10.1985
- 5) LM, 30.8.1985
- 6) Ebenda
- 7) SZ, 21./22.9.1985

Die Armee macht beim Einsatz gegen Demonstranten rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch.



Es gibt viele Gründe, alles beim Alten zu lassen, aber die...

Volkszeitung

die tat

Wochenzeitung für Demokratie und Frieden

Röderberg-Verlag, Schumannstraße 56

6000 Frankfurt/a.M. 1

...schreibt für eine andere Bundesrepublik.

Am 6. September 1983 erschien zum ersten Mal die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG/DIE TAT. Sie gründete in der Tradition von „Deutscher Volkszeitung“ (gegründet 1953 von Reichskanzler a. D., Dr. Joseph Wirth, Dr. h. c. Wilhelm Elfes und Dr. Dr. Georg Herrmann) und der Wochenzeitung „die tat“ (gegründet 1950 von deutschen Antifaschisten).

Die Volkszeitung bietet ein Forum zur Auseinandersetzung über Abrüstung und Friedenspolitik, neue Technik und alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik. Grundsätzliche Alternativen zur herrschenden Politik in Bonn gehören dazu.

Prof. Starlinger und Prof. Huffscheid, Ingeborg Drewitz und Christoph Hein, Otto Schily und Hermann Gautier, Antje Vollmer und Erwin Ferlemann, Franz-Josef Degenhardt und Prof. Fülberth, Prof. Hickel und Christian Götz, Jo Leinen und Reinhard Opitz kommen neben vielen anderen zu Wort.

Jede Woche Politik, Kultur, Wirtschafts- und Sozialpolitik, für jede/n, die/der mehr als Gerüchte und Halbwahrheiten braucht.

Drei Wochen kostenlos die ganze Wahrheit, ab die Postkarte und das Probeabo bestellen. Wenn es rasch gehen muß: Telefon (069) 75 10 46.

Franz Sommerfeld

Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt – nach zwei Jahren Arbeit zeigen Reaktionen aus der Leserschaft und unserem Mitarbeiterkreis: es ist möglich, in der Bundesrepublik eine linke Wochenzeitung zu machen, die außerparlamentarische Bewegungen und Aktionen unterstützt, aber auf das Nachdenken nicht verzichtet. Leute, die immer noch gerne lesen, auch wenn sie schon einen Kabelanschluß haben, brauchen die Volkszeitung.

Neben aktueller Information und Kommentierung des politischen und kulturellen Geschehens legen wir Wert auf sorgfältige Analysen.

Was unter Linken keineswegs selbstverständlich ist, bei der CDU/CSU und ihren Widersprüchen genau hinzuschauen, das gehört zu unserer Praxis. Die Beschäftigung mit moderner Technologie und das Engagement gegen Neofaschismus sind kein Widerspruch. Wenn alle über politische Dokumente wie das Bülow-Papier reden, dann dokumentiert die Volkszeitung es (als Erste). Auch wenn sich schon zuviele daran gewöhnt haben, bleiben die Berufsverbote ein Thema. Frieden hat für uns weniger mit zwischenmenschlichen, sondern mehr mit zwischenstaatlichen Beziehungen zu tun. Friedensaktionen und die Diskussion sicherheitspolitischer Konzeptionen sind nur gemeinsam wirksam.

Wem das zu konservativ ist, der sollte mit uns darüber diskutieren und lesen.

Als Zeitung mit demokratischem Standpunkt, können wir zuhören und lassen uns durch Argumente überzeugen. Die Volkszeitung ist offen für Debatten und lebt vom Widerspruch. Leser und Autoren schätzen und nutzen es.

Nehmen Sie unser Angebot an, wir sind gespannt auf Ihr Urteil. Schreiben Sie mir.



Franz Sommerfeld

Chefredakteur

Volkszeitung die tat

D 4573 C

Freitag, 23. Dezember 1983

Bilanz Der Max-Berglage der Regierung... **Bad Hersfeld** Nach dem Jahresbericht... **Degenhardt** ... **Kruppianer** ...

Pazifismus und Friedensbewegung

Zumindest ein Atompazifismus drängt sich gebieterisch auf / Von Walter Krick



cherrechte
 21. des Jahres...
ung
 ...

Thema

Was bringt Bahro und Trampert zusammen?

Troße
 kung in
 zer Zeit

Von Tissy Bruns

Salto rück



Männer sind so verletzlich.

Deshalb müssen sie zusammenhalten. Ihre Frauen sind treu, leistungsbereit und kontoschonend. Zuwiderhandlungen bestraft die Scheidungsrechtsregierung. Der Bonner Dreiklang „Kinder, Küche, Knarre“ erfordert Widerspruch:

Deutsche Volkszeitung die tat

weil zum Überleben emanzipierte Frauen und Männer gehören.

Die Volkszeitung/die tat, jede Woche mit eigener Seite für Frauenpolitik, ohne daß sie von den anderen Seiten verschwindet.

Volkszeitung die tat

D 4573

Ausländerfeindlichkeit, Cocom ... **Positionen** ...

Reagan und die Krimkonferenz

Streik der Eliten?

Jagdfieber

Thema

AIDS

Reale Gefahren und Hysterie

Ein Appell zu aufgeklärtem gesellschaftlichen Handeln
 Von Norbert Schmäcke



Die reale Bedrohung: Gewalttaten und Spekulationen

RÖDERBERG

kritisch · engagiert · antifaschistisch

Verlag · Postfach 101848 · 6000 Frankfurt/Main · telex nr. 414721 · Tel. 069/751046

Jürgen Bruhn

»... dann, sage
ich, brich
das Gesetz«
Henry D. Thoreau

Ziviler
Ungehorsam:
Von Gandhis
Salzmarach
bis zum
Generalstreik



Seit langem wird eine gründliche Einschätzung des zivilen Ungehorsams und anderer gewaltfreier Formen sozialen und politischen Widerstands erwartet. Jürgen Bruhn, Verfasser u.a. von „Schlachtfeld Europa oder Amerikas letztes Gefecht“ (1983), hat sie vorgelegt.
216 Seiten, 16,80 DM, ISBN 3-87682-812-0

DIETER BONGARTZ



CHRONIK EINER DIENSTENTFERNUNG

RÖDERBERG VERLAG

Nach 16 Dienstjahren wurde der Hildesheimer Lehrer Udo Paulus aus dem Schuldienst entlassen. Das Berufsverbot verhängte ein willfähriges Gericht im Namen der niedersächsischen Landesregierung. Demokratie und Berufsverbote sind unvereinbar. Und Paulus nur einer von vielen. In seiner Chronik einer Dienstentfernung hat Dieter Bongartz die Betroffenheit, den Widerstand und die Widersprüche des Verfahrens festgehalten.

160 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, DM 15, ISBN 3-87682-801-5

PETER ALTMANN (Hrg.)

HAUPTSACHE FRIEDEN 1945

KRIEGSENDE · BEFREIUNG · NEUBEGINN

VOM ANTIFASCHISTISCHEN
KONSENS ZUM
GRUNDGESETZ

1949



„Hauptsache Frieden“ — das neue Standardwerk bei Röderberg. 8. Mai 1945: Kriegsende, Befreiung, Neubeginn. Vom Antifaschistischen Konsens zum Grundgesetz. ISBN 3-87682-800-7, Großformat, 240 Seiten, 25 Mark. Herausgeber: Peter Altmann, Vorbemerkung: Walter Jens, Einleitung: Reinhard Kühnl.

„Er greift in das bestehende Geschichtsbild entschieden ein, füllt Auslassungen auf, setzt andere Gewichtungen: Freigelegt wird eine antifaschistische Kontinuität...“
(Schwetzinger Zeitung)

„Ein sehr anregendes und empfehlenswertes Buch.“ (az)

„Die Verfasser betonen einen antifaschistischen Konsens bis in weite Kreise der CDU, der ursprünglich nicht nur gründliche Entnazifizierung, Entmilitarisierung und sozialstaatliche Demokratie umfaßte, sondern sich auch auf eine Einschränkung des Einflusses von Großunternehmen erstreckte, da diesem weithin ein wesentlicher Anteil an der Herrschaft des NS-Regimes beigemessen wurde.“
(Hessischer Rundfunk)

Diese Buchhandlungen führen unsere Bücher garantiert!

collectiv-
Buchhandlung
Adam Kuckhoff
Annuntienbach 1
5100 Aachen

Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
Feilenstraße 10
4800 Bielefeld

Progreß-
Buchhandlung
Oxfordstraße 17
5300 Bonn

heinrich-vogeler-
Buchhandlung
fedelhöfen 14-17
2800 Bremen

Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
Lauteschlagstraße 3
6100 Darmstadt

Buch International
Königswall 22
4600 Dortmund

Heinrich-Heine-
Buchhandlung
Ackerstraße 3
4000 Düsseldorf

Karl-Liebknecht-
Buchhandlung
Viehofen Platz 15
4300 Essen 1

collectiv-
Buchhandlung
Bornwiesenweg 4
6000 Frankfurt/Main 1

Friedrich-Hecker-
Buchhandlung
An der Mehlwaage 2
7800 Freiburg i. B.

Internationale
Buchhandlung
Johnsallee 67
2000 Hamburg 13

Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
Hamburger Allee 37
3000 Hannover 1

collectiv-
Buchhandlung
Plock 64a
6900 Heidelberg

collectiv-
Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
Werner-Hilpert-Str. 5
3500 Kassel

collectiv-
Buchhandlung
Käthe Kollwitz
Muhliusstraße 38
2300 Kiel

Neue Rheinische
Buchhandlung
Fleischmenger-
gasse 31
5000 Köln

Anna-Seghers-
Buchhandlung
Billhildisstraße 15
6500 Mainz

Buchhandlung
Wissen und Fortschritt
U 2.3
6800 Mannheim

collectiv-
Buchhandlung
Wilhelm Liebknecht
Wettergasse 19
3550 Marburg/L.

Libresso-
Buchhandlung
Türkenstraße 66
8000 München 40

collectiv-
Buchhandlung
Roggenmarkt 15-16
4400 Münster/Westf.

Libresso-Buchzentrum
Peter-Vischer-Str. 25
8500 Nürnberg

collectiv-
Buchhandlung
Rosa Luxemburg
Donnerschwerstr. 12
2800 Oldenburg

collectiv-
Buchhandlung
Ienchen-demuth
Berliner Promenade 12
6600 Saarbrücken

collectiv-
Buchhandlung
Friedrich Wolf
Wilhelmsplatz 1
7000 Stuttgart

Friedrich-Engels-
Buchhandlung
Gathe 55-57
5600 Wuppertal 1

Bestellung:

Anzahl	Titel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	Röderbergprospekte (kostenlos)		
	Bruhn, Ziviler Ungehorsam	16,80	
	Altmann, Hauptsache Frieden	25,-	
	Bongartz, Chronik	15,-	
	Hess, Vorhof der Hölle	5,-	

bei Bestellungen unter 50,- DM

+ 3,50 DM

Versandkostenanteil 3,50 DM. Ab 50,- DM versandkostenfrei

- Ein Verrechnungsscheck über _____ DM liegt bei
- Ich habe den Betrag von _____ DM auf das Kto. PGiroA Frankfurt 181900-609 (BLZ 500 100 60) überwiesen
- Bitte ich per Nachnahme einzuziehen (zzgl. 2,50 DM)

Gesamtpreis

Meine Adresse												
Name												
Straße												
Ort												

Datum, Ort

Unterschrift

Brennend aktuell für alle,
die die Kriegsvorbereitung der
USA im Weltall
verhindern wollen:



96 Seiten, illustriert,
nur 5,- DM

**Ja, die Volkszeitung/
die tat interessiert mich.
Ich möchte ein Probeabo —
3 Wochen kostenlos und
unverbindlich.**

Porto

Name, Vorname

Bitte deutlich schreiben

Postkarte

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Beruf

Besonders interessiert mich:

**UNSERE LESER HABEN IMMER
DEN VOLLEN DURCHBLICK...**

**An den Leserservice
Volkszeitung / die tat
Röderberg - Verlag
Postfach 101848**

6000 Frankfurt 1

Datum, Unterschrift

(AIB 55)

Julie Frederikse Buthelezis Kollaboration in Natal



Ausgebrannter indischer Supermarkt in Inanda, südlich von Durban

Oberflächliche Analysen der Unruhen in Natal haben die Tatsache verborgen, daß die Inkatha-Bewegung des Häuptlings und Premierministers des in Natal gelegenen Bantustans KwaZulu, Gatsha Buthelezi, die Offensive als schwarze Stoßtruppe der Apartheid ergriffen hat, womit sie dem Botha-Regime Hilfsdienste leistet und die Mehrheit der Bevölkerung hintergeht.

Trotz der Begeisterung, die die internationalen Medien plötzlich für den in Südafrika tobenden Bürgerkrieg entdeckt haben, fand eine Entwicklung der jüngsten Zeit wenig Beachtung – so wenig, daß man eine absichtliche Verschleierung vermuten könnte. Es geht dabei um eine Entwicklung, die

der in den Medien vorherrschenden falschen Bezeichnung „Rassenkrieg“ Vorschub leistete und Präsident Reagans Behauptung stützte, bei den meisten der gewalttätigen Zusammenstöße in Südafrika handele es sich um einen Kampf von „Schwarz gegen Schwarz“.

Inkatha-Angriff in Ulmazi

Diese sog. ethnische Gewalt in Natal im August d.J. führte zu einer effektiven Säuberung der regionalen Strukturen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) – erreicht ohne die Erklärung des Ausnahmezustands oder die massiven Polizei- und Armeeaktionen, die in anderen Teilen des Landes notwendig gewe-

sen waren (siehe AIB 10/1985, S. 4ff.; d. Red.).

Die Ereignisse entzündeten sich an der Ermordung der Rechtsanwältin Victoria Mxenge am 1. August 1985, die zu den Verteidigern der UDF-Führer im Hochverratsprozeß von Pietermaritzburg gehörte.

Sie war auch eine unbeirrbar UDF-Führerin in Ulmazi, einer schwarzen Vorstadt (Township) von Durban, in einem Gebiet also, das traditionell von der konservativen Zulu-Organisation Inkatha unter der Führung von Häuptling Gatsha Buthelezi beansprucht wird.

Die Jugendlichen der Vorstadt waren über die brutale Ermordung einer so geschätzten Persönlichkeit empört, und in einem Akt ungewöhnlicher Einheit schlossen sich zwei Mitgliedsorganisationen der UDF, der mittlerweile verbotene Kongreß Südafrikanischer Oberschüler (COSAS) und die Azanische Studentenorganisation, mit der Azanischen Volksorganisation (AZAPO) zusammen, um zu einem Schulboykott aufzurufen. Die Unruhen beschränkten sich weitgehend auf Steinwürfe und Angriffe auf die Wohnungen von Schuldirektoren, die sich weigerten, ihre Schulen zu schließen. UDF-Führer forderten ihre Anhänger öffentlich auf, „Disziplin und Verantwortungsgefühl zu wahren“ und nicht auf die Provokationen der Inkatha-Mitglieder hereinzufallen.

Gewalt von „UDF-Verbrechern“?

Dann wurde ein von der UDF unterstützter Gedenkgottesdienst für Frau Mxenge, der eine Woche nach ihrem Tod abgehalten wurde, von hundert mit Stöcken und Speeren bewaffneten Männern der Inkatha-Bewegung überfallen, die in den Versammlungsraum in Umlazi eindrangen. Mehr als 16 UDF-Anhänger wurden erstochen oder zu Tode geprügelt.

Trotzdem wurde der Abend in den Medien als Ausbruch von „Gewalt des Pöbels“ dargestellt. Und Buthelezi tat die Sache als „das gleiche wie Geschäfte in Brand stecken und so weiter“ ab.

Während der nächsten Wochen wurden die darauffolgenden Auseinandersetzungen als Konfrontation zwischen afrikanischem Pöbel und indischen Wachposten karikiert, obwohl es belegte Berichte gibt, daß viele der Angreifer Sotho und Xhosa sprachen, also Sprachen des Transvaal und der Kapregion, und weniger die in Natal vorherrschenden Zulu-Dialekte.

Erste Zeitungsberichte in der lokalen Presse von Durban wiesen darauf hin, daß sogar die Polizei davon überzeugt war, daß die „Aufwiegler“, die in Kleinbussen durch die Townships fuhren, für

einen großen Teil der Gewalt verantwortlich waren.

Solche Analysen gingen jedoch bald verloren (wenn sie nicht überhaupt absichtlich zensiert worden waren) in den Sensationsberichten über die rücksichtslose „Herrschaft des Terrors“, die schließlich mindestens 67 Tote und 1.000 Verletzte forderte und weitere 1.000 Menschen obdachlos machte.

Louis le Grange, Minister für Recht und Ordnung, machte einen seiner üblichen Besichtigungsflüge im Hubschrauber über das Unruhegebiet, doch befand er sich diesmal in Begleitung von Amichand Rajbansi, dem von breiten Bevölkerungskreisen abgelehnten Vorsitzenden des Ministerrats im Abgeordnetenhaus. Er nutzte die Aufmerksamkeit der Medien, um einen Hilfsfonds der Regierung anzukündigen und die Schuld an jeglicher Gewalt „UDF-Verbrechern“ zu geben.

„Retter“ der Vorstädte

Die öffentliche Beschönigung der Rolle der Inkatha-Bewegung bei den Unruhen wurde durch eine „Friedens“-Kundgebung gekrönt, an der angeblich 5.000 Inkatha-Mitglieder und 100 von Rajbansis indischen Anhängern teilnahmen.

Die weit verbreitete Skepsis bezüglich der Darstellung Buthelezis als „Retter“ der Vorstädte in den Medien basiert auf eine Reihe von Faktoren, die in der Berichterstattung entweder verschleiert oder ganz unterschlagen wurden.

Zum ersten wird die Charakterisierung der Unruhen als „Wiederholung von 49“ – eine Anspielung auf die Konfrontation von Cato Manor im Jahre 1949, während der Dutzende von Indern von Afrikanern getötet worden waren – von allen Historikern, die sich mit dieser Zeit befassen, zurückgewiesen.

Zum zweiten kann eine solch oberflächliche Analyse nicht einmal ansatzweise erklären, wie der Konflikt in Gemeinden wie Inanda ausbrechen konnte, wo Afrikaner und Inder seit über 50 Jahren friedlich Seite an Seite gelebt hatten, und warum viele indische Familien von

ihren afrikanischen Nachbarn beschützt wurden. Zwar starben fünf Inder während der blutigen Woche, darunter ein Fahrer eines Lieferwagens, der völlig betrunken war, und eine Frau, die einen Herzanfall erlitt, doch kam kein Inder direkt aufgrund rassistisch motivierter Angriffe ums Leben.

Trotzdem leisteten Regierungsbeamte, die Medien, die Inkatha-Bewegung und Rajbansi der Darstellung Vorschub, die Unruhen seien ethnisch motiviert.

Kritiker der Darstellung der Inkatha-Bewegung als „Friedensstifter“ weisen außerdem auf die zahlreichen Hinweise auf eine Zusammenarbeit zwischen Inkatha-Leuten und den Sicherheitskräften der Regierung. Dazu gehört auch der „bizarre“ Anblick, daß Inkatha-Leute, Armee und Polizei Bewohner der Townships zur Arbeit „eskortieren“, nachdem die Unruhen abgeklungen waren.

Während sich die Regierung weigert, im übrigen Land Polizei- und Armeeeinheiten aus den Vorstädten abzuziehen, ignorierte die Polizei in der Woche der Gewalt in den Townships von Durban die Bitten von Einwohnern, einzugreifen.

Seltsam untätige Rassistenpolizei

Feuerwehren, die zum Löschen von Bränden gerufen wurden, teilte man mit, sie hätten Instruktion, die Vorstädte nicht zu betreten. Darüber hinaus durften Inkatha-Leute überall in den Vorstädten Barrikaden errichten. Viele Wagen konnten nach dem Black-Power-Gruß durchfahren, während die Polizei untätig dabei stand – ein Anblick, der in den umkämpften Gebieten des Reef oder Kap völlig undenkbar wäre.

Zu dem am weitesten bekanntgewordenen Beispiel dieser uncharakteristischen Zurückhaltung der Polizei kam es, als die UDF-Führungspersönlichkeit Prof. Fatima Meer die Polizei aufforderte, Wachposten von dem historischen Gandhi-Monument in der Phönix-Siedlung zu verjagen.

Die Polizei weigerte sich und ließ zu, daß die Gedenkstätte von unbekanntem Inder niedergebrannt wurde, die behaupteten, sie lieber selbst zu zerstören, als „Schwarzen die Genugtuung zu geben, es zu tun“. Beobachtern fiel auch auf, daß auf dem Höhepunkt der Brandstiftungen an Häusern und Geschäften in Phönix und Anda seltsamerweise die Wasserversorgung unterbrochen war.

Der Verdacht, daß die Planung der Unruhen, die Antwort der Regierung darauf und die Berichterstattung in den Medien Teil einer gegen die UDF gerichteten Kampagne waren, bestätigte sich, als die Polizei Ende August d.J. eine Reihe von

Verhaftungen vornahm. Ihre Opfer waren ausschließlich Anhänger der UDF – von den führenden Leuten der (von Gandhi gegründeten) UDF-Mitgliedsorganisation Indischer Kongreß von Natal bis zum Hausmeister der Gandhi-Siedlung, einem weißen Aktivist, der wegen Wehrdienstverweigerung bereits im Gefängnis gesessen hatte.

Der Schlag der Regierung gegen die UDF fiel zusammen mit erneuten Annäherungsversuchen an Buthelezi, der von der regierungsfreundlichen Zeitung Citizen als „Hoffnungsschimmer“ bezeichnet wurde.

Der Inkatha-Führer befand sich während der Unruhen auf einer offiziellen Reise durch Israel. Doch seine Stellungnahmen – gegen Disinvestition und Sanktionen – wurden via Satellit über das staatlich kontrollierte Radio und Fernsehen verbreitet.

Einen weiteren Rückschlag in ihrem Anspruch, die „Unruhen in Natal erstickt“ zu haben, erfuhr die Inkatha-Bewegung durch einen Hinweis des Ministers für konstitutionelle Entwicklung, Chris Heunis, daß die sog. Natal-KwaZulu-Lösung, für die sich die liberale Opposition stark gemacht hatte, bald von der Regierung angenommen werden könnte. Ein solches Umgehen der nationalen Forderung „ein Mensch – eine Stimme“ in einem einheitlichen Staat könnte Buthelezi unwiderruflich in das Lager des Gegners bringen, und zwar in einer ähnlichen Rolle wie der Muzorewas in Zimbabwe.

„Inkatha raus aus den Townships!“

Die schwarze Zeitung Daily Sowetan verglich „den Mantel der Ehrbarkeit, den gewisse Kreise des rechten Flügelhäuptling Buthelezi umhängen wollen“, mit dem „Todeskuß“. Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) ging noch weiter. Sein Generalsekretär (Alfred Nzo; d. Red.) stellte fest, „daß durch die Entscheidung, mit den Rassisten bei der Verfolgung und Unterdrückung der Mitglieder der demokratischen Bewegung gemeinsame Sache zu machen, sich die Führung der Inkatha-Bewegung in das Lager des Feindes begeben hat“.

Der ANC hat in der Vergangenheit darauf verzichtet, die Inkatha-Bewegung öffentlich so scharf zu verurteilen. Doch nun hat er eine Aufforderung an Buthelezi gerichtet: Entweder solle er die Townships räumen, in denen die Regierung seinen Leuten für „schwarze Kontrolle über schwarze Gewalt“ Anerkennung zollt, oder den Konsequenzen ins Auge sehen – und beide Seiten scheinen zu einer Kraftprobe entschlossen zu sein. (Quelle: *Africa Asia*, Paris, Nr. 22, Oktober 1985, S. 13-14)

Zulu-Häuptling Gathsa Buthelezi



Joachim Becker

Nach Nyerere: Abschied von Ujamaa ?



Am 27. Oktober d.J. wurde Hassan Ali Mwinyi mit 92,2% der Stimmen zum neuen Staatspräsidenten Tansanias gewählt.¹ Die Vorentscheidung hierüber war jedoch schon am 15.8.1985 gefallen, als er auf Vorschlag des Nationalen Exekutivkomitees der Partei der Revolution (Chama Cha Mapinduzi – CCM) von einer Sonderkonferenz der Partei fast einstimmig zum Präsidentschaftskandidaten gewählt wurde.

Gescheiterte Kollektivierung

Mwinyi war Gründungsmitglied der 1957 ins Leben gerufenen Afro-Shirazi Partei in Sansibar, die 1977 mit der Afrikanischen Nationalunion Tanganyikas zur CCM verschmolz. Er war zuletzt Vizepräsident Tansanias und Präsident Sansibars, das innerhalb des tansanischen Staates über eine Autonomie verfügt. Nach secessionistischen Unruhen im Dezember 1983/Januar 1984 hatte er dort Aboud Jumbe als Präsident abgelöst und wirtschaftliche und politische Liberalisierungsmaßnahmen eingeleitet.² Seine Wahl zum tansanischen Staatspräsidenten dürfte die nationale Einheit Tansanias stärken.

Mwinyi tritt als Staatspräsident die Nachfolge Julius K. Nyereres an, der einer der profiliertesten Sprecher der

Nichtpaktgebundenen und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ist.

Nyerere, der das Land seit 1961 regiert hatte und nicht wieder kandidierte, bleibt jedoch weiterhin Vorsitzender der CCM. Die Arbeit der Partei, die nach der Verfassung die führende Rolle im Staate innehat (vgl. Katiba ya Jamhuri Muungano wa Tanzania, Dar es Salaam, 1977), wird als deutlich verbesserungswürdig angesehen. Dieser Aufgabe werden sich J. Nyerere und Rashid Kawawa (Generalsekretär) jetzt ausschließlich widmen.

Politische Schlüsselbegriffe der Regierungszeit Nyerere waren „Ujamaa“ („afrikanischer Sozialismus“) und „Kujitegemea“ bzw. „self-reliance“ (Sich auf die eigene Kraft stützen). Im Rahmen der „Ujamaa“-Politik konnten unbestreitbar große soziale Erfolge errungen werden. 85% der Bevölkerung können lesen und schreiben (in Afrika sind es im Durchschnitt nur 25%). Von jedem der 8.300 Dörfer aus lassen sich Gesundheitsposten zu Fuß erreichen. 30% der Dörfer verfügen über Trinkwasserbrunnen.

Die Lebenserwartung stieg von 34 Jahren im Jahr 1961 auf 52 Jahre.³ Aber die produktiven Grundlagen dieser enormen sozialen Errungenschaften sind brüchig. Die technische Basis der Landwirtschaft

blieb weitgehend unverändert. Es gab von 1967 bis etwa 1972 im Rahmen von „ujamaa vijijini“ (Sozialismus auf dem Land), der die Gründung „sozialistischer Dörfer“ vorsah, Versuche, eine gemeinschaftliche Produktion einzuführen. Die Produktionsfragen wurden bei der Dorfplanung nur unzureichend berücksichtigt und neue Produktionstechniken bei den Ansätzen kollektiver Produktion nicht eingeführt. Die Ernteergebnisse waren entsprechend gering. Die Ansätze gemeinschaftlicher Produktion stießen außerdem auf Widerstände bei reicheren Bauern und im Staatsapparat, und insbesondere auch bei der in Tansania sehr aktiven Weltbank.

Etwa 1972 schlofen diese vorsichtigen Ansätze dann ein. „Ujamaa vijijini“ reduzierte sich in der Folge darauf, die ländliche Bevölkerung in Dörfern zusammenzuziehen und mit sozialen Einrichtungen zu versorgen.⁴

Etwa 90% des Landes wird von der Familienlandwirtschaft genutzt, der Rest entfällt auf Staats- und Privatfarmen.⁵ Bis 1974/75 lag die Priorität in der Landwirtschaftspolitik eindeutig bei den Exportprodukten, die fast alle Devisen erwirtschaften müssen. Nach der Nahrungsmittelkrise 1974/75 wurde auch der Nahrungsmittelproduktion größere Aufmerksamkeit geschenkt. Durch die



Scheidender Präsident Nyerere (l.), Nachfolger Mwinyi

staatliche Preisgestaltung wurden (und werden) beträchtliche Teile des landwirtschaftlichen Mehrprodukts abgeschöpft – mit entsprechend geringen Anreizen für eine landwirtschaftliche Überschussproduktion.

Die Arbeitsweise der Vermarktungsbehörden war ineffizient, Zahlungen erfolgten in der Vergangenheit oft nur mit Verzögerung. Aber auch mit den Verkaufserlösen können sich die Bauern in den Dörfern kaum etwas kaufen, da die Industrieproduktion und die Importmöglichkeiten völlig unzureichend sind. Konsumgüter und selbst einfachste landwirtschaftliche Produktionsmittel sind



Tansania-Daten

Territorium: 945.087 qkm (vierfache Fläche der BRD)

Bevölkerung: 20,8 Mio Einwohner (1985); ethnische Hauptgruppen: Bantus (50-60%), Massai, Suahelis und Nichtafrikaner (2%)

Hauptstadt: Dodoma (offiziell); Dar es Saalam (faktisch)

Religion: ca. 30% Moslems, ca. 20% Katholiken, 10% Protestanten; 1/3 Anhänger von Naturreligionen

Sprache: Suaheli (Amtssprache), Englisch

Währung: Tansania Schilling (T.Sh.); 1 T.Sh. = 0,173 DM (Ende Juni 1985)

Staatsordnung: Nach der Verfassung vom 25.4.1977 ist Tansania eine Präsidialrepublik mit föderativem Charakter aus den beiden Teilstaaten Tansania-Festland (früher Tanganjika) sowie Sansibar und Pemba. Sie legt ein Einparteiensystem und die führende Stellung der Partei der Revolution (CCM) fest. Präsident ist seit November 1985 Ali Hassan Mwinyi. Vorsitzender der CCM ist Julius Nyerere.

Wirtschaft und Soziales: Tansania ist ein schwach entwickeltes Agrarland. Das Bruttosozialprodukt betrug 1983 240 Dollar pro Kopf. 52% des Bruttoinlandsprodukts werden in der Landwirtschaft, 15% in der Industrie und 33% im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet (1982).

Wichtigste Exportprodukte sind Kaffee (27%), Baumwolle (8%), Sisal (6%) und Diamanten (5%). Wichtigste Handelspartner sind Großbritannien, BRD, Japan, USA. Außenverschuldung: 2,9 Mrd Dollar (1984).

Lebenserwartung: 52 Jahre (1984); Analphabetenraten: 21%; Inflationsrate: 11,5% (Durchschnitt der Jahre 1973-83)

Geschichte:

- 1503 Eroberung Sansibars und des Sultanats Kilwa durch die Portugiesen
- 1890-1918 Tanganjika ist deutsche Kolonie
- 1890 Sansibar und Pemba werden britisches Protektorat
- 1919 Tanganjika unter britischem Völkerbundsmandat
- 1946 Treuhandgebiet der UNO unter britischer Verwaltung
- 1954 Gründung der Afrikanischen Nationalunion von Tanganjika (TANU)
- 1957 Gründung der Afro-Shirazi-Partei (ASP) in Sansibar
- 1961 Politische Unabhängigkeit Tanganjikas.
J. Nyerere wird Präsident
- 1963 Sansibar wird unabhängig
- 1964 Sturz des Sultans und Ausrufung der Volksrepublik Sansibar. Vereinigung mit Tanganjika zur Vereinigten Republik Tansania
- 1977 Gründung der CCM durch Vereinigung von TANU und ASP
- 1977 Inkraftsetzung der neuen Verfassung

in den Dörfern kaum erhältlich.

Aufgrund dieser Lage haben sich die Bauern stark auf die Subsistenzproduktion zurückgezogen, was zwar ihre Ernährungslage verbessert hat,⁶ aber sich doch negativ auf den Export und die Versorgung der Städte auswirkt.

Produktionsschwierigkeiten in der Landwirtschaft und insbesondere rückläufige Preise für fast alle Exportprodukte haben die für Einfuhren benötigten Devisen reduziert. Darunter leidet besonders die Industrieproduktion, die stark importabhängig ist.

Dies hat sich auch nach der Unabhängigkeit nicht geändert, wenn auch der Staat seit den Nationalisierungen in der Zeit nach 1967 größere Einflußmöglichkeiten auf die Betriebspolitik hat.

Schwere Mängel wies die Planung auf. „...das Versäumnis des Plans, Strategien auszuarbeiten, die mit dem nationalen Ziel von Sozialismus und „self-reliance“ übereinstimmen, ... hat zusammen mit seinem vagen Hinweisen auf Finanzierungsquellen, die staatlich kontrollierten Firmen dazu gebracht, besonderes Gewicht auf Projekte ... zu legen, für die ausländische Finanzen (und dementsprechend ausländisches Management) bereitstehen.“⁷

Die Folge war, daß oftmals nicht nur Maschinen, sondern auch Vorprodukte, oft selbst dann, wenn diese in Tansania verfügbar sind, eingeführt werden müssen. Derartige Bedingungen werden oftmals von ausländischen „Partnern“ durchgesetzt.⁸

Wegen des Devisenmangels können nicht genug Vorprodukte eingeführt werden. Die unvermeidliche Konsequenz ist, daß viele Industriebetriebe nur mit 20-30% ihrer Kapazität arbeiten.⁹ Einige haben ihre Produktion ganz einstellen müssen. Die industrielle Produktion ist ständig rückläufig, 1983 ging sie um 8,8%, 1984 sogar um 13,3% zurück.¹⁰ Die unzureichende Produktion hat zur Bildung eines Schwarzmarktes geführt.

Der Weltmarkt hält Tansania in festem Würgegriff. 1984/85 betragen die Devisenerlöse 400 Mio Dollar, die Devisenausgaben für Importe von Gütern und Dienstleistungen hingegen 900 Mio, obwohl die Nahrungsmittelimporte von 327.000 t im Jahr 1983 auf 184.000 t im Jahr 1984 reduziert werden konnten.¹¹

Für ein halbwegs akzeptables Importniveau, so Finanzminister Cleopa Msuya, wären jedoch Devisenerlöse in Höhe von 1,2 Mrd US-Dollar erforderlich.¹²

Die Auslandsverschuldung ist von 1,2 Mrd Dollar (1975) auf etwa 2,9 Mrd Dollar angestiegen.¹³ Im Juni d.J. waren Auslandsschulden in Höhe von 794 Mio Dollar unbezahlt.¹⁴ Bei Geschäftsbanken ist Tansania nicht mehr kreditwürdig. Viele ausländische Regierungen ha-

ben ihre Hilfe gegenüber Tansania gekürzt (1981-84 von 750 Mio auf 460 Mio Dollar).¹⁵

Zu diesen gehört auch die bundesdeutsche Rechtsregierung. Sie stört sich am „tansanischen Sozialismus“ und der konsequenten Unterstützung des Landes für die Befreiungsbewegungen des Südlischen Afrika. 1983 wurden die „Hilfs“-leistungen auf ein Drittel zusammengestrichen, nachdem zuvor der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, öffentlich sogar die völlige Einstellung erwogen hatte.¹⁶ Dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IMF) beugt sich Tansania nicht.

Dessen Forderungen gehen der Regierung zu weit. Seitdem der IMF schon kurz nach Gewährung eines Kredits im Jahr 1980 dessen Auszahlung gestoppt hat, schleppen sich die Verhandlungen dahin.¹⁷ J. Nyerere hat sich dadurch als einer der schärfsten und glaubwürdigsten Kritiker des IMF profiliert. Er fordert u.a. kollektive Verhandlungen zwischen Schuldner und Gläubigern sowie ein Schuldenmoratorium für die ärmsten Staaten (siehe AIB 11/1985, S. 37ff.).

Widerstand gegen IMF

Trotz dieser Haltung haben die Zwangsjacke des Weltmarkts, die anhaltende Wirtschaftskrise und der Druck internationaler Finanzinstitutionen und westlicher Kapitalgeber einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß die Wirtschaftspolitik der letzten 4 Jahre unter den Zeichen von Liberalisierung und Austerität steht.

Aber auch Teile der regierenden „bürokratischen Bourgeoisie“ (Shivji)¹⁸ und das Kleinbürgertum üben Druck in Richtung auf eine stärkere Wirtschaftsliberalisierung aus. Einerseits wollen sie endlich mehr konsumieren. Andererseits ist in den letzten Jahren eine deutliche Tendenz von Angehörigen der bürokratischen Bourgeoisie zu beobachten, sich offen oder verdeckt in der „Privatwirtschaft“ zu engagieren.

Der Bericht einer Kommission zur Durchsetzung des „Leadership Codes“ (Führungskodex), der Führungspersonal in Partei und Staat privatwirtschaftliche Aktivitäten untersagt, stellte 1984 fest, daß führende Funktionäre staatlich kontrollierter Firmen Geschäfte auf Privatfirmen umleiteten, bei denen sie selbst stille Teilhaber seien.

In anderen Fällen leiteten ehemalige Politiker und Funktionäre Privatfirmen. Dabei nutzten sie ihre früheren Kontakte zu dubiosen Geschäften. Die Zahl registrierter Privatfirmen habe von 880 im Jahr 1974 auf 16.007 im Jahr 1984 zugenommen.¹⁹

Absender:



Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

**P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA**

Ein Kernstück der Liberalisierungspolitik sind die Importbegünstigungen. Wer privat, d.h. „schwarz“, über Devisen verfügt, darf jetzt importieren. So soll der Mangel an Konsumgütern gelindert werden.²⁰

Tatsächlich hat das Angebot an Konsumgütern in den Städten deutlich zugenommen — aber die Preise sind enorm hoch und die Waren so nur für Bezieher hoher Einkommen erschwinglich. Diese Maßnahmen erschweren die Preiskontrollen und in einigen Fällen bringen diese Einfuhren sogar tansanische Produzenten in Absatzschwierigkeiten.²¹

Da der Devisenmangel von der Regierung als das wirtschaftliche Problem schlechthin gesehen wird, tut sie einiges, um die Exportproduktion zu stimulieren. So dürfen Exporteure über Teile ihrer Devisen selbst verfügen, Exportindustrien haben Priorität bei der Devisenzuteilung.²² Um die Exportproduktion zu stimulieren und die Leistungsbilanz zu entlasten, wurde der tansanische Shilling mehrfach abgewertet (so 1983 um 20% und 1984 um 26%), was auch eine Verteuerung von Importwaren zur Folge hat.²³

Die Regierung bemüht sich um eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion — sowohl von Nahrungsmitteln als auch von Exportprodukten. Vom Entwicklungsbudget fließen der Landwirtschaft nicht mehr die vor wenigen Jahren noch üblichen 15%, sondern 30% (im laufenden Haushaltsjahr) zu.²⁴

Die Erzeugerpreispolitik der Regierung ist für die Bauern nicht mehr ganz so ungünstig wie in der Vergangenheit.

Austerität und Privatisierungen

Bei der Vermarktung wurden einige dringend notwendige Veränderungen vorgenommen. So werden die Produkte der Bauern jetzt wieder von Genossenschaften aufgekauft und die Vermarktungsbehörden auf das Feld der Vermarktung beschränkt.²⁵

Aber die Regierung bemüht sich auch um Privatinvestoren in der Landwirtschaft — und das schon seit 1981.²⁶ Plantagen der staatlichen Sisalbehörde werden wegen mangelnder Produktionserfolge teilweise privatisiert.²⁷

Im Rahmen der Austeritätspolitik sollen überhaupt unrentable staatlich kontrollierte Firmen geschlossen werden. Bei etwa einem Dutzend ist das auch schon geschehen.²⁸ Hingegen soll für Auslandsinvestoren größere Sicherheit geschaffen werden.

Im Rahmen der Sparpolitik werden 12.000 Staatsbedienstete entlassen, Nahrungsmittelsubventionen wurden gestrichen. Die steuerliche Belastung, vor-

allem auch von Beziehern niedriger Einkommen, steigt.²⁹

Mit all diesen Abstrichen halten die Löhne nicht Schritt. Die Lebensumstände der Lohnabhängigen sind sehr schwierig.

Wenn auch die Liberalisierungsmaßnahmen innerhalb der CCM nicht unumstritten sind, so ist doch nicht zu erwarten, daß die Regierung des neuen Präsidenten den wirtschaftspolitischen Kurs ändert. Mwinyi hatte solche Maßnahmen in Sansibar selbst initiiert.

Die Bundesregierung jedenfalls honoriert diese Politik. Sie will die „Entwicklungshilfe“ wieder erhöhen — wenn auch nicht auf den Stand der sozialliberalen Zeiten.³⁰

Anmerkungen:

- 1) Ergebnis nach: WDR 2, 11-Uhr-Nachrichten vom 30.10.1985
- 2) Vgl. Daily News (DN), Dar es Salaam, 16.8.1985
- 3) Angaben nach: DN, 31.5.1984; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 23.11.1984; blätter des iz3w, September 1985
- 4) Vgl. M. von Freyhold, Ujamaa Villages in Tanzania. Analysis of a Social Experiment, New York 1979
- 5) Vgl. New African, London, Juni 1980
- 6) Vgl. African Business (AB), London, Mai 1984
- 7) J. Loxley, Financial Planning and Control in Tanzania, in: Uchumi Editorial Board (Hg.), Towards Socialist Planning, Dar es Salaam, 1974, S.62
- 8) Vgl. New African, Juni 1980
- 9) Vgl. IHT, 23.11.1984
- 10) Angaben nach: DN, 14.6.1985
- 11) Angaben nach: DN 4. und 14.6.1985
- 12) Vgl. DN, 4.6.1985
- 13) Zahlen nach: AB, Mai 1983; Die Welt, 23.5.1985
- 14) Vgl. DN, 4.6.1985
- 15) Vgl. Handelsblatt, 22.5.1985
- 16) Vgl. R. Köbber/H. Melber, Die 'Wende' in der bundesdeutschen Afrikapolitik — Kontinuität und Neuorientierung am Beispiel des Südlichen Afrika. Hintergrundanalyse zur öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion der Grünen, „BRD und Namibia: Stand der Beziehungen und Perspektiven für die Unabhängigkeit“, Bonn 16./17.9.1985, S. 8f.; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.4.1985; Handelsblatt, 22.5.1985; epd-Entwicklungspolitik, Nr. 11/1985
- 17) Vgl. AB, Nr. 9/1981; Handelsblatt, 22.5.1985
- 18) I. Shivji, Class Struggles in Tanzania, London 1976
- 19) Daily Nation, Nairobi, 5.8.1984
- 20) Vgl. z.B. DN, 15.6.1984, 9. und 26.7.1985
- 21) Vgl. Daily Nation, 12.5. und DN, 9.7.1985
- 22) Vgl. Africa Now, Dezember 1982 und DN 14.6.1985
- 23) Vgl. DN, 15.6.1984
- 24) Vgl. cadernos do terceiro mundo, Lissabon, Mai 1985 und DN, 14.6.1985
- 25) Vgl. AB, Juli 1984 und Oktober 1985
- 26) Vgl. AB, Dezember 1981 und DN 13.8.1984
- 27) Vgl. DN, 8.5.1985
- 28) Vgl. DN, 16.6.1985 und 11.7.1985
- 29) Vgl. z.B. DN, 15., 29.6.1984, 21. und 24.7.1985
- 30) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24.9.1985

NICARAGUA

Ein Traum der unzerstörbar ist



1986

Kalender '86

Lesen und sehen sind zweierlei. Die Fotos von Cornelia Dilg, die drei Jahre lang als Fotografin Nicaragua kennen lernte, zeigen meist Menschen.

Es sind die Menschen, die ihren Gesundheitsdienst, ihre Schulen, ihren Feldzug, auch Erwachsenen Lesen und Schreiben beizubringen, verteidigen — vor allem aber ihren Boden, das Land. Sie haben all das durch ihren Befreiungskampf unter Führung der Sandinisten gegen die blutige Diktatur Somozas erobert, die das Volk 40 Jahre lang ausplünderte und unterdrückte. Wer diese Bilder sieht, wer liest, was sie aussagen, muß sich sehnlichst wünschen, an der Seite dieses Volkes zu stehen im Kampf für seine Freiheit, seine Demokratie und die sozialen Erfolge, um zu verhindern, daß all dies zerschlagen wird!

14 Seiten, DIN A 3, DM 14,80, incl. Verpackung und Versand.

Helga Ballauf (Hg.)

Wir alle sind Nicaragua

In Interviews mit den Einwohnern des Dorfes, Bauern, Millizionären, Anhängern der Volkskirche, Frauen und Jugendliche erleben wir die jüngste Geschichte Nicaraguas, die soziale und politische Wandlung nach dem Sturz des Somozaregimes, das Leben der Menschen heute, die Rolle der Frau, der Jugendlichen.

Isp-pocket - 130 Seiten - DM 11,80

Jaime Wheelock: Nicaragua — die große Herausforderung

Der hier wiedergegebene Text Jaime Wheelocks, des Ministers für Landwirtschaft und Agrarreform, hat die Form eines Interviews. In dem Marta Harnecker auch sehr unbequeme Fragen nach den Problemen und Widersprüchen der Revolution stellt. Mit seinen differenzierten Antworten vermittelt Jaime Wheelock einen tiefen Einblick in das Innenleben des heutigen Nicaragua.

2. Auflage, 120 Seiten, DM 10,80

isp-Verlag GmbH, Postfach 11 10 17, 6 Frankfurt 1

Reisebericht von Wolfgang Hühn Narben des Krieges

Dr. med. Wolfgang Hühn (Wetzlar) war während des US-Vietnamkriegs in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung aktiv. Sein Arztberuf brachte es mit sich, daß er sich auch nach der Befreiung (1975) bei der Organisation von Sachspenden, medizinischen Geräten und Medikamenten im Rahmen der „Hilfsaktion Vietnam e.V. – Hilfe für Laos und Kampuchea“ engagierte. 1980 begleitete er eine Hilfssendung nach Kampuchea und bereiste das darniederliegende Land der Khmer. Mitte d.J. nun besuchte W. Hühn, Vorstandsmitglied der Hilfsaktion, erstmals das Land Ho Chi Minhs und brachte für das AIB seine Eindrücke zu Papier.

Nachdem ich 1980 Kampuchea bereist hatte, flog ich nun, im Mai 1985, zum ersten Mal nach Vietnam.

Hanoi, Ha Dong, Haiphong und Ho-Chi-Minh-Stadt standen auf meinem Arbeitsprogramm.

Es ging darum, abgeschlossene Projekte der Hilfsaktion Vietnam e.V. (HAV) zu besuchen, aber vor allem unser neues Projekt unter Dach und Fach zu bringen: eine „Klinik für Verbrennungen-, plastische- und Unfall-Chirurgie“ mit einer Abteilung zur postoperativen Behandlung für Napalmopfer.

Meine Vorstellungen über Vietnam waren rein theoretischer Natur. Zwar glaubte ich, durch meine Erlebnisse in Kampuchea, viel Einfühlungsvermögen mitzubringen. Doch mußte ich erleben, daß die Wirklichkeit weitaus mehr verlangt. Wie soll man z.B. reagieren, wenn in einem Land, das gerade den ärgsten Hunger besiegt hat, frischgeschnittene Reisbündel auf die Landstraßen gelegt und von LKWs überfahren werden? Ich über-

Unter dem Hakenpflug gefundener Blindgänger – noch immer Alltag in Vietnam



wand mich und fragte.

Die Antworten waren zumeist verblüffend einfach: Die Reisbündel z.B. sollen überfahren werden, damit auch noch das letzte Korn herausfällt, das benötigt wird als Hühner- und Entenfutter.

Ein zweites Beispiel: Die Katze, die mir im Intensivpflegetrakt – dem hygienischen Heiligtum aller Mediziner – einer Großklinik freundlich schnurrend entgegenkam, so, als gehörte sie hierher. Sie war keine hygienische Sauerei, sondern gehörte tatsächlich dorthin – als „Chefhygienikerin“: „Ohne die Katze werden wir der Ratten nicht Herr.“ So einfach ist das und Mietze wurde für mich zum Symboltier dafür, daß in Vietnam alles anders ist, daß Nachfragen nottut, wenn man begreifen will.

Landeanflug in Hanoi. Grüne Reisfelder mit hunderten kleiner Tümpel, alle kreisrund und malerisch anzusehen – Bombenkrater. Noch immer stoßen Bauern mit dem Hakenpflug auf Blindgänger, die explodieren, zerschneiden Mensch und Zuchtier sich an verrosteten Bombensplittern die Füße. Oft sind Amputationen, fast immer schwer heilende Wunden die Folge – der Krieg lebt noch.

Das Klima erschlägt uns fast; 100% Luftfeuchtigkeit, 40° im Schatten. Beim Verlassen des Flugzeuges beginnt der Schweiß in Bächen zu fließen. Nach 2 Tagen beginnt der Dauerdurchfall – 5 kg Gewichtsverlust in 2 Wochen sind die Folge.

Die Begrüßung am Flughafen ist herzlich. Zwar sind wir Fremde, aber doch auch Freunde, da Vertreter einer Organisation, die seit 20 Jahren zuverlässige Hilfe leistet – für 85 Mio DM Hilfe ist inzwischen von der HAV nach Vietnam gebracht worden.

Um 4.00 Uhr früh kräht im Hotelhof der Hahn. Auch hier wird jede Möglichkeit genutzt, zusätzlich ein Huhn oder ein Schwein großzuziehen, denn die qualitative Zusammensetzung der Nahrung ist noch schlecht.

Der ärgste Hunger ist besiegt, aber die einseitige Ernährung – der Mangel an Eiweiß und Vitaminen – macht noch große Probleme. Und seit Ende des Krieges hat die Bevölkerung um rund 10 Mio zugenommen.

Die Nähfadelfabrik in Ha Dong ist unser erstes großes Besuchsziel.

Jahrelang haben tausende Spender ihren Beitrag geleistet, um die 4,5 Mio DM aufzubringen, die die Maschinen der Nähfadelfabrik gekostet haben – um die erste Nähfadelfabrik in ganz Indochina zu ermöglichen.

Im Oktober 1983 wurde sie eröffnet und bis Oktober 1984 von zwei japanischen Ausbildern betreut und geleitet. Die Hoffnung, bereits im ersten Jahr 20 Mio Nadeln herstellen zu können, ließ sich nicht erfüllen.

Der häufige Stromausfall, die komplizierte neue Technologie und die erhebliche Korrosion durch die hohe Luftfeuchtigkeit waren die Gründe dafür. Und diese machten es gleichzeitig notwendig, zuerst die Nadelqualität zu sichern, um dann erst die Menge zu steigern. 14 Mio Nadeln im ersten Jahr wurden produziert – beachtlich, wenn man die Probleme vor Ort erlebt.

Überall in Vietnam fehlt es an Energie und überall leidet die Produktion darunter. Man hofft, das Problem mit neuen Wasserkraftwerken zu lösen, die 1986 in Betrieb genommen werden sollen. „Vietnam hat entweder zu viel oder zu wenig Wasser“, wird uns erklärt. Das ist schlimm – aber was hat das mit Nähfadeln zu tun?

Härtung auch bei Stromausfall

Die Antwort ist wie bei meiner Symbolkatze wieder einmal ganz einfach und eindeutig: Die Reisfelder sichern die Ernährung. Sie müssen in der Trockenheit bewässert, nach Unwettern leergespült werden. Und wird der Strom in der Landwirtschaft gebraucht, dann stehen überall im Land Fabriken vorübergehend still, auch wenn sie zu anderen Zeiten Priorität in der Stromversorgung haben – wie die Nähfadelfabrik Ha Dong. Nadeln machen nicht satt.

Trotz aller eigenen Schwierigkeiten – 2 Mio Nähfadeln wurden nach Kampuchea gegeben. Die Menschen dort werden nicht vergessen.

Ein Teil des Stromproblems konnte durch die Anschaffung eines Notstromaggregats gelöst werden.

Bei jedem Stromausfall waren die Nadeln, die sich in der Härtung und in der Galvanisierung befanden, nur noch Ausschub. Jetzt kann Härtung und Galvanik auch bei Stromausfall zu Ende geführt werden. Nicht zuletzt dadurch ist es gelungen, den Anfall an Ausschub be-

trächtlich zu senken.

Bei der Betriebsbesichtigung haben wir die Probleme deutlich vor Augen: Hohe Luftfeuchtigkeit und Hitze, mehrfach bricht das Stromnetz zusammen. Aber die Arbeiter sind offensichtlich daran gewöhnt. Sobald das Licht wieder angeht, nimmt jeder Arbeiter sofort seine Tätigkeit wieder auf.

Das Ausbildungsniveau ist hoch: Alle haben 12 Jahre Schulausbildung, zusätzlich 3 Jahre Fachausbildung und davon 1,5 Jahre in der Produktion. Ein Engpaß ist die Verpackung der Nadeln. Sie werden an einem großen Tisch von Hand in die Päckchen gezählt und verpackt – ein arbeitsintensiver Vorgang. Aber Verpackungsmaschinen wären derzeit absolut Unsinn und nicht effektiv. Die Geräte sind teuer und erst sinnvoll, wenn eine Jahresproduktion von wenigstens 100 Mio Nähnadeln erreicht wird. Gegenwärtig braucht Vietnam andere Dinge wahrlich dringender.

Auch die Wiederaufarbeitung der Spezialöle, die während der Produktion benutzt werden, käme viel zu teuer. Zur Zeit laufen Bemühungen, demnächst die teuren Importöle durch einheimische Pflanzenöle zu ersetzen, um die raren Devisen einzusparen.

Kinderklinik in Haiphong

Alles in allem erlebten wir eine gut geführte Fabrik, einen Betrieb, der trotz aller Schwierigkeiten zielstrebig gute Nähnadeln herstellt und seine Produktion von Jahr zu Jahr kontinuierlich erhöht. 20 Mio Nadeln sind für dieses Jahr geplant und in 5 Jahren will man die mögliche Produktionsmenge von 100 Mio Nadeln erreichen.

Der Abschied von Ha Dong ist herzlich. Ein solcher gemeinsamer Arbeitstag läßt sehr schnell persönliche Freundschaften entstehen. Und ich habe die beruhigende Gewißheit, daß die 4,5 Mio DM Spendengelder gut und effektiv verwendet wurden.

Haiphong, diese Stadt wird niemand vergessen, der zur Vietnam-Bewegung gehört hat. Schwere Bombardements durch die US-Luftwaffe legten im Oktober und November 1972 diese Stadt in Schutt und Asche.

Die Luftpiraten verloren dabei eine große Zahl der eingesetzten B-52-Bomber, ihrer angeblich unangreifbaren fliegenden Festung. Mit Sam-2-Raketen sowjetischer Bauart wurden sie vom Himmel geholt und damit die strategische Luftflotte der USA so empfindlich dezimiert, daß Präsident Nixon das strategische Gleichgewicht gegenüber der Sowjetunion gefährdet sah.

Der Plan, Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben, war endgültig geschei-



Nähnadelfabrik von Ha Dong

tert, die Pariser Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in Vietnam kamen (im März 1973; d. Red.) zum Abschluß. Heute ist die Stadt zum großen Teil wieder aufgebaut, und hier steht ein weiteres Projekt der HAV – die Kinderklinik Haiphong. Gemeinsam mit Caritas und Diakonischem Werk wurde dieses Projekt verwirklicht und bereits 1977 fertiggestellt.

Voller Stolz zeigt man uns als erstes die Verleihungsurkunde eines hohen vietnamesischen Ordens, mit dem die Klinik und das Kollektiv der Ärzte und Schwestern vom Staatsrat für ihre hervorragenden Leistungen ausgezeichnet wurden. Die Kinderklinik Haiphong ist mit ihren 300 Betten für die Stadt mit ihren 1,2 Mio Einwohnern und das gesamte Umfeld Haiphongs sowohl stationär als auch ambulant bei schweren Fällen zuständig.

Sanitätsnetz bis ins letzte Dorf

71.165 Kinder wurden bisher stationär behandelt, 25.910 Operationen und 453.051 ambulante Behandlungen durchgeführt. Seit 1984 wird hier auch im Bereich der Unfallchirurgie gearbeitet.

Das Kinderkrankenhaus ist der Universität Hanoi angeschlossen. Es wird biochemische Forschung betrieben, einige Medikamente werden aus einheimischen Pflanzen und Kräutern hergestellt. Die Arbeitsbedingungen, unter denen man diese Leistungen zum Wohle der Kinder erreichte, sind hart. 30 Röntgenplatten für Thoraxaufnahmen stehen dem Leiter der radiologischen Abteilung pro Monat zur Verfügung – bei uns der Verbrauch eines halben Vormittags. Oft fehlen Ersatzteile, Medikamente sind knapp, die Wäsche wird durch die hohe Luftfeuchtigkeit im Nu stockig und zerfällt.

Das gut ausgebaute Gesundheitsnetz Vietnams reicht inzwischen bis ins letzte Dorf, zumindest mit provisorischen Sanitätsstationen.

Die Stationen müssen aber auch ausgestattet, mit den notwendigsten medizinischen Dingen, mit Verbrauchs- und Verschleißmaterial versorgt werden. Der Bedarf ist groß und es fehlt an allem. Wie groß der Mangel auch im medizinischen Bereich ist, wird uns zum Abschluß noch einmal erschreckend deutlich: Von den drei zur Eröffnung 1977 gelieferten Krankenwagen ist nur noch einer funktionsfähig, und der besteht im wesentlichen aus Rost. Daß er nach 8 Jahren Einsatz in diesem Klima überhaupt noch funktioniert, ist mehr als erstaunlich.

Ho-Chi-Minh-Stadt ist die letzte Station unserer Arbeitsreise. Schon bei unseren Vorgesprächen im Gesundheitsministerium in Hanoi haben wir gehört, daß man sich im Cho-Ray-Hospital optimal auf unseren Besuch vorbereitet hat.

In diesem 1000-Betten-Krankenhaus, mitten im Chinesenviertel Cholon gelegen, soll unser neues Projekt eingerichtet werden.

Das Mädchen Kim Phuc hatte humanitäre Organisationen in der BRD um eine solche Klinik gebeten. Der Name Kim Phuc sagt vielleicht vielen Menschen nichts – ihr Foto als Zwölfjährige kennen Mio in aller Welt.

Zehntausende leiden wie Kim Phuc

1972 wurde dieses Foto aufgenommen, als das Kind Kim Phuc, von Napalm verbrannt, schreiend vor Schmerz und Entsetzen über eine Dorfstraße rannte.

Heute ist Kim Phucs Rücken eine einzige Narbenplatte. Zur Operation der schlimmsten Narbenstränge am Kopf und ihrem linken Arm war sie 1984 in der BG-Unfallklinik Oggersheim, wo Herr Prof. Zellner ihr durch mehrere Operationen helfen konnte.

Hauptzweck unserer Reise ist es, dafür zu sorgen, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, um zehntausenden Napalmverbrannten in Vietnam zu helfen, gleichzeitig aber auch den Vietnamesen, die durch explodierende Blind-



hat nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch viele gewohnte und neue Seiten.

Alternative Bekanntmachungen

Das sind Mitteilungen außerschulischer Initiativen im Bildungsbereich wie Theatergruppen, Hexenschulen oder Bildungsläden.

Autoren ins Klassenzimmer

In jedem Heft stellen sich ein oder zwei Autorinnen und Autoren vor, die in der Schule gern etwas vorlesen würden.

päd.extra's Preisrätsel

Unsere Hausaufgabe zwischen vielen Kreidestrichen. So nennen wir auf zwei Seiten unseren bildungspolitischen Monatsspiegel.

Praxismarkt

Leser und Leserinnen schreiben, welche Unterrichtsideen sie verwirklicht haben. Keine Unterrichtseinheiten, sondern vier Seiten zum Raustrennen und Abheften.

Markt

Vier, fünf, sechs Seiten prallvoll mit Terminen, Angeboten und Gesuchen. Hinten im Heft, wo viele zu lesen beginnen.

Außerdem in jedem Heft:

Kommentare, Berichte und Hintergründiges zu Freinet, Computern, Öko-Pädagogik, Legasthenie, Gewalt in der Schule und, und, und...

Probeheft gefällig zum Neu- oder Wiederentdecken?

päd.extra, Rotlintstr. 45 H, 6000 Frankfurt/Main 1,

gänger, bei Arbeitsunfällen, durch verpuffendes Kerosin aus den offenen Kochstellen Verbrennungen davon tragen.

Eine spezielle Einrichtung für die operative und intensivmedizinische Versorgung von Brandverletzten ist daher dringend notwendig. Die BG-Unfallklinik in Oggersheim hat sich bereiterklärt, das medizinische Know-how zu vermitteln: Zwei Ärzte und eine Krankenschwester aus Vietnam werden dort eine entsprechende Ausbildung erhalten.

Herr Prof. Trin Kim Ahn, der Chef der Cho-Ray-Klinik, ist ein zielstrebig und dynamisch arbeitender Mann. Die Projektgespräche sind offen und ehrlich, teilweise hart in der Sache, nämlich immer dann, wenn ich wieder einmal Notwendigkeiten nicht sofort begreife und Widerspruch anmelde, der an den Realitäten Vietnams vorbeigeht. Im Cho-Ray-Krankenhaus treffen wir auch Kim Phuc, die sich unbeschreiblich freut zu hören, daß ihr Appell so schnell Positives bewirkte.

In mehrtägiger harter Arbeit nimmt unser Projekt Gestalt an. Im 10. Stockwerk der Klinik soll die plastisch-chirurgische Station eingerichtet werden. Hier soll die Nachsorgebehandlung durchgeführt, z.B. die Bewegung der Glieder hemmenden Narbenstränge verlängert, schwere Entstellungen korrigiert, chronische Wundheilungsstörungen durch Hauttransplantationen gedeckt werden.

Um die notwendigen hohen hygienischen Voraussetzungen zu schaffen, wird jedes Zimmer eine Naßzelle bekommen, d.h. Waschbecken, Dusche und WC. Für die Operationen steht ein Saal im zentralen OP-Trakt zur Verfügung, der allerdings komplett neu eingerichtet werden muß.

Komplizierter wird es schon mit der Planung der Intensivstation für Akutverbrannte. Wir erarbeiten zunächst ein grobes Raumaufteilungsschema, um dann gemeinsam mit Herrn Buchholz von der Krankenhauseinrichtungsfirma Schmidt & Co in Hongkong, der extra angereist ist, eine vorläufige Equipmentliste zu erstellen.

Napalmopfer Kim Phuc bei Prof. Zellner (l.)



Schließlich müssen wir ja wissen, wieviel das ganze Projekt kosten wird. Gute 1,5 Mio DM kommen am Ende heraus. Wir freuen uns, daß inzwischen „Misereor“ und „Brot für die Welt“ ihre Beteiligung an dem Projekt zugesagt haben.

Die genaue architektonische Planung wird in der Bundesrepublik erarbeitet. Und wir hoffen, daß zumindest mit dem Aufbau der plastisch-chirurgischen Abteilung im Frühjahr 1986 begonnen werden kann.

Und dann, kurz vor unserem Rückflug nach Hanoi, werden wir mit einer speziellen Art von Kriegsfolgen konfrontiert, die nichts Vergleichbares kennt. In der von Frau Dr. med. Phuong geleiteten Frauenklinik in Ho-Chi-Minh-Stadt treffen wir Viet und Duc – zwei fünfjährige Jungen. Einer von ihnen hat einen schweren Herzfehler und wird mit ca. 14 Jahren sterben.

Keine Chance für Viet und Duc

Sein Zwillingbruder muß dann auch sterben, denn beide haben einen gemeinsamen Unterleib, einen gemeinsamen Penis und jeder hat ein Bein. Ihr Blutkreislauf ist verbunden, eine operative Trennung unmöglich. Ihre Eltern waren mit Agent Orange in Berührung gekommen (zur chemischen Kriegführung der USA und ihren Folgen siehe AIB 11-12/1983, S. 24 ff.; d. Red.). 6,49% der lebendgeborenen Kinder von Eltern, die mit Agent Orange in Berührung kamen, sind Mißgeburten. Bei 40% der Schwangerschaften kommt es zur Fehlgeburt, weil die Leibesfrucht so geschädigt ist, daß sie im Mutterleib abstirbt.

Diese Folgen sind genetisch fixiert, werden, wie man befürchtet, vererbt. Das Ausmaß dieses Verbrechens des US-Imperialismus ist in seinen Konsequenzen noch gar nicht abzuschätzen.

So ist der Heimflug überschattet von Viet und Duc, von Erinnerungen an Bombenkrater, an die Leiden von Kim Phuc und die der vielen anderen Napalmopfer. Die Waffen schweigen seit 10 Jahren, doch die Folgen des Krieges in Vietnam werden in einem weiteren Jahrzehnt noch nicht überwunden sein.

Darum darf Vietnam nicht vergessen werden. Und vergessen werden darf auch nicht die Symbolwirkung des vietnamesischen Widerstands, seine Vorbildrolle im ant imperialistischen Befreiungskampf, die die Völker der sog. Dritten Welt noch heute inspiriert. Der Appell „Helft Vietnam!“ hat daher heute noch seine Berechtigung – Vietnam braucht unsere Hilfe.

Spendenkonto: Hilfsaktion Vietnam e.V., Düsseldorf, Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 300 101 11) Konto 1016250300, Postgiroamt Essen 900 40-430, Stichwort: Klinik für die Napalm-Opfer

Dieter Falk Hungern für Sultan Özals Größe

„Die Türkei wird eines Tages zu den mächtigsten Staaten Europas zählen“, ließ Ministerpräsident Turgut Özal Anfang August 1985 verlauten. Bei anderen Gelegenheiten hatte er für diesen paradiesischen Zustand auch schon einen Zeitpunkt angegeben: im Laufe der nächsten 10 Jahre.

Knapp 5 Jahre nach dem faschistischen Militärputsch vom 12.9.1980 schien ein solcher Sirenenangst umso notwendiger zu sein, als die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der Türkei von den angeblichen Erfolgen der durch den Putsch ermöglichten monetaristischen Wirtschaftspolitik immer noch nichts spürt.

Selbst der frühere konservative Ministerpräsident Süleyman Demirel, der mit Özal als Wirtschaftsminister am 24.1.1980 mit Ermunterung des Internationalen Währungsfonds (IMF) eben die Beschlüsse gefaßt hatte, die die Grundlage auch der heutigen Wirtschaftspolitik bilden und die nur politisch bis zum Putsch nicht durchgesetzt werden konnten, äußerte sich kürzlich kritisch: „Man wird bei einer Inflationsrate von 40% nicht behaupten können, daß die türkische Wirtschaft auf dem richtigen Weg ist... Während der letzten 5 Jahre wurde kein neuer Schritt in Richtung auf eine Industrialisierung getan. Die Türkei kann sich der Wachstumsraten ihres Exportes rühmen, aber sie gehört zu den 10 Ländern auf der Erde, die die schlechteste Verteilung des Nationalinkommens haben.“

Wirtschaft im Defizit

Zwar ist die Steigerung der Exporte von 2,261 Mrd US-Dollar 1979 auf 7,1 Mrd Dollar 1984 eindrucksvoll. Diese Exportsteigerung ist jedoch im wesentlichen nicht die Folge einer bedeutenden Erweiterung der gesamten Produktivkräfte des Landes. Sie geht vielmehr einestheils zurück auf eine verstärkte Auslastung bereits vorhandener Produktionskapazitäten, und andernteils auf eine – durch staatliche Kreditvergabe gezielt vorangetriebene – Umorientierung der Wirtschaft vom Binnen- auf den Exportmarkt.¹ Abgesehen von den negativen Folgen



Washington-Besucher Özal

dieser Politik für den Lebensstandard weitester Teile der Bevölkerung des Landes und für die Interessen breiter Sektoren der türkischen Bourgeoisie sind jedoch inzwischen auch im Rahmen dieser Strategie erste Probleme deutlich geworden. So hat der Export, der immer noch – wenn auch mit abnehmender Tendenz – an erster Stelle in die BRD und dann, mit deutlich wachsender Tendenz, in den Iran und den Irak geht², in den ersten 4 Monaten nach unterschiedlichen Angaben um 4,7%³ bzw. gar um 15%⁴ gegenüber dem gleichen Zeitraum 1984 abgenommen. Zu den Gründen dafür gehört die mit dem Verfall des Erdölpreises einhergehende schlechtere Finanzlage der Importländer (Ölstaaten des Nahen Ostens!) und auch die prekäre Finanzdecke der türkischen Firmen, die für Bankkredite an die 80% Zinsen und Steuern aufbringen müssen.⁵

Ein nicht minder großes Problem stellt das Handels- und das Zahlungsbilanzdefizit dar. 1984 betrug das Handelsbilanzdefizit ca. 3 Mrd Dollar und das Zahlungsbilanzdefizit 1,4 Mrd Dollar. Die Financial Times stellte am 20.5.1985 fest, die meisten Beobachter rechneten nicht damit, daß die Türkei im Laufe der nächsten 10 Jahre eine positive Handelsbilanz erreichen könne. Darüber hinaus hat sich die Türkei mit insgesamt 19,93 Mrd Dollar öffentlichen und privaten Auslandsschulden (ohne IMF-Kredite!) hinter Ägypten an zweiter Stelle der nah-östlichen Schuldner-

länder eingeordnet.⁶

Die Gesamtauslandsschulden, die 1977 bei 12 Mrd Dollar lagen, werden bis Ende 1985 vermutlich 32 Mrd Dollar betragen, von denen in diesem Jahr 3,3 Mrd abzuzahlen sind.⁷ Den von der Weltbank herausgegebenen jüngsten World Debt Tables zufolge beliefen sich die Rückzahlungen für 1984 auf 2,7 Mrd Dollar – davon 1,6 Mrd Dollar Zinsen – und machen damit rund 1/3 des Exporterlöses aus. Um diese Zahlung leisten zu können, muß das Land weitere 1,4 Mrd Dollar aufnehmen.⁸ Laut dem Weltbankbericht, der die notwendigen neuen Schulden nicht berücksichtigt, wird die Türkei noch 1991 2,3 Mrd an Tilgung zu leisten haben.

Die Financial Times vom 20.5.1985 schreibt denn auch: „Die nächsten paar Jahre werden deshalb ein wirklicher Test für die türkische Wirtschaft und für Herrn Özals Stand im Land sein. Nur die Aufrechterhaltung der stringenten Wirtschafts- und Finanzpolitik des Ministerpräsidenten wird es der Türkei ermöglichen, ihre Schulden zurückzuzahlen und das internationale Vertrauen zu bewahren. Die unbekannteste Größe ist die, ob er die daraus resultierende politische Inpopularität überleben kann.“

Unpopuläre Schuldentilgung

Abgesehen davon, daß es überhaupt fraglich ist, ob Özals Politik nicht strukturell Schiffbruch erleiden muß, ist schon jetzt eine allenthalben wachsende Inpopularität nicht zu übersehen. Das bleibt nicht aus angesichts der unmittelbaren Auswirkungen seiner Politik auf die Lebenssituation des Volkes. In den vergangenen 5 Jahren hat es einen Kaufkraftverlust von 50% erlitten, so daß heute das Prokopfeinkommen auf dem Niveau von 1978 liegt. Von der Arbeitslosigkeit sind real rund 10 Mio Menschen (offiziell 5 Mio) betroffen.

Die 34%, die außerhalb der Landwirtschaft arbeitslos sind, sind gleichzeitig die Hauptopfer einer Inflation von offiziell 35%, eine Rate, die – so der Journalist Baha Güngör – „auf die Hausfrauen wie ein Märchen aus 1001 Nacht wirkt“.⁹ So wundert es nicht, wenn die Warnung vor Epidemien als Folge um-

sichgreifender Mangelernährung, die im vergangenen Jahr sogar ein Minister ausgesprochen hatte¹⁰, z.T. schon von der Realität überholt ist.

Aus dem Urlaub zurückgekehrte Türken berichten in der Tat schon über erste Hungertote, und zwar nicht irgendwo in der grauen Steppe des anatolischen Hochlandes, sondern im kleinbürgerlichen Schwarzmeergebiet.

Opponenten werden kühner

Diese Lage fordert naturgemäß politische Antworten auf der einen und der anderen Seite heraus.

Zu den Unterstützern der Wirtschaftspolitik des Regimes gehören die wichtigsten Konzerne des türkischen Monopolkapitals, die obere Hierarchie des Militärs, die über den OYAK-Konzern ein fester Bestandteil dieser Gruppe ist, und die mit ihnen verbundenen ausländischen Konzerne und Banken. Die Profitraten der mit den größten Konzernen (Erdöl AG, Koc Holding, Sabanci Holding, ENKA usw.) engstens verbundenen Banken haben sich 1984 um das Fünffache erhöht.¹¹

Andererseits gibt es eine unübersehbare Opposition der Teile der türkischen Bourgeoisie, die sich zwar mit der faschistischen Junta im Hinblick auf die terroristische Zerschlagung der Arbeiterbewegung einig waren, die aber die Zwangsaustrocknung des inneren Marktes nicht durch den Aufbau entsprechender Exportkapazitäten ausgleichen konnten, weshalb deren Firmen in den vergangenen 5 Jahren zu Hunderten bankrott gingen. So hatte schon im August 1984 der damalige Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer, Mehmet Yazar, ein 13-Punkte-Programm vorgelegt, das der Regierungspolitik völlig entgegensteht. Im gleichen Sinn hat auch die Vereinigung der türkischen Geschäftsleute (TUSIAD) Position bezogen.

Der monolithische Charakter des faschistischen Regimes ist gleichzeitig auch im politischen Bereich seit Verabschiedung der Verfassung im November 1982 einnehmend – wenn auch keineswegs gradlinig verlaufend – Auflösungsprozeß unterworfen.¹² Nachdem die bürgerliche Presse schon seit längerem zunehmend mutiger geworden ist, geht die Formierung der bürgerlichen Opposition immer rascher und offener voran.

Sie respektiert immer weniger den von der Junta ursprünglich gesetzten engen Rahmen. Bürgerliche Politiker wie der erwähnte Demirel, die offiziell unter das politische Betätigungsverbot für Politiker der Zeit vor dem Putsch fallen, äußern sich fast wöchentlich in großen türkischen Zeitungen zu politischen Fragen. Für einen anderen Politiker, den

ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, betreibt dessen Frau seit längerem die Gründung einer Partei der Demokratischen Linken (DSP).

Weder die Partei des Rechten Weges (DYP), die faktisch die Partei Demirels ist, noch die DSP gehören zu den Parteien, die an den Parlamentswahlen vom 6.11.1983 teilnehmen durften. Zu diesen gehört jedoch die von der Junta als „linkes“ Aushängeschild gegründete Populistische Partei (HP). Auf ihrem jüngsten Kongreß Ende Juni d.J. wurde ihr Vorsitzender Calp von einem alten Gefolgsmann Ecevits, Aydin Güven Gürkan, abgelöst.

Anfang August d.J. wurde zwischen der HP und der Sozialdemokratischen Partei (SODEP) Erdal İnönüs, die zwar ebenfalls nicht an den Parlamentswahlen teilnehmen dürfen, die aber bei den Kommunalwahlen vom 25.3.1984 mit 22,93% hinter der regierenden Mutterlandspartei (AnaP) und weit vor der HP (8,69%) die meisten Stimmen erhalten hatte, eine Vereinigung zur Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) beschlossen.



Polizei beim „Abräumen“ einer Protestkundgebung in Istanbul

Daß die DSP bislang keine Begeisterung für eine Teilnahme an diesem Bündnis geäußert hat, liegt wohl weniger an ideologischen Differenzen, da alle drei Gruppen authentischer Ausdruck der Interessen der liberalen Bourgeoisie sind, als vielmehr an persönlichem Konkurrenzdenken.

Der Linksruck der HP und die Vereinigung des überwältigenden Teils der bürgerlich-liberalen Strömung bedeutet auf jeden Fall eine Stärkung des oppositionellen bürgerlichen Lagers, das damit wieder einmal den Kräften links von ihm zuvorkommt. Letzten Umfragen zufolge könnte die vereinigte sozialdemokratische Strömung heute bei Wahlen rund 38% der Stimmen gegenüber 35% für die regierende AnaP auf sich vereinigen.¹³

Nachdem bereits der ursprünglich fast gelbe Gewerkschaftsverband Türk İş im Juni 1984 eine Protestkundgebung gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung organisiert hatte, an der sich über 10.000 Arbeiter beteiligten, hat die SODEP genau 1 Jahr später in Istanbul eine legale Massenkundgebung durchgeführt, an der über 40.000 Menschen teilnahmen.

Unter ihnen war auch eine nicht unerhebliche Zahl von Linken, die offene Parolen wie „Nieder mit der faschistischen Diktatur“, „Generalamnestie“, „Schluß mit der nationalen Unterdrückung“ und „Arbeiter vereinigt euch“ riefen.¹⁴ Die Polizei nahm daraufhin 43 Demonstranten fest.

Die Linke formiert sich

Die oppositionelle Strömung hat unterdessen auch in Türk İş eine beachtliche Stärke erreicht.

Sie ist derart, daß die Gewerkschaftsführung beim Treffen des erweiterten Generalrates dieses Gewerkschaftsbundes in Samsun am 1. und 2. August 1985 genötigt war, harte Worte gegen das Regime, mit dem sie zwischen 1980 und 1983 gut kollaboriert hatte, zu gebrauchen und verstärkte Protestaktionen ab November 1985 anzukündigen. Dabei geht es nicht nur um rein ökonomische Forderungen, sondern vor allem auch um Forderungen nach Beachtung und Ausbau gewerkschaftlicher Rechte.¹⁵

Für ein darüber hinaus reichendes offenes Auftreten der linken bzw. revolutionären Bewegung bleibt der Spielraum jedoch denkbar gering, solange das Regime die Unterdrückungspraktiken und Illegalisierung gegenüber diesen Kräften aufrechterhält.

Anlässlich der Kommunalwahlen vom 25. März 1984 und zum 1. Mai 1984 führten fünf Linksparteien die Arbeiterpartei (TIP), die Kommunistische Partei der Arbeit (TKEP), die Kommunistische Partei (TKP), die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan (TKSP) und die Sozialistische Arbeiterpartei (TSIP), gemeinsame Aktionen durch. Gemeinsam mit der Avantgardistischen Arbeiterpartei Kurdistan (PPKK) initiierten die fünf Linksparteien ferner eine Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen.

Am 10. Dezember 1984 hatten sich die sechs Parteien zum Bündnis Linke Einheit der Türkei und Türkisch-Kurdistan (Sol Birlik) zusammengeschlossen mit dem Ziel, über die Linke hinaus die breitesten antifaschistischen Kräfte in einer Front zusammenzufassen. Nur so und über die Herstellung der Aktionseinheit sei „der Sturz der faschistischen Diktatur“ machbar (Gründungsdokumente siehe in: AIB 4/1985, S. 43-45). Daß die

PPKK ihre Mitgliedschaft in Sol Birlik inzwischen jedoch eingefroren hat, beeinträchtigt allerdings ihre Aktions- und Einflußfähigkeit, vor allem im kurdischen Landesteil.

Auf die Kurdenregion beschränkt ist bislang der bewaffnete Widerstand. Er wird von der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) getragen. Die PKK eröffnete im August 1984 ihre Guerillaaktivitäten und brachte es innerhalb eines Jahres auf über 100 Operationen.¹⁶ Diese Aktionen werden jedoch von fast der gesamten Linken abgelehnt, u.a. mit dem Argument, sie seien zuwenig mit dem politischen Kampf verknüpft und nicht ausreichend auf eine breite Massenmobilisierung ausgerichtet.

Das Regime versucht allerdings angesichts dieser Entwicklung, seiner drohenden Auflösung entgegenzuwirken.

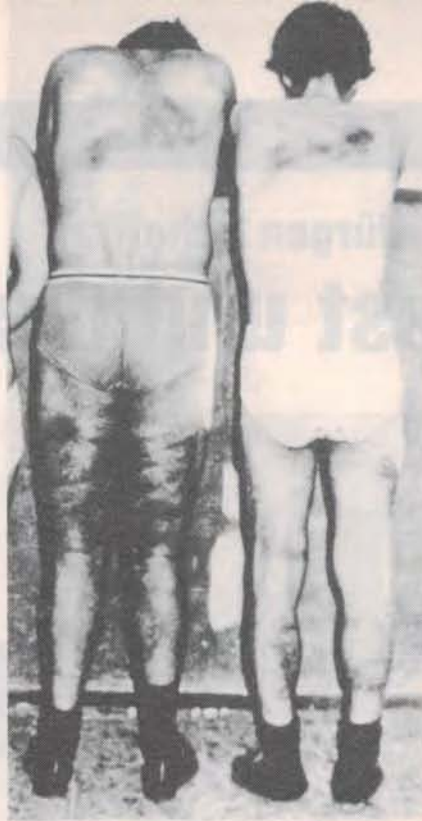
Zu den Maßnahmen, mit deren Hilfe es die Lage unter Kontrolle halten will, gehört die fortgesetzte Verhaftung von Oppositionellen, allein 747 Linke in der Zeit vom 19.3. bis 4.6.1985, die ungebrochene Fortsetzung der schon vor dem Putsch im Land endemischen Praktiken der Folter und allgemein des Versuchs der physischen und psychischen Vernichtung der kämpferischen politischen Gefangenen sowie die Verhängung und Durchführung weiterer Todesurteile.

Todesurteile und „Reuegesetz“

Seit dem Putsch wurden 50 von 578 zum Tode Verurteilte — fast alles linke politische Gefangene — offiziell hingerichtet. Weiteren 6.250 Gefangenen droht noch die Todesstrafe. Über 400 Militante wurden insgeheim von den „Sicherheitsorganen“ ermordet. In den kurdischen Gebieten setzt das Regime bei der Bekämpfung der Guerilla Panzer und schwere Waffen ein und läßt Sondereinheiten Massenverhaftungen und Morde an der Zivilbevölkerung durchführen, so z.B. im Juni d.J. in Çiçeklik und in Perçek bei Tunceli.¹⁷ Alle nichtbürgerlichen linken Parteien sind nach wie vor verboten.

Das im Juni d.J. gegen starken parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand verabschiedete Polizeigesetz gibt der Polizei in den Provinzen, in denen das Kriegsrecht aufgehoben wurde und wird, freie Hand, sich jederzeit in alles, einschließlich des Privatlebens der Bürger, einzumischen. Mit dem ebenfalls verabschiedeten „Reuegesetz“, das Veräthern Straffreiheit gewährt, sollen die revolutionären Organisationen von innen her zerschlagen werden.

Seit einiger Zeit legt laut Miliyet der türkische Geheimdienst MIT Sicherheitskarteien über ausnahmslos alle im öffent-



In Iskenderum gefolterte Gewerkschafter

lichen Dienst Beschäftigte an, vom Teejungen bis zum Universitätsprofessor. Gleichzeitig hat die Jandarma entsprechende Gesinnungsfragebögen in 35.268 Dörfern ausgegeben, und das möglicherweise ohne Wissen des Innenministers. Während die Repression gegen die revolutionäre Linke, gegen Funktionäre des verbotenen revolutionären Gewerkschaftsverbandes DISK und teilweise sogar gegen bürgerliche Friedenskämpfer weitergeführt wird, reaktiviert man gleichzeitig für alle zukünftigen Eventualitäten den zivilen Faschismus in Gestalt der MHP. Am 9.4.1985 setzte das Militärgericht den „Führer“ der Partei der Nationalen Aktion (MHP), Arpaslan Türkeş — ihm drohte wegen seiner Verantwortung für mindestens 600 Verbrechen, darunter einer großen Anzahl von Morden die Todesstrafe —, vorläufig auf freien Fuß.

Abgesehen davon, daß die regierende AnaP bereits ein Sammelbecken ehemaliger Mitglieder der MHP oder der reaktionären klerikalen Nationalen Heilspartei (MSP) ist, wurden unterdessen MHPler auch zunehmend in hohe Ämter, wie etwa ins Gesundheitsministerium, ins Erziehungsministerium oder ins Türkische Radio und ins Fernsehen (TRT) gehievt. Auch der faschistische Gewerkschaftsverband MISK wurde wieder zugelassen.

Diese innenpolitischen „Sicherheitsmaßnahmen“ werden außenpolitisch durch eine verstärkte Kooperation mit der NATO, vor allem den USA, gegen das sozialistische Lager, gegen die nationale Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes innerhalb und außerhalb der Türkei und vor allem auch im Zusam-

menhang mit der US-amerikanischen Schnellen Eingreiftruppe,¹⁸ durch chauvinistische Ablenkungsmanöver wie die Kampagne um die nationalen Rechte der Türken in Bulgarien und durch die Vorbereitung verstärkter militärischer Einmischung in den Nachbarländern Irak und Iran¹⁹ ergänzt.

5 Jahre nach dem Putsch ist festzustellen, daß das Regime ungebrochen den Drang des herrschenden Monopolkapitals, imperialistisch zu werden, unterstützt. Dabei hat es jedoch als Herrscher über ein selbst vom Imperialismus abhängiges Land nicht den Erfolg, der es ihm ermöglichen würde, mit imperialistischen Extraprofiten die sozialökonomische Krise im Land zu beheben oder auch nur nennenswert zu mildern. Das Ergebnis ist eine sich zunehmend organisierende Unzufriedenheit bei den Kreisen der Bourgeoisie, deren Interessen auf den Inlandsmarkt gerichtet sind, und bei der werktätigen Bevölkerung — Arbeiter, kleine und mittlere Angestellte und Beamte, Bauern.

Das Regime selbst gerät dabei in eine Krise.

Anmerkungen:

- 1) R. Werle, Modell Türkei — Ein Land wird kaputt saniert, Hamburg 1983
- 2) Newspot, Ankara, 8.8.1985
- 3) Le Monde, Paris, 12.7.1985
- 4) Turkey Today, London, September 1985
- 5) The Middle East, London, März 1985
- 6) Turkey Today, a.a.O.
- 7) Le Monde, 12.7.1985
- 8) Turkey Today, a.a.O.
- 9) General-Anzeiger, 15./16.6.1985
- 10) Tercüman, 15.11.1984
- 11) Newspot, 16.5. und 22.8.1985
- 12) Siehe R. Yürükoglu, The Disintegration of Fascism, London 1985
- 13) General-Anzeiger, 24.9.1985
- 14) Tatsachen aus der Türkei, Köln, Juli-August 1985
- 15) Turkey Today, a.a.O.
- 16) Newspot, 22.8.1985
- 17) KOMKAR-Erklärung, 15.7.1985
- 18) NATO-Südflanke Teil IV, in: Arbeiterkampf, 26.8.1985
- 19) AIB 4/1984, S. 8-10



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Jürgen Scheffran

Der ASAT-Test und die Osterinsel

Die Diskussion um die „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI, siehe AIB/ASK-Sonderheft 4/1985, S. III ff.; d. Red.) der USA läßt manchmal den Eindruck entstehen, als seien die angestrebten Weltraumwaffen nicht realisierbar und damit auch nicht weiter gefährlich. Allenfalls gehe es um Rüstung, die erst in ferner Zukunft Auswirkungen auf die militärische Strategie und unser ganzes Leben habe.

Dies ist ein großer Irrtum. Zwar dürfte das von Ronald Reagan geforderte Endziel eines wasserdichten Schutzschirms gegen einen nuklearen Angriff tatsächlich nicht gegen die Sowjetunion realisierbar sein, und viele der genannten exotischen Waffensysteme werden vorläufig auch exotisch bleiben. Sehr wohl aber sind viele einzelne Komponenten technisch machbar, und zwar nicht erst um die Jahrtausendwende, sondern bereits in den nächsten Jahren. Das wird bereits jetzt konkrete Auswirkungen haben, vor allem auf den Prozeß von Abrüstung und Rüstungskontrolle.

ASAT-Waffe ohne Vorwarnzeit

Dies zeigt nichts deutlicher als der erste Test der neuen Anti-Satelliten-Waffe (ASAT) der USA am 13. September d.J. gegen einen Satelliten im Weltraum.

Bemerkenswerterweise gab es bereits 1959 einen ähnlichen Versuch als Bestandteil einer ganzen Testreihe, doch wurde der Zielsatellit dabei vermutlich nicht zerstört. Die danach auf beiden Seiten erfolgten Versuche mit ASAT-Waffen blieben mehr oder weniger erfolglos und lieferten bis heute keine bedrohliche ASAT-Kapazität.

Dies dürfte sich nun dramatisch mit der neuen ASAT-Waffe der USA ändern, die formal nicht Bestandteil des SDI-Programms ist, weil sie bereits von Präsident Ford in Auftrag gegeben und von Carter zögerlich weitergetrieben wurde. Zuletzt gab es heftigen Widerstand im US-Kongreß, der versuchte, das weitere Testprogramm aufzuhalten oder zumindest zu verzögern, wohl aus der Befürchtung heraus, daß die Sowjetunion sich dann nicht mehr an ihr Moratorium vom August 1983 halten werde und eine ähnliche Waffe entwickle. Wie es scheint, paßt diese neue hocheffektive Weltraumwaffe



F-15-Flugzeug mit ASAT-Rakete

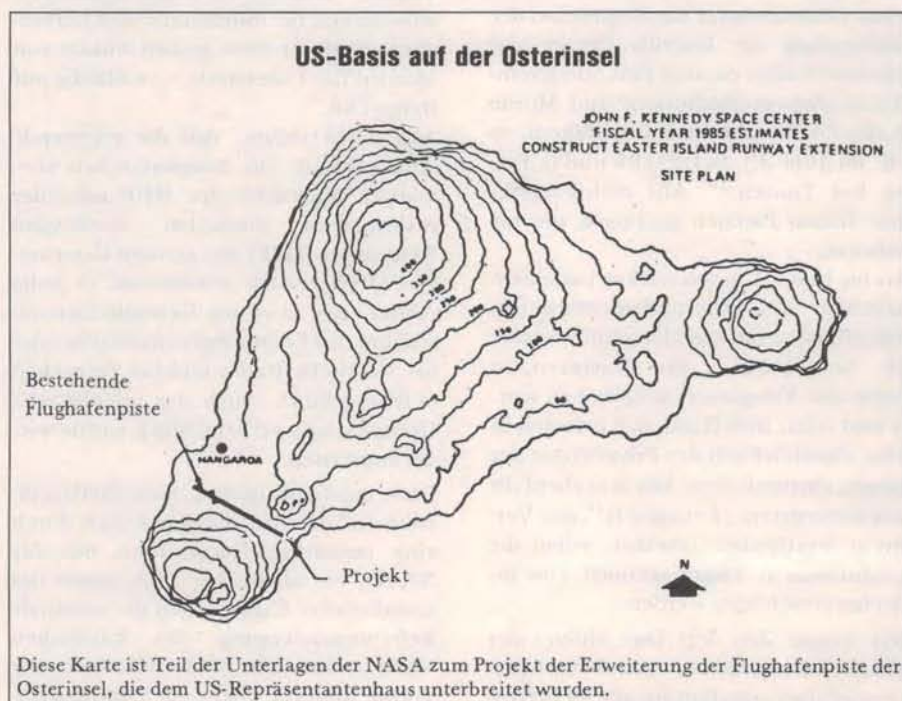
aber zu sehr in das Weltraumkriegskonzept Reagans, als daß er sie zugunsten der Genfer Verhandlungen opfern würde.

Denn wie es mit dem jüngsten Test gezeigt wurde, ist mit der etwa 5 m langen ASAT-Rakete, die von einem F-15-Flugzeug abgeschossen wird, praktisch jeder sowjetische Satellit in den niedrigen Umlaufbahnen bis maximal 1000 km Höhe in wenigen Minuten praktisch ohne Vorwarnzeit auszuschalten. Die Leistungsfähigkeit der ASAT-Waffe ist wesentlich bedingt durch die Beweglichkeit der F-15-Flugzeuge, die ja auch für andere

Zwecke eingesetzt werden und praktisch auf jedem größeren Flugplatz stationiert und gestartet werden können.

Bei einer geeigneten Verteilung der Flugzeuge rund um den Globus können so Satelliten auf allen Bahnen erreicht werden. Bislang ist eine Stationierung an der Ost- und der Westküste der USA geplant, so daß etwa vier Umläufe eines Satelliten abgewartet werden müßten, bis dieser wieder in Reichweite ist, wenn es dabei bliebe.

Es gibt aber einen Punkt auf der Erde, der für diese ASAT-Waffe von äußerster



strategischer Bedeutung ist. Dieser liegt im Südpazifik, exakt auf der gegenüberliegenden Seite der Erde zum sowjetischen Startgebiet Tyuratam für Weltraumraketen.

Alle Satelliten von diesem Startplatz müssen sich in der Nähe dieses Antipodenpunktes bei ihrem ersten Umlauf notwendig kreuzen, weil ihre Bahnebenen durch den Startplatz und den Erdmittelpunkt festgelegt sind. Allerdings liegt dieser Ort mitten im Meer und die F-15-Flugzeuge sind auf feste Start- und Landebahnen angewiesen.

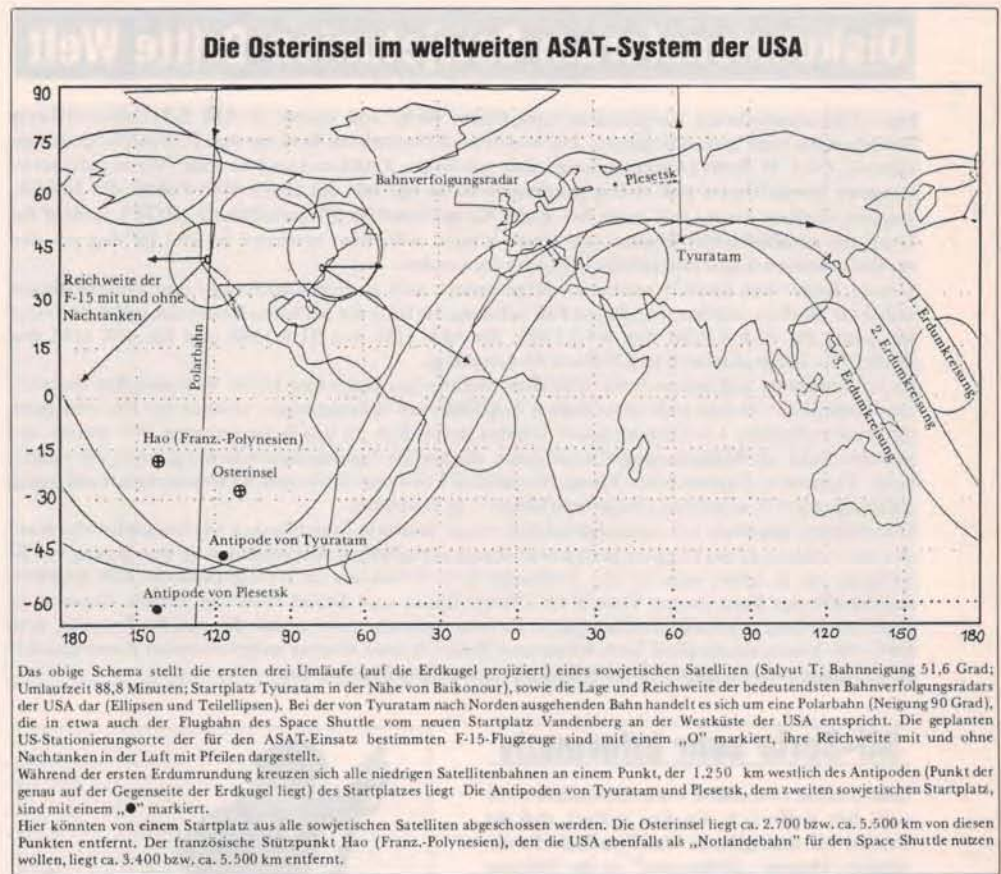
Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß der nächste nutzbare Landpunkt die chilenische Osterinsel ist, in etwas über 2.700 km Entfernung. Dies liegt etwas über der normalen Reichweite der F-15-Flugzeuge von 2.500 km, jedoch kann diese durch Nachtanken in der Luft auf 7.500 km ausgedehnt werden. Tatsächlich gibt es auf der Osterinsel eine Startbahn, und es ist bekannt geworden, daß die USA von der chilenischen Militärjunta fordern, diese Flugbahn zur Notlandebahn für das Space Shuttle (wiederverwendbare US-Weltraumfähre; d. Red.) ausbauen zu dürfen.

In der Tat könnte die Osterinsel für ein Space Shuttle von dem neuen militärischen Startzentrum in Vandenberg (Kalifornien) kurz nach dem Start erreicht werden. Doch fällt bei einer Betrachtung der Osterinsel auf, daß die Verlängerung der Bahn lediglich auf 3.353 m begrenzt (wegen der Inselstruktur) und damit für eine Space-Shuttle-Landung eigentlich zu kurz ist. Da die bisherigen Landebahnen etwa 4,5-5 km lang sind, bestünde die Gefahr, daß das Shuttle am Ende der Bahn ins Meer rutscht.

In jedem Falle wird aber die technische Infrastruktur der Insel erheblich ausgebaut, wofür auch die Zahl der 500 Techniker spricht, die auf die Insel kommen sollen. Sollte es damit tatsächlich möglich sein, die Insel für den ASAT-Einsatz vorzubereiten, könnte sie im Kriegsfall im Handstreich besetzt werden.

Um sowjetische Satelliten noch in der ersten Umlaufbahn abzufangen, wäre es möglich, die Flugzeuge beim Feststellen von Startvorbereitungen in der Sowjetunion bereits zu starten und sogar ständig über dem Zielgebiet kreisen zu lassen. Dies wäre auch dann möglich, wenn die Sowjetunion Satelliten von der anderen Startanlage in Plesetsk startet, die im Nordwesten von Tyuratam liegt.

Der (durch die Erddrehung etwas verschobene) Antipode dazu ist von der Osterinsel etwa 5.500 km entfernt, welcher durch Nachtanken in der Luft erreichbar ist. Eine wichtige Voraussetzung für den Einsatz der ASAT-Waffe ist die genaue Bestimmung der Position des sowjetischen Satelliten durch Radaranla-



gen im Südpazifik, insbesondere auf dem Kwajalein-Atoll.

Die angestellten Überlegungen sind natürlich kein Beweis, für eine Absicht der USA, die Osterinsel zur Startbahn für den Weltraumkrieg zu machen. Aber sie ergeben zusammen einen begründeten Verdacht: Würde die Osterinsel in eine Basis für die neue ASAT-Waffe der USA umfunktioniert, so könnte der Sowjetunion theoretisch wie mit einem Riegel der Zugang zum Weltraum versperrt werden.

Dies würde ihr auch die Möglichkeit rauben, bereits abgeschossene Satelliten wieder zu ersetzen. Insbesondere sind von dort aus auch die bislang unverletzlichen und sehr wichtigen sowjetischen Frühwarn- und Kommunikationssatelliten auf einer hochelliptischen Umlaufbahn erreichbar, die über der Südhälfte der Erde herankommen. Zudem könnte die Sowjetunion davon abgehalten werden, die USA beim Aufbau ihres SDI-Programms zu stören. Es ist anzunehmen, daß die Sowjetunion versuchen würde, dies durch Gegenmaßnahmen zu verhindern. In einer Krise oder einem Krieg hat die Osterinsel also zwangsläufig eine große strategische Bedeutung, die sie und die umgebende Pazifikregion zum potentiellen Kriegsschauplatz macht. Vorsorglich hat Chiles Diktator Pinochet ein Gebiet von 200 km um die Osterinsel zu chilenischem Hoheitsgebiet erklärt.

Dies alles dürfte kaum im Interesse der benachbarten Staaten liegen, die sich

einer zunehmenden Militarisierung dieser Region gegenübersehen und um eine atomwaffenfreie Zone Südpazifik bemühen. Insbesondere die chilenische Militärregierung könnte zunehmende Schwierigkeiten bekommen, der eigenen Bevölkerung angesichts der wachsenden Probleme nun auch noch die Beteiligung am Weltraumkrieg der USA schmackhaft zu machen. Ohne eine Einbeziehung der gesamten Erdkugel, einschließlich des letzten Winkels der Welt, dürfte der „Krieg der Sterne“ aber nicht zu realisieren sein.

Rüstung im All - Gefahren für die Dritte Welt

Rüstung im All - Gefahren für die Dritte Welt

AIB/ASK-Sonderheft 4/1985
28 Seiten, Preis 2 DM

Diskussionsforum Sowjetunion-Dritte Welt

Das „Diskussionsforum Sowjetunion und Dritte Welt“ soll unsere in AIB 8-9/1985 eröffnete Sowjetunion-Serie fortan begleiten. Die bisher veröffentlichten Beiträge von P. Wahl (Einleitungsthesen), Prof. D. Boris (Auseinandersetzung mit linken Kritikern) und R. Falk (Wirtschaftsbeziehungen) beschäftigten sich streng genommen nicht nur mit der Dritte-Welt-Politik der UdSSR, sondern darüber hinaus mit jener des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), in dem das Gros der sozialistischen Staaten (es fehlen China, Albanien) vertreten ist und für den wir den vereinfachenden Begriff sozialistisches Lager verwenden.

Unsere Leser sind hiermit nochmals aufgefordert, sich zu den Einleitungs- und Folgebeiträgen selbst zu Wort zu melden. Für diesen Fall behalten Sie bitte die nächsten Redaktionsschlußtermine im Auge: für AIB 1-2/86 den 6.12.1985, für AIB 3/86 den 31.1.1986 und für AIB 4/86 den 28.2.1986. Länge maximal 160 Zeilen à 43 Anschläge.

Es sei vermerkt, daß unsere Serie UdSSR/sozialistisches Lager und Dritte Welt und ihre diskutierend, streitbare Anlage außergewöhnlich beipflichtend aufgenommen worden ist. Die wenigsten der zustimmenden Leserkommentare wurden schriftlich an uns herangetragen. Wir werten das positive Echo als Ermunterung einmal dafür, die bereits angekündigten Beiträge noch um zusätzliche Themen – Supermächte-These, Verhältnis Friedenspolitik und Revolutionsunterstützung, Rüstungsexporte, asiatische Sowjetrepubliken – zu erweitern.

Desweiteren begrüßen wir es nachdrücklich, wenn konträre Standpunkte wie beispielsweise jener des iz3w-Autors Klaus Fritsche in unsere Diskussion einfließen. Wir schätzen die Beteiligung von K. Fritsche um so höher sein, als die Freiburger iz3w-Redaktion im Herbst 1984 ein AIB-Angebot, austauschweise kontroverse Thesen zu „Sowjetunion und Dritte Welt“ in beiden Organen zu veröffentlichen, schlicht ignoriert hatte. Es wäre wünschenswert, daß die von K. Fritsche, dem DFG-VK-Vorstandsmitglied Dirk Rosin und Hans Christof Wagner aufgeworfenen Kontrapunkte bzw. Fragen von den nachfolgenden Diskutanten aufgegriffen werden.

SU-Serie sehr informativ

Eure letzten zwei Hefte waren besonders wertvoll! Ich hoffe (ich bin fast sicher), daß die Artikel SU und „Dritte Welt“ endlich die unnötigen kleinen „Reibereien“ in der Dritten-Welt-Bewegung abbauen helfen! Sie waren sehr informativ und haben viele neue und wenig bekannte Argumente geliefert!

Wolfgang Hartnick, Karlsruhe

Realistisch-kritische Sicht

Das AIB hat mit den Beiträgen von Peter Wahl und Dieter Boris in AIB 8-9/85 eine Serie zur sowjetischen Dritte-Welt-Politik eröffnet – das ist gut so!

In der Friedensbewegung wurde die sowjetische Außen- und Militärpolitik in den vergangenen 5 Jahren ständig diskutiert. Innerhalb dieses Diskussionsprozesses konnte die „Supermächtheorie“, die den Großmächten gleichermaßen die Verantwortung für das Wettrüsten überträgt, in der bundesdeutschen Friedensbewegung – im Gegensatz zu den Friedensbewegungen anderer westeuropäischer Länder! – nie dominieren. Daß der US-Imperialismus das Wettrüsten anheizt, militärische Überlegenheit und Kriegsoptionen auf allen Ebenen einer möglichen militärischen Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern anstrebt – diese Einsichten sind heute in der bundesdeutschen Friedensbewegung weit verbreitet.

Bezüglich der sowjetischen Dritte-Welt-Politik aber sieht das anders aus. Dieser Komplex hat mit den berühmten „Schwarzen Löchern“ im Weltraum einiges gemeinsam – man weiß nicht so genau, was sich dahinter verbirgt. Dieses Informationsdefizit führt dazu, daß Positionen wie „Was der einen Supermacht ihr Nicaragua, ist der anderen ihr Afghanistan“, in der Friedensbewegung noch weit verbreitet sind.

Ein Klärungsprozeß ist also dringend notwendig. Das AIB kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die Thesen von Peter Wahl haben die Themen angerissen, die vertieft werden müssen.

An einem Themenbereich, der in den Thesen meiner Meinung nach vernachlässigt wurde, dürft Ihr auf keinen Fall vorbeigehen: Nämlich am sowjetischen Rüstungsexport in die Dritte



Welt. Da die Rüstungsindustrie in der Sowjetunion nicht privater Verfügungsgewalt unterliegt, entfällt das Profitinteresse an der Rüstungsproduktion. Dieser Produktionssektor stellt vielmehr eine schwere Belastung für die sowjetische Wirtschaft dar. Bei Rüstungsexporten aber wird es komplizierter.

Auch die Sowjetunion liefert Waffen nicht umsonst in die Dritte Welt. Kann also der ökonomische Aspekt sowjetischer Waffenlieferungen in die Dritte Welt dazu führen, daß Rüstungsexporte über das politische noch einsichtige Maß (z.B. nach Nicaragua) hinausgehen? Ein Beitrag innerhalb der AIB-Serie sollte sich mit diesem Problem befassen.

Eine Anmerkung zum Beitrag von Dieter Boris („Bedroht die Sowjetunion die Dritte Welt? Kritik einiger linker Positionen zum Thema Sowjetunion und Dritte Welt“), der schreibt: „...daß in bestimmten Perioden und unter bestimmten Umständen die sowjetische Außenpolitik – sei es aus Gründen der notwendigen Anpassung und des Kompromisses, sei es aus Gründen einer übervorsichtigen Orientierung

oder sei es schlicht aus Fehleinschätzung der Partner, Kontrahenten oder der Situation – eine Ausprägung erhielt bzw. erhält, die sich in diesem oder jenem Aspekt als der Sache des Sozialismus nicht förderlich erweist.“

Ich interpretiere dies als Appell, bei der Beurteilung der sowjetischen Politik in der Dritten Welt nicht eine – ich überspitze es bewußt – applaudierende Haltung, sondern die einer kritischen Solidarität einzunehmen.

Eine solche Haltung würde ich mir auch beim AIB häufiger wünschen. Dies betrifft z.B. die Afghanistan-Berichterstattung. In der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Verband der Kriegsdienstverweigerer, die dem Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung und dem Sekretariat des Antimperialistischen Solidaritätskomitees – ASK angehört; d. Red.) werden seit einigen Monaten grundsätzliche Alternativen zur herrschenden (Un-)Sicherheitspolitik unter dem Leitsatz „Politische Friedenssicherung“ verstärkt diskutiert. Politische Friedenssicherung definieren wir so, daß Interessenkonflikte und Streitigkeiten zwischen Staaten in Gesprächen und Verhandlungen gelöst und nicht durch Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt ausgetragen werden. Ich bezweifle nun, daß die Sowjetunion bezüglich des Afghanistan-Konflikts alle Möglichkeiten politischer Friedenssicherung – im Rahmen einer internationalen Konferenz oder der Vereinten Nationen – ausgelotet hat, bevor sie sich zur Intervention in Afghanistan entschloß. Dieser Aspekt aber hat im AIB in der Vergangenheit keine Rolle gespielt.

Um wieder positiv zu werden: Auch unter dem Aspekt der aktuellen öffentlichen Debatte über „Bedrohungsanalysen“ kommt Eure Serie zum richtigen Zeitpunkt. Vor allem die „Bedrohungsanalysen“ eines Andreas von Bülow, die die scheinbar unumstößliche These der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion vor allem im konventionellen Bereich widerlegt haben, wirbeln zur Zeit viel Staub auf. Diese Debatte kann zu einer realistischen Sichtweise der Außen- und Militärpolitik der Sowjetunion gegenüber Westeuropa und den USA nicht nur in der Friedensbewegung, sondern weit darüber hinaus beitragen.

Der Aspekt der sowjetischen Dritte-Welt-Politik aber kommt in den Arbeiten Andreas von Bülows und anderer zu kurz oder gar nicht zur Sprache. Hier klafft also eine Lücke in den „Bedrohungsanalysen“. Ich wünsche Euch, daß Ihr einen Teil dieser Lücken füllen könnt.

Dirk Rosin, Dortmund

Mitglied des Bundesvorstandes der DFG-VK, Chefredakteur der ZIVILCOURAGE

Nicht auf Doppelmoral einlassen

Aus Platzgründen muß ich diese Stellungnahme auf das Problem der sowjetischen Handelsbeziehungen zur Dritten Welt beschränken. In der Diskussion dieser Frage, das als Vorbemerkung, geht es nicht darum, ob die ELs (Entwicklungsländer; d. Red.) überhaupt mit der UdSSR Handel treiben sollen, sondern darum, ob sich die von Moskau eingeräumten Bedingungen qualitativ von denen der imperialistischen Länder des Westens unterscheiden. Was macht also das Sozialistische, Weltrevolutionäre aus?

Daß die Handelsstrukturen zwischen UdSSR und Dritter Welt sich nicht von der klassischen neokolonialen Struktur unterscheiden, nach der das EL Rohstoffe und das Industrieland verarbeitete Güter liefert, ist für die AIB-Autoren keinerlei Kritik wert. Sie sehen vor allem eine Reihe positiver Elemente.

Argument Nr. 1: Der Handel mit der UdSSR würde den ELs stabilere Absatzmärkte schaffen.

Richtig daran ist, daß die Existenz des sowjetischen Marktes die Exportmöglichkeiten für die Länder der Dritten Welt verbessert. Dies geschieht aber auch durch Öffnung der Märkte der westlichen Industrieländer oder der Ausdehnung der Süd-Süd-Zusammenarbeit, kann also nicht den revolutionären Gehalt einer sozialistischen Außenhandelspolitik ausmachen.

Deshalb auch das **Argument Nr. 2.** Durch die Abwicklung von Regierungsabkommen würden stabile Preise und Absatzmengen gewährleistet (R. Falk, AIB 10/85, S.49), und so sichere Exporterlöse für die ELs ermöglicht.

Dies ist aber eben nicht generelle Praxis des sowjetischen Außenhandels. Zwar gibt es in den bilateralen Abkommen Listen von zu importierenden und zu exportierenden Gütern. „In den meisten Fällen sind Menge und Wert der Güter nicht spezifiziert.“ (UNCTAD-Studie TD/B/879, S. 138)

Aber selbst wenn diese Feststellung einer von Ostblockexperten erstellten Studie nicht zuträfe und das AIB recht hätte, bliebe die Frage nach der Preisgestaltung offen. Denn wie revolutionär sind langfristig fixierte Preise, wenn diese zum Nachteil der ELs festgelegt sind. Aber dazu komme ich später.

Argument Nr. 3 ist, daß Moskau den ELs Kompensationsgeschäfte ermöglichen würde, d.h., daß Waren gegen Waren in einem Clearing-Verfahren miteinander verrechnet werden.

In der Tat kann dieses Vorgehen positive Elemente für die Dritte Welt enthalten. Aber auch hier gilt: Auf der Grundlage welcher Preise und der Qualität welcher Lieferungen werden diese Geschäfte abgewickelt? Ganz so toll scheint es nicht zu sein, denn immer mehr Entwicklungsländer haben die Rückkehr zum „normalen“ Handelsaustausch gefordert, in der sie für ihre Waren Devisen erhalten, mit denen sie auf dem Weltmarkt kaufen können, was sie benötigen. 1982, so die bereits zitierte UNCTAD-Studie, gab es Kompensationsabkommen nur noch mit 6 Ländern: Afghanistan, Ägypten, Indien, Iran, Pakistan und Syrien (S. 138). Darüber hinaus werden 50% des sowjetischen Außenhandels damit überhaupt nicht erfaßt: nämlich der einen so großen Anteil ausmachende Waffenexport, der in harten Devisen abgerechnet wird.

Argument Nr. 4 ist für R. Falk der enge „Zusammenhang zwischen Handelsbeziehungen und sozialistischer Wirtschaftshilfe“, die ELs also mit ihren Exporten ihre Kredite zurückzahlen.

Auch hier handelt es sich meiner Meinung nach um ein zweischneidiges Schwert. Unter günstigen Bedingungen kann eine solche Form für ELs durchaus attraktiv sein. Aber wie sieht es mit folgendem Beispiel aus? 1971 gewährte die UdSSR Guinea einen Kredit von 90 Mio Rubel zur Finanzierung des Tagebaus einer Bauxit-Grube. Der Kredit wurde in Form von sowjetischen Waren und Experten „ausgezahlt“. Guinea muß 30 Jahre lang 75% der Fördermenge des Bauxits zur Kreditabzahlung an die UdSSR liefern. Mit den restlichen 25% muß sie die laufenden Kosten (Löhne, Reparaturen, Vermarktung des eigenen Anteils) zahlen. Das Ergebnis: Guinea verdient nicht viel an diesem Geschäft. Und nach 30 Jahren bleibt dem Land eine ausgebeutete Bauxit-Grube und kaum noch brauchbare Maschinen.

Nun mag dies ein besonders eklatanter Fall der sowjetischen Politik sein. Leider werden in Moskau die relevanten Dokumente nicht veröffentlicht, um die anderen Projekte zu überprüfen. Aber an diesem Geschäft, das R. Falk ja als „sozialistische Wirtschaftshilfe“ charak-

terisiert, ist noch etwas anderes bemerkenswert. Unter dem „Hilfsaspekt“ handelt es sich von sowjetischer Seite um Hilfe mit „striker Lieferbindung“. Ein Vorgehen, das das AIB zurecht an der Politik der BRD kritisiert. So R. Falk (zum entwicklungspolitischen Konzept der CSU; d. Red.) auf S.61, Nr. 8-9/85. Aber wenn die UdSSR es macht, ist es auf einmal positiv?

Alle vier vorgebrachten Argumente haben jedoch einen weiteren Haken. Bisher wurden die ja auch bei festen Preisen, bei Kompensationsgeschäften und Kreditrückzahlungen durch Waren festgelegten Preise überhaupt nicht berücksichtigt. R. Falk wie P. Wahl bekennen sich zu der Notwendigkeit, sich an den Weltmarktpreisen zu orientieren, obwohl die der heutigen Preisbildung zugrundeliegende Funktion des Weltmarktes von der Dritten Welt scharf kritisiert wird. P. Wahl gesteht sogar offen ein, „daß die terms of trade sich zugunsten der Sowjetunion auswirken, wenn Handel mit einem kapitalistischen Entwicklungsland auf der Basis von Weltmarktpreisen stattfindet... Jedes andere Verfahren hieße, der jeweiligen Bourgeoisie Extraprofite zuzuschauen.“ Und D. Boris ergänzt, „daß dies eigentlich keinen Grund für eine Kritik von einem progressiven Standpunkt aus bieten“ dürfe.

Lügen diese Zitate nicht schwarz auf weiß vor, es wäre nicht zu glauben. Profitieren die westlichen Imperialisten von der ungerechten existierenden Weltwirtschaft, dann ist es imperialistische Ausbeutung und der Widerstand dagegen gerecht und anti-imperialistisch, so auch die Einschätzung des AIBs von der geforderten Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung, Macht der „sozialistische Staat“ jedoch das gleiche, so ist das revolutionärer Außenhandel, denn es kommt dem „Sozialismus“ und nicht der Monopolbourgeoisie zu Gute. Nun ist die Position des AIB nicht, wie vielleicht mancher einwenden mag, eine Verfälschung der sowjetischen Politik. Das gleiche Vorgehen zeigt sich nämlich insgesamt in der Politik gegenüber der NWO. Moskau unterstützt die gegen den Westen gerichteten Forderungen, und wenn die gleichen sich an sie selbst richten, dann lehnt sie eine Verwirklichung ab. (Vgl. Donaldson, The Soviet Union in the Third World: Successes and Failures, Boulder 1981, S. 358ff.)

Eigentlich hatte ich vor, an dieser Stelle noch auf das sowjetische Verhalten auf den Weltmarktkonferenzen einzugehen, wie auf das als „Ehrenrettung“ angeführte Argument, daß in Beziehung zu den „sozialistischen und sozialistisch-orientierten ELs“ alles besser aussieht. Dazu fehlt jetzt der Platz.

Was aber notwendig erscheint, ist darauf hinzuweisen, daß die am Beispiel der Handelsbeziehungen deutlich gewordene Doppelmoral in nahezu allen Bereichen der internationalen Beziehungen auftaucht. Was der Westen macht ist imperialistisch und schlecht! Was die UdSSR macht, das ist anti-imperialistisch und gut! Die Dritte-Welt-Bewegung sollte sich auf diese Logik nicht einlassen.

Klaus Fritsche, Bochum

Fakten in die Hand

Daß Sie das Thema: „Entwicklungshilfe und sozialistische Staaten“ aufgreifen, finde ich ausgezeichnet, stimme auch den Artikeln zu. Nur hoffe ich, daß das Thema in dem Sinn weitergeführt wird, daß wir für die Diskussion Fakten in die Hand bekommen.

Z.B. wäre es interessant zu wissen, wieviele Studenten und Facharbeiter in welchen sozialistischen Ländern ausgebildet wurden und werden, wieviele von ihnen in die Heimatländer zurückkehren, welche – wenn überhaupt – in den Ausbildungsstaaten verbleiben. Auch

Zahlen über Techniker in Angola udgl. wären von Wichtigkeit. Diesen Zahlen müßte die Ausbeutung durch die sogenannte Entwicklungshilfe der kapitalistischen Staaten gegenübergestellt werden.

Noch eine Kleinigkeit: Auf S. 47 (AIB 8-9/1985; d. Red.) bringen Sie das Bild von dem Mann, der das Schwert zur Pflugschar umschmiedet. Nur hatten Sie, als Sie die Bildunterschrift zusammenstellten, offensichtlich keine Bibel zur Hand und wußten nicht, wo Sie die Stelle suchen sollten. Es heißt dort nämlich bei Jesaja 2,4 (bzw. Micha 4,3): „Und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden...“, woraus bei Ihnen leider „da sich die Schwerter in Pflugscharen verwandeln“ geworden ist.

Das ist ein kleiner und doch sehr bedeutender Unterschied. Die Völker werden das machen, nicht irgendwelcher Hokuspokus wird sich vollziehen.

Dr. theol. Hannelis Schulte, Heidelberg

RGW-Hilfen zu verkräften?

Betreff: R. Falk-Beitrag (I. Teil) in AIB 10/1985 RGW und dritte Welt

Ich finde es besonders interessant und wichtig, diese Alternative zum derzeitigen Welthandel, nämlich die wirtschaftliche Kooperation der Entwicklungsländer mit der sozialistischen Welt zu beleuchten. Das bewundernswerte am RGW ist meiner Meinung nach, daß selbst Entwicklungsländer neben den europäischen Mitgliedern vollwertige und gleichberechtigte Partner sind.

Was der Autor aber über die wachsende Integration der Entwicklungsländer sagt, stimmt – so glaube ich – nicht mit Tatsachen und der Politik einiger dieser Länder überein. Nehmen wir das Beispiel Moçambique. Herr Falk schreibt in seinem Beitrag, Moçambique hätte seit 1979 den Beobachterstatus beim RGW. Er erwähnt allerdings nicht, daß dem Land 1981 die Aufnahme in den RGW verweigert wurde. Ich glaube, daß die Sowjetunion mit dem Entwicklungsland und Rats-Mitglied Kuba eine wirtschaftliche Belastung eingegangen ist und allgemein schlechte Erfahrungen machen mußte. Wie lange ist die UdSSR noch bereit, den kubanischen Zucker zu Preisen weit über dem Weltmarkt-Niveau abzukaufen? Wird dieses Abkommen, das 1986 ausläuft, noch einmal verlängert werden, gerade jetzt, wo die UdSSR versucht, die eigene wirtschaftliche Produktion zu steigern?

Der Autor nimmt es als selbstverständlich hin, daß der RGW diese für die Entwicklungsländer günstigen, für den RGW selber aber ungünstigen Bedingungen weiter garantiert. Besonders die Mongolische VR und die Republik Vietnam gehören zu den ärmsten Ländern der Welt. Die wirtschaftliche Kooperation kann zu einseitigen Zahlungen und Wirtschaftshilfen seitens des RGW führen und verlief durch die Aufbringung von Millionen für die UdSSR negativ, zumal diese beiden Entwicklungsländer wenig entgegengesetzt haben, das die Sowjetunion nicht auf fremde Rohstoffe angewiesen ist.

Warum aber stagniert seit den 70er Jahren die Aufnahme von Entwicklungsländern in den Rat? Aufgrund der besonders starken imperialistischen Kräfte seit dem Amtsantritt Reagans (Nicaragua, Südliches Afrika, Vietnam), die verstärkt Druck ausüben, wenn sich das betreffende Land nicht den derzeitigen Weltwirtschaftsstrukturen fügt. Dieses „sich Fügen“ kann man derzeit in Moçambique beobachten (Nkomati, Lomé 3 usw.) und zeigt, daß die Systemkonkurrenz stark zuungunsten des sozialistischen Lagers ausfällt.

Hans Christof Wagner, Heitersheim

Gespräch mit Ernesto Cardenal Geistig-kulturelle Bande zu den Deutschen



Ernesto Cardenal mit dem Interviewer Peter Schütt (l.)

Im Oktober d.J. besuchte Ernesto Cardenal auf Einladung des Nikaragua-Vereins die Hansestadt Hamburg, die mit der nikaraguanischen Stadt Leon eine Städtepartnerschaft unterhält. Ernesto Cardenal las in der Hamburger „Fabrik“ vor 2.300 Menschen neue Gedichte und wurde im Rathaus von der Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt und von Günter Grass begrüßt. Der nikaraguanische Kulturminister und Poet sprach vor mehr als 200 Vertretern von Solidaritätsgruppen und Friedensinitiativen über die Tradition der internationalen Solidarität. Peter Schütt führte für das AIB mit Ernesto Cardenal das nachfolgende Gespräch.

AIB: Sie haben in Ihrer Ansprache vor Hamburger Solidaritätsgruppen gesagt, es gäbe eine sehr lange Tradition der deutsch-lateinamerikanischen Solidarität.

E. CARDENAL: Ja, das habe ich gesagt. Ich denke, daß sich die Beziehungen Deutschlands zu Lateinamerika wesentlich von anderen Beziehungen zwischen Staaten der „ersten“ und der „dritten“ Welt unterscheiden.

Sie waren nicht kolonialer Art, sondern geprägt von Sympathie, Solidarität und geistig-kulturellem Interesse. Vor allem denke ich dabei an Alexander von Humboldt, den „zweiten Entdecker“ Lateinamerikas, und wenn wir in einigen Jahren, 1992, den 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas feiern werden, dann sollte dieser geistige Entdecker auf keinen Fall vergessen werden.

von Humboldt — geistiger Entdecker und...

AIB: Sie selber fühlen sich nicht nur Humboldt, nicht nur Marx und Engels, sondern insgesamt mit der deutschen Kultur verbunden?

E. CARDENAL: Soweit sie humanistisch und fortschrittlich ist.

Es gibt ja nicht nur Humboldt, der sich für unseren Kontinent begeistert hat. Ich denke auch an zwei Revolutionärinnen, an Olga Benario, die Frau von Carlos Prestes, dem brasilianischen Kommunistenführer, und an Tanja la Guerillera, die Kampfgefährtin von Che Guevara.

AIB: In Ihren Gedichten gibt es immer wieder Bezüge zur deutschen Kultur und Realität.

E. CARDENAL: An welche denken Sie?

AIB: Sie zitieren einmal Novalis: Die Haut eines nackten Menschen berühren, heißt den Himmel berühren, und Sie interpretieren das am Schluß dann als Berührung des Kommunismus. Ich finde das sehr schön.

E. CARDENAL: Ja, das ist von Novalis, Eurem Romantiker.

AIB: Ich denke an das Gedicht, in dem Sie die

Begegnung mit zwei uralten Theologen schildern, die Nachfahren des Friedrich Engels sind.

Oder an das Gedicht vom ökumenischen Gottesdienst in Köln, in dem Sie die blonden Köpfe mit einem dichten Weizenfeld vergleichen.

E. CARDENAL: Sie schwärmen dagegen für schwarze Haare. So ist das, Gegensätze ziehen sich an.

AIB: Sehr gut finde ich auch Ihr Gedicht über das immer wieder sterilisierte Wasser von Köln.

E. CARDENAL: Das ist natürlich ein Symbol. Ich ende mit dem Bild von der reinen Quelle, die bei uns zuhause fließt. Ihre Kollegin Dorothee Sölle hat einmal gesagt: Die Hoffnung ist das wertvollste Gut, das Nikaragua zu exportieren hat.

AIB: Sie kommen gern in die Bundesrepublik?

E. CARDENAL: Ich weiß, daß ich hier und in der DDR gute Freunde habe. Ich habe treue Leser, und ich werde vom Hammer-Verlag sehr gut betreut. Darum komme ich gern in dieses Land, ebenso wie in die DDR.

Nikaragua braucht die Solidarität beider Deutschländer, wir brauchen die praktische wie die politische Solidarität aus beiden deutschen Staaten.

Ich bin seit 1973 immer wieder in der Bundesrepublik gewesen, zuerst mehr in kirchlichen Kreisen, seit der Revolution in Nikaragua vor allem bei der Solidaritätsbewegung. Nicht zuletzt mein Übersetzer und Freund Hermann Schulz hat mich hier ein wenig heimisch gemacht.

AIB: In der Bundesrepublik ist Humboldt nicht allzu bekannt.

E. CARDENAL: In der DDR ist das anders. Die Universität in Berlin trägt seinen Namen, und ich bin ein wenig stolz darauf, daß mir die Humboldt-Universität gerade den Ehrendoktor verliehen hat.

Humboldt ist in meinen Augen wirklich ein Titan, und Bolivar (Führer der Unabhängigkeitskriege Lateinamerikas) hat erklärt, er

hätte mehr geleistet, als alle Conquistadoren (Eroberer; d. Red.) vor und nach ihm zusammen. Er ist noch heute ein Vorbild der internationalen Solidarität.

Er ist nicht als Entwicklungshelfer nach Lateinamerika gekommen, er hat uns nichts geschenkt. Er hat uns belehrt, aber er hat auch bei uns gelernt, er hat uns etwas gegeben.

Er hat aber auch etwas Neues mit nach Hause genommen. Er hat Kulturbeziehungen auf der Ebene der Gleichberechtigung, der Gegenseitigkeit und des wirklichen Austausches angebahnt. Das ist es, was wir, was Nikaragua braucht, was die Völker brauchen, was z.B. die UNESCO anstrebt. Das ist das Gegenteil dessen, was die USA mit ihren weltweit ausgedehnten Massenmedien praktizieren.

AIB: Sie haben vom bevorstehenden 500. Jahrestag der Reise des Columbus gesprochen. Welche Bedeutung hat dieser Tag für Sie?

E. CARDENAL: Es geht nicht um mich. Aber ich denke, daß dieser Jahrestag in den geistigen Kämpfen unserer Epoche eine enorme Bedeutung haben wird.

Das ist daran zu ersehen, daß es inzwischen in allen Staaten beider Amerikas nationale Vorbereitungskomitees gibt. Die meisten werden von den Staatschefs geleitet.

In Nikaragua bin ich als Kulturminister verantwortlich für das Komitee. Sowohl in Chicago wie in Sevilla werden große Ausstellungen vorbereitet, und wie es aussieht, geht Lateinamerika mal wieder leer aus. Die USA versuchen das ganze Columbus-Erbe für sich und ihre Politik zu reklamieren.

Uns geht es natürlich um etwas anderes. Mit Columbus begann unsere Unterjochung, mit Humboldt und Bolivar unsere Befreiung. Nach mehr als anderthalb Jahrhunderten sind die Ziele von Humboldt und Bolivar noch immer nicht erreicht, unser Kontinent ist in seiner Mehrheit noch neokolonial abhängig vom Imperialismus. Die spanischsprachigen Länder sind im Gegensatz zu den portugiesisch und englisch sprechenden Teilen Amerikas noch immer zersplittert und geteilt.

...Anwalt des unterdrückten Amerika

Die Einheit Lateinamerikas gegen den Imperialismus, für seine endgültige Befreiung und wirkliche Unabhängigkeit: das waren die Ideale und Ziele von Humboldt und Bolivar, und ich hoffe, daß uns die lateinamerikanische Selbstbesinnung aus Anlaß des Entdeckerjubiläums helfen wird, der Verwirklichung dieser Träume einen großen Schritt näher zu kommen.

Das wird kein Fest für Reagan, das wird unser Fest!

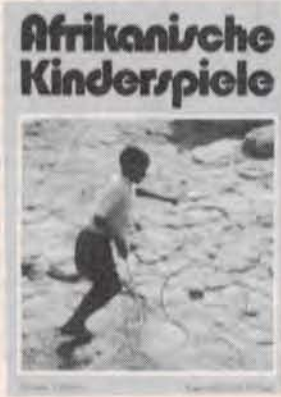
AIB: Um noch einmal auf Humboldt zurückzukommen: Sehen Sie seine Bedeutung nur im Politischen?

E. CARDENAL: Nein, weit mehr. Humboldt war zu seiner Zeit ein Linker, ein Anwalt der Unterdrückten, der Proletarier aller Länder, wie ein halbes Jahrhundert später Marx und Engels es waren.

Interessant ist für mich Humboldts ganze Haltung, er war ein entschiedener Gegner des Rassismus, er hat den weißen Herrenstandpunkt überwunden und hat die Welt, wie wir sie heute sehen, im Auge gehabt: nicht mehr von Europa bestimmt, sondern bunt, farbig und interkontinental. Was er gedacht und erkannt hat, das wurde nach ihm für mehr als ein Jahrhundert verschüttet.

Er war ein Internationalist, wie er im Buche steht, ein Revolutionär, der im Weltzusammenhang gedacht und gefühlt hat. Für ihn war die Befreiung Lateinamerikas ein Teil der Befreiung der ganzen Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung.

Bücher über Spiele in Afrika, Europa... Gespielt wird immer, in aller Welt



Spielbuchrezensionen in einer Dritte-Welt-Zeitschrift zu finden, ist auf den ersten Blick ungewöhnlich, denn Spielen ist für uns so selbstverständlich (von unserer Kindheit, unseren Schulerfahrungen her, in unserem Sport- und Freizeitverhalten), daß wir uns schon nicht mehr fragen: Spielen Menschen in anderen Ländern und Kontinenten eigentlich auch „meine“ Spiele? Gibt es Spiele, die ich nicht kenne, die mich in Bewegung bringen und, vor allem, die mir Spaß machen?

Spiele und Spielen gab es zu allen Zeiten. Das ist in uralten Überlieferungen und durch Bräuche festgeschrieben. Das belegen auch vielfältige Ausgrabungen.

Spiel ist immer ein Grundbedürfnis gewesen, denn im Spielen wird erlebt, werden Erfahrungen gesammelt und an andere weitergegeben. Spiel ist Kommunikation und Interaktion. Spiel ist dabei auch Widerspiegelung der gesellschaftlichen Realität. Und Spiel findet immer unter neuen, veränderten Bedingungen statt. Dies sind zum einen die äußeren gesellschaftlichen Bedingungen: die Spielräume und Bewegungsstätten, neue Geräte, technische Entwicklungen und Erfindungen usw.

Zum anderen sind das die sozialen Bedingungen: wir selbst, unsere Mitmenschen, unsere Möglichkeiten der Umweltaneignung, unsere Verhaltensweisen und Erfahrungen. Spiel, Spiele und – im Bereich der Pädagogik – Spiel-erziehung ist jedoch mehr: es ist Kultur. Spiele sind immer kulturell eingebunden, sie erwachsen aus der Geschichte, der Tradition, den Riten, aus den Normen und Regeln der gesellschaftlichen Realität. Sie können kulturelle Gepflogenheiten symbolisieren, sind Kampfspiele, Zeremonien, Nachahmungen. Viele Sing- und Tanzspiele sowie unsere heutigen Sportspiele sind auch aus diesen Bräuchen und Überlieferungen entstanden.

Einen Teil des Spielschatzes der Welt haben insbesondere zwei Bücher hervorragend zusammengetragen:

Frederic V. Grunfeld, *Spiele der Welt I und II* (2 Bände), Geschichte. Spielen. Selbermachen, Fischer TB, Frankfurt/M. 1985, beide Bände jeweils 160 S. und 14,80 DM

Andreas Lukácsy, *Spiele aus aller Welt*, Verlag für die Frau, Leipzig 1983, 210 S., 8,30 DM

Das lang vergriffene Standard-Spielbuch Grunfelds „*Spiele der Welt*“ ist nun endlich als zweibändige Taschenbuchausgabe neu erschienen. Es wird weiterhin das Spielbuch bleiben, denn es ist von der Aufmerksamkeit und der Darstellung einfach faszinierend.

Da wechseln Darstellungen von Spielsequenzen aus alten Gemälden mit Fotos aus dem 19. und 20. Jahrhundert ab. Da werden Momentaufnahmen menschlicher Spiel-Begeisterung geboten (von den konzentrierten japanischen GO-Spielern bis zu den bewegten New-Games der USA). Da wird jedes Spiel als Zeichnung, Skizze, Foto, als Darstellung und in jeder Anwendung gezeigt. Die Spiele werden dabei kultur-historisch und in ihrer Regelanwendung beschrieben, und es wird damit ein Anreiz gegeben, Spiele nicht nur zu spielen, sondern sie auch aus ihrer Tradition und den Anlässen, nach Herkunft und Verbreitung zu verstehen. Jede Spielbesprechung erhält nach dem Regel-Überblick die Anregung, durch eine Bauanleitung das Spiel selbst herzustellen.

Ausführliche Material- und Werkzeugauf- listung, Montagehinweise mit vielen Praxis- skizzen und -Fotos geben – nicht nur den handwerklich Geschickten – die Anregung, Spiele nach eigenem Geschmack zu gestalten, auch zum Verschenken oder als Beigabe für einen Soli-Basar.

Grunfelds „*Spiele der Welt*“ ist zusammenfas- send gesagt, ein begeisterndes, faszinierendes Spielbuch mit vielen Ideen, Anregungen, einem Einblick in die Spielwelt von Bewegung, Konzentration, Tricks und Kunststücken.

Das Buch des Ungarn Lukácsy ist dagegen mehr ein Wegweiser, Spiele aus aller Welt kennenzulernen, die unermeßliche Vielfalt von Spielen auszugswiese vor- und darzustellen. Es sind vor allem Spiele, die im Freien als Grup- penspiele gespielt werden, einige Sing- und Tanzspiele sowie Ballspiele.

Die Spiele werden nach Ländern und Konti- nenten aufgelistet, wobei der Autor jeweils nationale Varianten vorstellt und beschreibt, wie verschiedene Spiele in anderen Ländern gespielt werden. Spiele, die einem bekannt sind, erhalten so einen neuen Charakter und geben interessante historische und ethnolo- gische Einsichten.

Das Buch ist ein Buch für Praktiker(innen) und läßt die Möglichkeit konkret werden, langwei- lige Versammlungen, Konferenzen, Seminare durch internationale Spiele aufzulockern. Zu- dem können Kinder endlich auch einmal spie- lerisch an die Probleme der Dritten Welt und den Friedensgedanken herangeführt werden. Spiele, auf eine Region und eine ethnologisch- nationale Gruppe bezogen, sind dargestellt im großformatigen Buch von

Truus Nijhuis, *Afrikanische Kinderspiele*,

Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1981, 96 S., 14,80 DM

Es ist ein Buch für Kinder, denn besonders sie werden darin angesprochen und ihnen werden in einfacher Sprache das Leben, die Gewohn- heiten und Spiele von Kindern und Erwachse- nen in einem ostafrikanischen Dorf näherge- bracht. Viele großartige Bilder der Lebens- und Spielwelt, von Spiel-, Tanz- und Musizier- sequenzen, bringen uns diese Welt einfühlsam näher.

Das Buch veranschaulicht sehr gut, daß nicht perfektes und normiertes Spielzeug, sondern Improvisation, Phantasie, das Kindern eigen- tümliche Vorstellen und „Nachspielen“ von gesellschaftlicher Realität erst Spiele und spie- len ermöglicht.

So werden z.B. – zu einer Rolle – zusammen- geklebte Zeichnungen und ein Pappkarton zu einem Fernsehen mit eigenem Programm, ein alter Schuh mit Rädern zu einem Auto. Ideen sind es, das wird aus den Bildern klar, die zum spielen anregen; Ideen, die wir vielfach in unse- rer technisierten Welt nicht mehr entwickeln können – zu sehr wird für uns Denken in normierten Schemata und als Gebrauchsmuster vertan.

Fazit: Das Buch erzählt vom Leben, den Ge- wohnheiten und vom Spiel afrikanischer Kin- der – es bietet für uns die wichtige Anregung, unseren Kindern nicht allzu perfektes Spiel- zeug in die Hand zu geben, sondern ihnen vielmehr Freiraum für ihre Phantasie, Kreativi- tät und Spontanität zu geben, um damit zu den eigentlichen Wurzeln des Spielens zurückzufin- den.

Phantasie und Kreativität sind ebenfalls im Buch von

Lena Foellbach, *Märchenspiele aus aller Welt*, Verlag gruppenpädagogischer Literatur, Wehr- heim 1985, 49,80 DM

gefordert. Die auf Kartonpapier gedruckten und in einem Ordner zusammengefaßten Volksmärchen aus Europa, Afrika und Asien sind Märchenspiele, die in Gruppen, Schulen, Vereinen und Verbänden aufgeführt werden können.

Bei der Auswahl der Märchenspiele legte die Autorin den Hauptwert „auf das Verhalten, das Handeln der verschiedenen Charaktere, auf humanistisches Gedankengut, auf den bunt verkleideten, verborgenen tiefen Wahrheitsge- halt – und nicht zuletzt auf eine kräftige Porti- on Spaß, auf Spielraum der Phantasie“ (aus dem Vorwort). Die einzelnen Märchenspiele sind zusätzlich mit Melodien und Vorschlägen zur Kostümgestaltung versehen.

Vom Verlag sind jährlich erscheinende Nach- träge neuer Märchenspiele vorgesehen. Wenn- gleich die Idee, Märchenspiele aufzuführen, durch diese Sammlung ihre praktische Anwen- dung erfahren könnte, viele Spiele pfiffig und durch die zahlreichen märchenbekannteren Cha- raktere, Berufe und symbolisierenden Tiere kindgerecht aufgemacht sind, so mag manchen der Preis schrecken.

Michael Passolt

FORUM

Das FORUM ist der Rundbrief der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen der BRD und Westberlins, die sich im Bundeskongress (BUKO) versammeln. Aufgabe und Ziel dieses Rundbriefes ist es, die Diskussion und den Austausch sowie die Information der Gruppen zu fördern. Neben Beiträgen, die aus den einzelnen Gruppen kommen, und den Charakter des Rundbriefes mitbestimmen, finden sich im Forum ständig Berichte, Nachrichten, Planungen etc aus den einzelnen Kampagnen des BUKO (Pharna, Rustungsexport, Futtermittel), im Das FORUM erscheint in 12 Ausgaben jährlich. Ein Institutionen-, Luftpost-, Solidaritätsabo kostet 50,- DM jährlich, ein Normalabo 36,- DM. Bestellungen und Probeheftanforderungen (gegen 1,50 DM in Briefmarken) an: FORUM, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Themen der nächsten Nummer des FORUM sind u.a.: im Oktober ein Schwerpunkt zu Giftexporten (von PAN), im November ein Schwerpunkt zur Kampagne gegen Futtermittelexporte.

entwicklungs-
politischer
Aktionsgruppen

Eine Zeitschrift, die sich einmischt

z. B. in die **Kulturdiskussion** (3/85): Demokratische Kultur? (Hetscher/Huhn), Kulturtheorie (Metscher und Maase), Glück? (Kramer), Brüder Grimm (Kahl), Realität und Realismus (Weimann), Computerkultur? (von Randow)

...oder in die Diskussion um das Verhältnis von **Intelligenz und Arbeiterbewegung** (4/85):

Intelligenz in den 70er/80er Jahren (Jung), Ingenieure und Naturwissenschaftler (Lange), Akademikerarbeitslosigkeit (Dähne), Intellektuelle in der DKP (Gerns), Studenten (Gäbler/van Haren), Intelligenz und wtR (Bischoff und Springer), Intelligenz im Sozialismus (Hahn)

...oder in die **Technologie-Debatte** (/85):

Militärtechnologie (Benad), Biotechnologie (Seidel), School and Chips (Krooß), ein neuer Typ des Ingenieurs? (Heinrichs), Technologiepolitik der DKP (Voets), Berufsausbildung (von Randow), Computerisierung und ihre sozialen Folgen (Smoljan), Roboter in der DDR (Haustein/Maier).

...und in die Diskussion um Alternativen und **Zukunft** (6/85):

BRD 2000 (Jung), Konservatismus (Elm), „Rechte Zukunft?“ (Wanner), Wende und Alternativen (Gerns), Gewerkschaftsbewegung (Mahlein), Lebensweise (Maase), Technologie (Leisewitz), Zukunft?! (Engelhardt), Sozialismus (Kossolapow), Globale Probleme (Sagladin).

Und natürlich in **jedem Heft**: zahlreiche Berichte, Kommentare, Zeitschriften- und Buchkritiken.

Es lohnt sich mal reinzuschauen. Fordern Sie ein Probeexemplar an, bestellen Sie ein Einzelheft (DM 4,80) oder abonnieren Sie die Zeitschrift: sechs Hefte jährlich, mindestens 128, meist 144 Seiten pro Heft (Jahresabo: DM 21,50, zuzüglich Versandkosten). Schreiben Sie direkt an den **Verlag Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt/M. 50.**

Marxistische Blätter

Spenden-Mißbrauch



3,5 Mrd DM spenden Bundesbürger jährlich für Hilfszwecke, davon etwa 2/4 für Bedürftige in der Dritten Welt. Doch von diesem Hilfsaufkommen, so wies G. Müller-Werthmann in dem soeben bei Hofmann und Campe erschienenen Buch „Markt der offenen Herzen. Spenden – ein kritischer Ratgeber“ nach, fließen mehr als 200 Mio DM „in dunkle Kanäle“. In den Verdacht geraten, Spendengelder veruntreut zu haben, ist beispielsweise der Verein „Pro Humanitate“ mit Sitz in Hamburg. Zu ihren Spezialitäten gehören Patenschaften für Kinder in Pakistan u.a. Ländern der Dritten Welt. Verdächtig ist weiter das größte bundesdeutsche private Spendenunternehmen (jährliches Aufkommen 70 Mio DM), die Bensheimer „Christoffel-Blindenmission“. Desweiteren benennt Müller-Werthmann die Filialen der US-amerikanischen Wohlfahrtsmultis „Deutsches Missionszentrum“ (Sitz Friedrichsdorf, Ableger: „Internationaler Hilfsfonds“ und „Christliche Ostmission“), „Christian Children's Fund“ (CCF, Nürtingen), „World Vision“ und „Christlich-humanitäre Organisation“ (Oberursel) als solch zwielichtige Geschäftemacher. Vor einer anderen Gruppierung dubioser Spendenvereine, nämlich vor fünf „Afrika-Hilfswerken“, hatten zuvor schon das Dritte Welt Haus Bielefeld und das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen gewarnt. Der „Förderkreis für Afrika-Hilfe“ (Bielefeld), das „Afrika-Hilfswerk“ (Meerbusch/Neuss), das „Kinderhilfswerk für Afrika“ (Hamburg), der „Förderkreis für soziale und medizinische Hilfe des Kinder-

hilfswerks für Afrika“ (Hamburg) und die „Kinder-Lebenshilfe für die Dritte Welt“ (Twistringen/Wächtersbach), allesamt nicht als „gemeinnützig“ anerkannt, waren mit den Sammelaktionen „Ein Tag für Afrika“ im Frühjahr 1985 aufgekommen.

Teils schanzten sich die Vereinsträger gegenseitig Aufträge mit „Aufwandsentschädigungen“ aus Spendengeldern zu, teils zweigten sie – laut staatsanwaltlicher Ermittlung in Bielefeld – 3/4 der Spendeneingänge für Werbung und Mitgliederbetreuung ab.

Bezüglich „Pro Humanitate“ gelangte Oberstaatsanwalt Beck zu der Feststellung, „daß von den eingegangenen Geldern ungefähr ein Drittel bereits für Verwaltungsausgaben im Inland Verwendung fand“. Ein weiteres Drittel sei zwar in die Dritte Welt geflossen, aber nur zum Bruchteil bei den Patenkindern angekommen. Im Dunkeln verborgen blieb bislang das letzte Drittel der Spendengelder.

Nicaragua-Broschüre

In einer überarbeiteten und erweiterten Fassung ist ab sofort der „ASK-Hintergrund Nicaragua“ (32 S., 2 DM) beim Solidaritätsshop Dritte Welt (Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90) erhältlich.

Die Broschüre enthält wirtschaftliche und soziale Grunddaten, eine historische Übersicht über die Entwicklung des Landes bis 1985 sowie Beiträge zu folgenden Themen: Die Somoza-Diktatur; die Revolution; Entwicklung, Struktur und Organisationen des revolutionären Nicaragua; Errungenschaften der Revolution; US-Intervention, Contras und Verhandlungen.

Buchtips: BRD und Dritte Welt



Lesermeinung

Libanon-Zahlen

Nun lese ich Ihre Zeitschrift wohl schon so lange, wie es sie gibt. Ich habe ihr viele Informationen entnommen und stimme ihrer Linie im wesentlichen zu. Aber dieses Mal muß ich doch mit etwas Kritik herausrücken. Da ist einmal der Artikel von Kamal Hamdan. („Die Militarisierung Israels. Absichten und Konsequenzen, in: AIB 8-9/1985, S. 20-23; d. Red.) Ich weiß nicht, ob der Artikel so schlecht geschrieben oder so schlecht übersetzt ist, wahrscheinlich beides. Bei den Prozentzahlen weiß man oft nicht, worauf sie sich beziehen. Mit den Zahlen kann man kaum etwas anfangen. Vielleicht ist das meine Dummheit, aber ich könnte den Artikel für eine Diskussion nicht auswerten. Manchmal widerspricht das Gesagte sich selber.

Dr. theol. Hannelis Schulte, Heidelberg

Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe- und Dritte-Welt-Politik hat das Buch von Rainer Falk, **Die heimliche Kolonialmacht**, Pahl Rugenstein-Verlag, Köln 1985, 218 S., 14,80 DM zum Thema. Der Autor behandelt die historischen Grundlagen und aktuellen Charakteristika des BRD-Neokolonialismus und zeichnet die Rolle der bundesdeutschen Konzerne nach. Er stellt fest, daß die Entwicklungshilfepolitik für die Stimulierung des privaten Kapitalexportes von erheblicher Bedeutung ist und die Bonner Außenpolitik in einem Maße flankiert, daß die Vergabe von Entwicklungshilfe selten von den Bedürfnissen der Empfängerländer diktiert wird. Ein Kapitel über die militärischen Aspekte Bonner Dritte-Welt-Politik rundet das übersichtlich gestaltete, materialreiche Buch ab.

Daß Entwicklungshilfe selten wirkliche Hilfe zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt ist, das weisen zwei Publikationen nach:

Die Grünen im Bundestag, Dritte Welt im „Hohen Haus“, Bonn 1985, 191 S., 8 DM und V. Kasch/U. Leffler/P. Schmitz/R. Tetzlaff, Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt, Lamuv Taschenbuch Nr. 42, Bornheim-Merten 1985, 262 S., 18,80 DM.

Erstgenannte Broschüre enthält kurze Überblicksartikel zur Schuldenkrise, zum Verhältnis Militarisierung und Hunger, zur Verurteilung der Apartheid u.ä. Sie werden jeweils ergänzt durch eine Dokumentation der parlamentarischen Initiativen der Grünen und Bundestagsdebatten zum Thema Dritte Welt.

Das zweite Buch thematisiert vor allem die Ausplünderung und die Verschärfung der Krise in den Ländern der Dritten Welt durch die Nahrungsmittelkonzerne und ihre Vertreibung der Kleinbauern z.B. in Brasilien, Thailand oder Senegal und den tödlichen Export von in den Industrieländern längst verbotenen Herbiziden und Pestiziden. Es führt den Nachweis, daß Sanierungspolitik nach den Wünschen der Weltbank auf die Ärmsten und auf Menschenrechte kaum Rücksichten nimmt. Positiv fallen auf die Materialfülle, eine umfangreiche Bibliographie weiterführender Literatur und ein Glossar, das finanzpolitischen Laien Fachtermini erklärt.

CDU-Hearing zu Nicaragua

Mit einer öffentlichen Anhörung unter dem Titel „Nicaragua-Report“ hatte sich die CDU am 29. Oktober d.J. zum Ziel gesetzt, den „Unterdrückten und Verfolgten ein internationales Forum“ zu verschaffen.

Kronzeuge für die behauptete Existenz von 9.500 politischen Gefangenen, für Kirchenverfolgung und Unterdrückung der Opposition war José Esteban Gonzales. Er lebt seit 1981 in Brüssel und war vorher Vorsitzender der ehemals unabhängigen und jetzt von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanzierten Menschenrechtskommission Nicaraguas.

Erschienen waren außerdem Vertreter der „wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen“ (CDU-Generalsekretär Geißler) aus Nicaragua. Unter ihnen waren Repräsentanten der Zeitung „La Prensa“, der Minigewerkschaft CTN und des Unternehmerverbandes COSEP. Parlamentarier aus Nicaragua oder Vertreter der US-Menschenrechtsorganisation „America's Watch“, die die CDU-Demagogie hätten entlarven können, waren nicht geladen.

Die mit der Veranstaltung verbundene Ab-

sicht, Nicaragua zu diskreditieren und zu isolieren, ist teilweise aufgegangen. „Die Agenturen haben hervorragend berichtet“, kommentierte Geißler.

Chile-Solidarität

Am 19./20. Oktober d.J. fand in Hamburg ein „Solidaritätstreffen mit dem chilenischen Volk und der MDP“ (Demokratische Volksbewegung) statt. Eingeladen hatte das Unterstützungskomitee der MDP Chiles in der Bundesrepublik.

Ziel des Komitees war es u.a. einen Meinungsaustausch über die aktuelle Lage in Chile zu führen. Es herrschte Einigkeit darüber, daß in der Chile-Solidaritätsbewegung die MDP, die immer mehr zum bestimmenden Faktor wird und am stärksten unter der Repression leidet, als Hauptadressat zu unterstützen sei. Zudem wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit ihr Vertreter in der UN-Menschenrechtskommission für eine Verurteilung der Pinochet-Diktatur stimmt.

Weitere Informationen können angefordert werden bei: UK-MDP, Postfach 600122, 2000 Hamburg 60. Spenden für die MDP sammelt das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK): Sonderkonto Erich Wulff, Postgiroamt Frankfurt, Nr. 527 055-602, Kennwort: Chile

Kommt Stroessner doch?

Nach einem Zusammentreffen mit Diktator Alfredo Stroessner Ende Oktober d.J. in Paraguay versucht Bundesinnenminister Zimmermann, dem General in einem zweiten Anlauf einen Staatsbesuch in der BRD zu verschaffen. Der erste Versuch scheiterte im Juli d.J. an den Protesten der Friedens- und Solidaritätsbewegung sowie an der Haltung von Bundespräsident von Weizsäcker und Bundesaußenminister Genscher, die Stroessner nicht empfangen wollten.

Innenminister Zimmermann will jedoch angeblich den letzten politischen Gefangenen selbst befreit haben – was zweifellos nicht stimmt –, weswegen jetzt keine Vorbehalte mehr an einem Besuch angebracht wären. Stroessner ließ verlauten, er würde die Bundesrepublik besuchen, wenn ihm die gleichen Ehren wie bei anderen Staatsgästen erwiesen würden.

Vietnam: Hilfe für Unwetteropfer

Mit einem dringenden Hilferuf ist die Hilfsaktion Vietnam e.V. „inständig“ gebeten worden, Soforthilfe für die Opfer der Unwetterkatastrophen in Vietnam zur Verfügung zu stellen. Dringend benötigt werden: Nahrungsmittel, Medikamente, Stoffe, Wellbleche, Gemüsesaatgut und Schädlingsbekämpfungsmittel.

Gewaltige Regenfälle führten in der zweiten Septemberhälfte d.J. zu großen Überschwemmungen in Nordvietnam; Anfang Oktober wurden 9 Provinzen von zwei aufeinander folgenden Taifunen heimgesucht. Von Thanh Hoa in Nord- bis Hue in Mittelvietnam – ca. 500 km – richteten orkanartige Stürme unvorstellbare Zerstörungen an. Allein in der Provinz Binh Tri Thieu, die am schwersten betroffen wurde, sind 678 Tote zu beklagen.

Auch in der Stadt Hue und den 8 zu Hue gehörenden Landkreisen wurden Häuser, Schulen, Krankenhäuser und Betriebe zerstört oder schwer beschädigt. 100.000 ha Reisfelder stehen unter Wasser, die Stromversorgung ist ausgefallen, da Hochspannungs- und Stromleitungs-Maste wie Zündhölzer umgeknickt wurden. Die Nationalstraße 1 ist stellenweise bis zu einer Länge von 3 km überflutet, was zu erheblichen Versorgungsstörungen führt.

Um Nahrungsmittel und Medikamente in größeren Mengen kaufen zu können, bittet die Hilfsaktion Vietnam e.V. um Spenden: Hilfsaktion Vietnam e.V. Düsseldorf, Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 300 101 11) Konto 1016250300, oder Postgiroamt Essen 900 40-430 Stichwort „Soforthilfe“

ila-info

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika



Hungerproduzenten

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V. Bonn

ila-info erscheint im 10. Jahr und bringt in zehn Ausgaben jährlich:

Analysen und Nachrichten aus Lateinamerika, Berichte aus der Solidaritätsbewegung sowie: beispielhafte Beiträge aus der und über die Kulturszene Lateinamerikas.

Schwerpunktthemen aus einigen ila-infos:

- ...das ist der Gipfel - Empörung über den Weltwirtschaftsgipfel
- Ecuador: Abenteuer heute, auf der Suche nach neuer Ausbeute.
- Kirche: Angriff auf Lateinamerikas Volkskirche.
- Deutsches Kapital in Brasilien
- Multis am Amazonas: Umweltzerstörungen und Ökobewegung.
- No future in El Salvador?
- Hungerproduzenten: Hamburger, Soja und Bananen.
- Mexikos politische 'Stabilität'

Einzelpreis: DM 3,50

Jahresabo: DM 35,-

Schüler, Studenten, Azubis, Arbeitslose, Mittellose: DM 30,-
(obige Preise gelten ab 1986!)

ila Vertrieb:

250 Buchtitel aus Lateinamerika - Literaturliste anfordern!

Kennenlernabo:

Die nächsten vier Ausgaben für DM 10,-

(incl. Porto, gegen bar oder V-Scheck, Rücktrittsrecht innerhalb einer Woche)
Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Absender:

.....
.....
.....

Philippinen



Philippinischer Polizeieinsatz gegen Demonstranten

Mitte Oktober d.J. entsandte US-Präsident Reagan den Senator Paul Laxalt zum philippinischen Diktator Ferdinand Marcos, um diesen zum wiederholten Male zu wirtschaftlichen und politischen Reformen zu drängen. Die US-Geheimdienste stellen ein schnelles Anwachsen der Zahl der Guerilleros in der Neuen Volksarmee (NPA) auf mittlerweile 15.000 fest. Und sie gehen davon aus, daß es bei der momentanen Politik Marcos' in 3-5 Jahren zu einem militärischen Patt kommt.

Washington will vor allem, daß die Güstlingswirtschaft des Diktators beendet wird, die bürgerliche Opposition eine Chance zur Machtübernahme bekommt und eine effektivere Aufstandsbekämpfung betrieben wird.

Um diese Forderungen zu unterstützen, hat der Internationale Währungsfonds (IMF) die Auszahlung eines 453-Mio-Dollar-Kredits an das hochverschuldete Land ausgesetzt. Die USA bangen vor allem um ihre beiden Militärbasen, die sie in den nächsten Jahren mit 1,3 Mrd Dollar erweitern wollen.

Marcos hat unterdessen keine Anzeichen für Änderungen seiner Politik erkennen lassen und stattdessen angekündigt, die Präsidentschaftswahlen auf den 17.1.1986 vorzuziehen.

Die Wahlen, die möglicherweise – auf Druck der Opposition hin – auf den 17.3.1986 verschoben und mit den für Mai 1986 geplanten Kommunalwahlen zusammengelegt werden sollen, könnten für Marcos die letzte Chance sein, nochmals gewählt zu werden.

Zum vorgesehenen Termin von 1987 könnte die Opposition bereits einen solchen Einfluß erreicht haben, daß selbst Wahlfälschungen und die Kontrolle über die Wahlkommission und die Massenmedien zu einem Sieg nicht mehr reichen.

Abrüstung

Am Rande der 40. UN-Vollversammlung verabschiedeten die Premierminister Indiens, Schwedens sowie Regierungsvertreter Argentiniens, Griechenlands, Mexikos und Tansanias bei einem Treffen in New York eine neuerliche Initiative, die eine substantielle atomare Abrüstung der Weltmächte anbahnen helfen soll. Die sechs nichtpaktgebundenen bzw. sozialdemokratischen Regierungen und Staatschefs

fordern darin die Atomkräfte auf, alle Tests atomarer Waffen, unterirdische eingeschlossen, für erst einmal 12 Monate einzustellen.

Damit knüpften die Sechs an ihre gemeinsame Deklaration vom Januar 1985 an (Wortlaut in AIB/ASK-Sonderheft 4/1985 zur Rüstung im All), in der sie es als vordringlichste aktuelle Aufgaben der Friedenskräfte bezeichneten, ein Wettrüsten im All zu verhindern und einen Vertragsabschluß „über das allumfassende Verbot der Atomwaffentests“ zu erzwingen. Im August d.J. hatte die Sowjetunion positiv darauf reagiert, als sie ein einseitiges Testmoratorium bis Januar 1986 verkündete. Die Reagan-Administration antwortete hingegen negativ, ja sie forcierte ihre unterirdischen Atomexplosionen. Auch die anderen atomaren Großmächte Frankreich, Großbritannien und die VR-China schlossen sich dem sowjetischen Teststopp nicht an. Überdies hatte Washington im September d.J. mit den ersten Tests von Weltraumwaffen gekontert – just vor dem Genfer Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow.

Iran

Nach Angaben der oppositionellen Volksmohajedin und der Organisation der Volksfedayin Irans (Mehrheit) wurden Ende September d.J. weitere 50 iranische Regimegegner in Teheran hingerichtet. Unter ihnen befanden sich die Führungsmitglieder der Volksfedayin Mohammad-Reza Ghebrai, Rasiuddin Taban und Djahangir Behtadji, die seit 2 bzw. 3 Jahren eingekerkert waren, sowie Schoai Naini, ein weiterer Regimegegner.

Seit über 2 Jahren fehlen jegliche Informationen über das Schicksal des namhaften Widerstandskämpfers Anouschirawan Lotfi, der bereits in der Schah-Zeit mehrere Jahre lang eingekerkert worden war. Im September 1983 war er vom Geheimdienst der Islamischen Republik entführt worden.

Das Iran-Solidaritätskomitee in der BRD veröffentlichte im Zusammenhang mit der neuen Repressionswelle eine Erklärung, in der es den Stopp der willkürlichen Verfolgungen, Folterungen und Hinrichtungen von Widerstandskämpfern forderte. Es verlangte ferner die Entsendung einer internationalen Beobachterkommission in den Iran, welche die dortigen Gefängnisse besuchen und an politischen Prozessen teilnehmen sollten.

Libanon

Vertreter der drei größten libanesischen Milizen – der Phalange-Miliz „Forces Libanaises“, der Amal und der Miliz der Sozialistischen Fortschrittspartei unter Walid Junblatt – haben sich Mitte Oktober d.J. auf ein gemeinsames Friedensabkommen zur Beendigung des Bürgerkriegs und politischer Reformen im Libanon geeinigt. Die Übereinkunft wurde nach mehrwöchigen, aufgrund syrischer Vermittlung zustandekommenen Verhandlungen in Damaskus erzielt.

Dem Vernehmen nach handelt es sich um ein 4-Punkte-Programm, das die schrittweise Abschaffung des politischen Konfessionalismus, des Hauptstreitpunkts der libanesischen Auseinandersetzungen, die vollständige Entwaffnung aller Miliz-Organisationen, die Rückkehr der aus ihren Heimatgebieten vertriebenen Bevölkerung und enge Bündnisbeziehungen mit Syrien vorsieht. Eine Versöhnungskonferenz

in Damaskus Mitte November d.J. sollte die jüngsten Vereinbarungen besiegeln.

Nach Kritiken an dem Abkommen durch die ehemaligen Präsidenten Camille Chamoun und Suleiman Franjeh, beides Christen, erklärten die Vertreter der „Forces Libanaises“ jedoch, daß die Vereinbarungen nicht endgültig seien und noch einiger Veränderungen bedürften. Auch sunnitische Gruppen und schiitische Fundamentalisten meldeten Vorbehalte an. Dennoch ist es bedeutsam, daß sich die phalangistischen Milizen erstmals zu Verhandlungen über eine Lösung des Konflikts bereit erklärt haben. Dies ist vor allem auf die Schwächung und Spaltung des rechten christlichen Lagers zurückzuführen.

Palästina

Ende Oktober d.J. kündigte die israelische Besatzungsmacht die Deportation von vier weiteren inhaftierten Palästinensern an, die aus der Westbank und Gaza kommen. Der Gewerkschafter Ali Abu Hellal gehört dem Exekutivkomitee des Arbeitergewerkschaftsbundes an, der Zahnarzt Dr. Azmy Al-Shueibi ist gewählter Stadtrat von El-Bireh, Hassan Farajeh aus dem Flüchtlingslager Dehaysheh nahe Bethlehem arbeitet als Journalist und der vierte Inhaftierte Zaki Abu Stita stammt aus dem Lager Jebalia in Gaza.

Im September d.J. waren bereits rund 20 Palästinenser deportiert worden – wegen „subversiver Aktivitäten“. Damit reagierten die israelischen Behörden auf die Zunahme von „terroristischen Überfällen“, d.h. Widerstandsaktionen im Zeitraum Januar-Oktober 1985 gegenüber dem Vorjahr um 40%, wie Polizeiminister Bar-Lev im Gespräch mit dem Stern (24.10.1985) erklärte. Dabei seien in den letzten 15 Monaten 18 israelische Siedler bzw. Sicherheitskräfte zu Tode gekommen.

Mit diesem Argument hatte die Regierung Peres im Juli d.J. verschärfte „Sicherheitsbestimmungen“ für die okkupierten Gebiete erlassen. Auf sie beriefen sich die Besatzer, als sie im August/September d.J. 69 Palästinenser in „Administrativhaft“ nahmen (siehe AIB 11/1985, S. 32-34), und bei ihrem Deportationsstich.

Inzwischen befinden sich mehr als 90 Palästinenser in Administrativhaft und drohen die Deportationen nach Jordanien alltäglich zu werden. Am 30. Oktober d.J. kam es an der Universität Bir-Zeit bei Ramallah und in Bethlehem zu größeren Protestaktionen gegen die Deportationsorder und die Verhaftungswelle. Die politischen Gefangenen in Janeid (nahe Nablus) und Beersheva befanden sich im Hungerstreik.

Liberia

Am 12. November d.J. scheiterte im westafrikanischen Liberia ein Putschversuch unter Führung des ehemaligen Generalstabschefs Thomas Quiwonkpa gegen den bisherigen Staatschef Samuel K. Doe. Dieser war am 15.10.1985 bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in seinem Amt bestätigt worden. Doe hatte, bei einer Wahlbeteiligung von 53%, einen Stimmenanteil von 51,05% erhalten. Auf seine Nationaldemokratische Partei (NDPL) waren 21 der 26 Senats- und 51 der 64 Repräsentantenhaussitze entfallen. Wegen Wahlfälschungen hatten die drei anderen kandidierenden Rechtsparteien eine Annullierung

der Wahlen verlangt.

Doe selbst hatte sich nach Massenaaktionen gegen das rechte Regime von William R. Tolbert am 12.4.1980 an die Macht geputzt. Seither entledigte er sich nach und nach seiner linken Weggefährten durch Verhaftungen und Morde. Analog verstärkte er erneut die engen Bindungen an die USA.

Das Regime empfängt von Washington eine umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfe. Die USA unterhalten eine Station für militärische Kommunikation.

Die Wahlen waren auf Wunsch Washingtons abgehalten worden, um dem Regime eine präsentablere Fassade zu verschaffen. Obwohl sie alle Voraussetzungen für eine Teilnahme an den Wahlen erfüllten, war den einflussreichen Linksparteien Liberianische Volkspartei (LPP) und Vereinigte Volkspartei (UPP) eine Kandidatur verweigert und einige ihrer Führer verhaftet worden.

Zimbabwe

Eine politische Lösung des Konflikts zwischen der Afrikanischen Nationalunion Zimbabwes (ZANU) unter Premierminister Robert Mugabe und der oppositionellen Afrikanischen Volksunion (ZAPU) von Joshua Nkomo scheint in Sicht. Die beiden führenden Politiker saßen sich in Harare am 2. Oktober d.J. erstmals seit 3 Jahren wieder zu direkten Gesprächen gegenüber. Verhandlungsgegenstand war nichts geringeres als der Plan, eine Einheitspartei aus ZANU und ZAPU zu schaffen. Ein gemeinsames Komitee hatte hierzu ein 7-Punkte-Papier vorgelegt, über das nun wohl im wesentlichen Einvernehmen herrscht. Die neue Partei soll den Namen ZANU beibehalten und von Mugabe geführt werden. ZAPU-Politiker sollen im Zentralkomitee und Politbüro Rang und Stimme finden. Nkomo würde einer von 2-3 Vizepräsidenten. Insbesondere die mit der Einigung verknüpfte Freilassung der politischen Gefangenen findet landesweit Zustimmung.

Wenn die Basis der beiden Parteien diese Entwicklung mitvollzieht, rückt auch eine friedliche Beilegung des Matabele-Konflikts (siehe AIB 8-9/1985, S. 15f.) in Reichweite. Da dieser u.a. Ansatzpunkt für südafrikanische Destabilisierungsversuche ist, hätte eine Entschärfung weitreichende Bedeutung.

Argentinien

In Argentinien fanden am 3. November d.J. die ersten Neuwahlen seit dem Ende der Militärdiktatur im Dezember 1983 statt. In 17 der 23 Provinzen und in der Hauptstadt Buenos Aires wurde ein Teil der Abgeordneten des Kongresses neu gewählt.

Die Abstimmung fand unter dem am 25.10.1985 verkündeten Ausnahmezustand statt, mit dem eine Serie von Bombenanschlägen und Attentaten gestoppt werden sollte. Diese richteten sich gegen die drohende Verurteilung hoher Militärs wegen Menschenrechtsverletzungen unter der Diktatur.

Der regierenden Radikalen Bürgerunion (UCR) unter Präsident Raul Alfonsín gelang es, ihre absolute Mehrheit im Kongress um einen Sitz auszubauen, womit sie jetzt 130 der 254 Abgeordneten stellt. Der Stimmenanteil der UCR ging allerdings von 49% auf 43% zurück.

Einen Stimmenrückgang mußten auch die zersplitterten Peronisten hinnehmen, die künftig

nur noch mit 103 statt 111 Abgeordneten im Kongress vertreten sind. Besonders schlecht schnitten dabei die rechten Peronisten unter Hermíno Iglesias ab. Die linke Unversöhnliche Partei, verdoppelte sowohl den Prozentsatz ihres Stimmenanteils als auch ihre Abgeordnetensitze von 3 auf 6. Die Volksfront (FREPU), der Kommunisten, linke Peronisten und Trotzkisten angehören, konnte mit 350.000 Stimmen das notwendige Quorum für einen Abgeordnetensitz (3%) nicht erreichen.

Dieses Wahlergebnis gilt als eine Bestätigung der Politik Alfonsíns, der mit dem „Plan Austral“ ein vom Internationalen Währungsfonds (IMF) verordnetes Sparprogramm durchsetzte, mit dem das mit rund 50 Mrd Dollar verschuldete Land seine Wirtschaftsprobleme in den Griff zu bekommen sucht.

Kolumbien

Am 6. November d.J. besetzten 35 Mitglieder der Guerillaorganisation M-19 den Sitz des Obersten Gerichtshofes in Bogotá und nahmen ca. 70 Personen als Geiseln. Sie verlangten von der Regierung mehrere Stunden Sendezeit.

Präsident Belisario Betancur lehnte jedoch jegliche Verhandlungen ab und ließ stattdessen die Armee den Justizpalast mit schweren Waffen angreifen. Dabei kamen 109 Personen, darunter alle Guerilleros, 13 Soldaten, 12 hohe Richter und 49 weitere Personen ums Leben. Unter ihnen befand sich auch der progressive Oberste Richter des Landes, Alfonso Reyes.

Die M-19 und die meisten anderen Guerillaorganisationen hatten 1984 ein Friedensabkommen mit der Regierung unterzeichnet (siehe AIB 11-12/1984, S. 67ff.). Es sah einen Waffenstillstand und die Durchführung von politischen und wirtschaftlichen Reformen vor. Da sich die Überfälle der Armee auf die Guerillaorganisationen häuften und die Reformen nicht in Angriff genommen wurden, kündigte die M-19 am 20. Juni d.J. das Friedensabkommen. Mit der Geiselnahme wollte sie u.a., daß die Regierung die Dokumente der offiziellen Waffenstillstandskommission ver-

öffentlicht, um damit zu belegen, daß Regierung und Armee für das Scheitern des Friedensprozesses verantwortlich sind.

Die größte Guerillaorganisation des Landes, die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), halten sich weiterhin an den Waffenstillstand, obwohl mehr als 100 ihrer Mitglieder seit seinem Inkrafttreten ermordet wurden. Sie haben am 28.5.1985 eine politische Organisation, die Patriotische Union, gegründet, bauen aber gleichzeitig ihre bewaffneten Gruppen aus.

Guatemala

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 3. November d.J. konnten sich die Parteien der rechten Mitte durchsetzen.

Der Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten (DCG), Vinicio Cerezo Areval, erhielt 39% der Stimmen. Auf Platz zwei landete Jorge Carpio Nicolle von der Nationalen Zentrumunion (UCN) mit 20% der Stimmen. Die ultrarechte Bewegung der Nationalen Befreiung mußte sich mit dem 4. Platz begnügen. Die Sozialdemokratische Partei (PSD), von der sich eine Fraktion an den Wahlen beteiligte, kam in der Hauptstadt auf 6% der Stimmen. Ca. 50% der Bürger im wahlfähigen Alter hatten an der Wahl nicht teilgenommen oder sich der Stimme enthalten.

Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, wird es am 8.12.1985 zu einer Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten kommen. Am 14.1.1986 soll mit dem Inkrafttreten der Verfassung auch der neue Präsident sein Amt antreten.

Daß es bei der Wahl diesmal nicht zu Fälschungen kam, liegt daran, daß die Macht weiterhin in Händen der Militärs bleibt, und sie ihr internationales Ansehen aufbessern wollten (siehe AIB 6/1985, S. 39ff.). Laut Verfassung behalten die Streitkräfte das Monopol in Fragen der nationalen Sicherheit. Dies bedeutet, daß der Massenmord an Oppositionellen, der allein von 1978-84 25.000 Opfer gefordert hat, weitergehen wird.

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 90/Okttober-November 1985

Schwerpunktthema: **Die Hungerproduzenten.** Hunger ist in Lateinamerika weit verbreitet. Er wäre zu stillen, aber die erzeugten Agrarprodukte wandern in immer größerer Menge nach Europa, Japan und Nordamerika. Dies wird veranschaulicht durch Beiträge zu den Themen: **Hamburger zerstören nicht nur Edeleigenschaften** ● Die Folgend des Sojaanbaus in Brasilien ● Der Bananenkonzern United Brands in Costa Rica ● **Weitere Berichte:** Nicaragua Landwirtschaft ● Peru unter dem neuen Präsidenten ● Oppositionsbündnis in Chile
Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Peripherie, Nr. 21/Sommer 1985

Transnationale Konzerne: Transnationale Unternehmen, Industrialisierung in der Peripherie und kapitalistische Entwicklung ● Zum „japanischen“ Modell industrieller Beziehungen ● Der Second-hand-Kapitalismus und die Ökologie ● Transnationale Konzerne der Dritten Welt und der Entwicklungsprozeß armer Länder ● Materialistische Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung
Einzelpreis 9 DM; Abo 30 bzw. 60 DM
Bezug: Peripherie, c/o FDCL, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 142/November 1985

Peru: Tanz auf dem Vulkan. Neue Politik in vielen Bereichen aber die Massaker an Regierungsgegnern gehen weiter ● **Verschuldung:** Nichts Neues aus Seoul und Washington ● **Nicaragua:** Rückkehr zum Rio Coco. Soziale Psychiatrie ● **Guatemala** vor den Wahlen ● Weitere Artikel zu BRD-Mittelamerika, Panama, Chile, Mexiko und El Salvador-Solidarität
Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Blätter des 3.3w, Nr. 129/November 1985

Schwerpunkt: **Türkei – 5 Jahre nach dem Putsch** ● Artikel zur Wirtschaftspolitik, zu Menschenrechtsverletzungen, Minderheiten, Reislamisierungstendenzen und Türkei-NATO ● **Chronik zu den Ereignissen in Südafrika** ● **Medien in Vietnam** ● Artikel zu: Eritrea, Honduras, Sri Lanka und Nepal
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM
Bezug: Aktion Dritte Welt e.V., Postfach 5328, 7800 Freiburg

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 96/Okttober 1985

Schwerpunkt: **Pestizid-Export.** Internationale Kampagne gegen das „Dreckige Dutzend“ Pestizide: „Pestizide wissen nicht wo das Töten aufhört“ ● **Pharma-Kampagne** zu Hoechst ● **Guatemala – Demokratisierung?** ● **Aktionstage zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika**
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

D 7426 E
Postvertriebsstück
 Zeitungsgebühr bezahlt
 AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

DAS GEBURTSTAGSGESCHENK



Nunmehr **15 Jahre** ist es her, seit im Juni 1970 die erste Ausgabe des AIB erschien. Seitdem ist aus dem AIB die **auflagenstärkste** deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt mit Abonnenten in fast 60 Staaten geworden.

Uns ist das **nicht genug**. Zuwenige wissen Bescheid über Reagans Krieg gegen Nikaragua, über die Volksaufstände in Südafrika, über den libanesischen Widerstand, über den US-Aufmarsch im Pazifik, über die bundesdeutsche Verwicklung im Nahen und Mittleren Osten, über die Ursachen der Hungerkata-

strophen und der Verschuldungskrise. Und zuwenige sind aktiv gegen die imperialistische Politik in der Dritten Welt.

Deshalb brauchen wir mehr Leser – und deshalb bekommt **jeder** der uns einen **neuen Abonnenten nennt** ein aktuelles Dritte-Welt-Buch **geschenkt**.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von **25 DM**.



Fidel Castro
 ... wenn wir überleben wollen
 Weltkreis Verlag
 296 Seiten, 16,80 DM



D. Engels / J. Scheffran / E. Sieker
 Die Front im All
 Pahl-Rugenstein Verlag
 256 Seiten, 10,- DM



James Matthews
 Schattentage
 Roman aus Südafrika
 Weltkreis Verlag
 144 Seiten, 9,80 DM



K. P. Wolf
 Tage, die wie Wunden brennen
 Roman aus Nikaragua
 Weltkreis Verlag
 240 Seiten, 14,80 DM



R. Falk
 Die heimliche Kolonialmacht
 Bundesrepublik und Dritte Welt
 Pahl-Rugenstein Verlag
 220 Seiten, 14,80 DM